B6897F

Informationen

311 zur politischen Bildung

bpb:

2/2011

Polen

Inhalt

1000 Jahre wechselvoller Geschichte **4**
Zwischen den Weltkriegen 8
Zweiter Weltkrieg 9
Zeit der Volksdemokratie 12

Ausgestaltung der Demokratie **18**
Errichtung der „Dritten Republik" 18
Parteiensystem 23

Wirtschaftssystem und ordnungspolitische Prozesse seit 1990 ..... **26**
Transformationspolitik 26
Soziale Lage und Einkommensverteilung 30
Globale Wirtschaftskrise und Perspektiven 32

Gesellschaftliche Strukturen **35**
Demographie und sozialer Wandel 35
Umweltprobleme und Umweltstandards 36
Nationale und ethnische Minderheiten 38
Religionsgemeinschaften 40
Gewerkschaften und andere Interessengruppen 45
Medienlandschaft und Medienpolitik 46

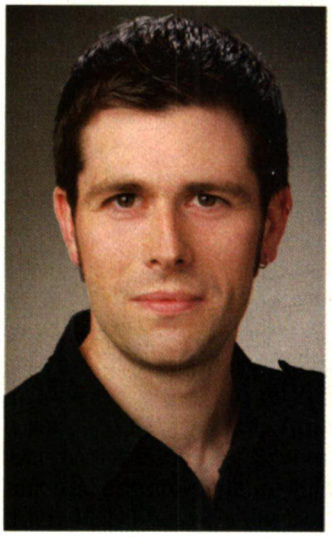
Bildung, Wissenschaft und Hochschulen **48**
Gliederung des Schulwesens 48
Hochschulen und Wissenschaften 51

Kultur und Kulturpolitik in Polen nach 1989 ..... **54**
Umbruch und Transformation: die neue Kulturpolitik 54
Künstlerisches Schaffen in der Marktwirtschaft 57

Polens Rolle in der internationalen Politik **58**
Der Weg in EU und NATO 58
Polens östliche Nachbarn und Russland 61
NATO und EU: sicherheitspolitische Pfeiler 62
Deutsch-polnische Beziehungen 63
Polen als Gestaltungsfaktor in der internationalen und europäischen Politik 64

Literaturhinweise und Internetadressen **66**
Autorinnen und Autoren **67**
Impressum **67**

Editorial



Die Grenze zwischen Polen und Deutschland misst 456 Kilometer; über 206 Kilometer verläuft die Grenzlinie zu der russischen Exklave Kaliningrad. Die Frage, ob diese Grenzen trennen oder verbinden, wurde in vielen politischen Kontexten und historischen Situationen unterschiedlich beantwortet. Seine geographische Lage war für Polen eine historische Herausforderung: Im späten 18. Jahrhundert teilten die Großmächte Preußen, Russland und Österreich die Adelsrepublik Polen unter sich auf, 1939 zerrieben die Armeen des nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion die Zweite Polnische Republik und ermordeten ihre Führungsschicht, anschließend machten die NS-Besatzer das Land zum Schauplatz der Shoah, der industriellen Vernichtung der Juden. Die Neuordnung des Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg brachte weiteres Leid hervor: Die Westverschiebung Polens durch die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz bedeutete Flucht oder Zwangsumsiedlung für Millionen Deutsche, aber auch für über eine Million Polen aus den der Sowjetunion zugeschlagenen Gebieten. Der Kalte Krieg schließlich fror die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen weitgehend ein. Obwohl die DDR bereits im Görlitzer Vertrag von 1950 die polnische Westgrenze anerkannt hatte, blieb das Verhältnis zueinander kühl.

Die Prägung der polnischen Gesellschaft durch die geopolitische Lage des Landes liefert den Schlüssel zum Verständnis seiner außenpolitischen Sicherheitsorientierung und des leidenschaftlichen innenpolitischen Streits über historische Themen. Die 1999 erfolgte Aufnahme in die NATO und die militärische Kooperation mit den USA sind konkrete Resultate einer auf Sicherheit fokussierten Außenpolitik.

Für die polnische Nationalgeschichte spielt auch die katholische Kirche eine gewichtige Rolle. In den Zeiten der Teilung war sie zentral für das nationale Identitätsgefühl; während der NS-Besatzung gehörten katholische Geistliche zu den ersten Opfern des Terrors, und neben der *Solidarność*-Bewegung war die Kirche mit ihrem polnischen Papst der Kristallisationspunkt der Opposition gegen die Alleinherrschaft der regierenden Arbeiterpartei. Ihre Rolle im pluralistischen Polen muss sie neu definieren: Die wachsende Säkularisierung lässt den gesellschaftlichen Einfluss des Klerus schrumpfen.

Die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Polen haben sich dem europäischen Durchschnitt angenähert. Polens Volkswirtschaft hat sich zur stärksten unter den ehemals sozialistischen Ökonomien entwickelt und der globalen Finanzkrise der vergangenen Jahre als einzige in Europa getrotzt. Seit Mai 2004 gehört Polen zur EU – die „Rückkehr nach Europa", die 1989/90 als Ziel ausgegeben wurde, ist gelungen. Im Juli 2011 übernimmt Polen zum ersten Mal in seiner Geschichte den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

Nie waren die Beziehungen zu Deutschland so gut wie zurzeit. Sie sind in den vergangenen 20 Jahren wirtschaftlich und kulturell enger geworden, auch wenn historische Themen zu Verstimmungen führen können. Die am 1. Mai 2011 in Kraft getretene Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Polen wird die gesellschaftlichen Verflechtungen weiter intensivieren.

Die Gefühlslage angesichts der 456 Kilometer-Grenze zwischen Polen und Deutschland sowie der 206 Kilometer, die Polen und Russland verbinden (oder trennen), ist unstet. Doch erstmals könnte die Lage zwischen Russland und Deutschland eher als strategische Chance denn als Bedrohung für das Land erscheinen, von dem in den 1980er Jahren entscheidende Impulse zur Veränderung Europas ausgingen. Als wirtschaftlich prosperierender und politisch selbstbewusster Akteur an den Außengrenzen der EU nimmt Polen immer stärker die Rolle einer gestaltenden Regionalmacht wahr.

Patrick Pilarek und Jutta Klaeren

Dieter Bingen

1000 Jahre wechselvoller Geschichte

Polen blickt auf eine über 1000-jährige Geschichte zurück. Seine geographische Lage zwischen Deutschland und Russland war über lange Zeit eine Bürde. Seit 1989 bestimmt das Land seinen Kurs selbst.

ullstein bild – Roger Viollet

Vor über 1000 Jahren beginnt die Landesgeschichte Polens: Mieszko I. tritt zum Christentum über und gründet das Herzogtum Polen, sein Sohn Bolesław „der Tapfere" (r.) wird der erste polnische König.

Das zehnte Jahrhundert umfasst für Polen wie für andere europäische Nationen die Jahrzehnte erster Staatswerdung. Im Jahr 966 nahm Herzog Mieszko (um 960–992) aus dem Herrschergeschlecht der Piasten das lateinische Christentum an und machte Gnesen (Gniezno) in Großpolen (lat. *Polonia Maior*, poln. *Wielkopolska*) zur ersten Hauptstadt. Das Jahr 1000 markierte mit der Wallfahrt des römisch-deutschen Kaisers Otto III. zum Grab des heiligen Adalbert den Beginn deutsch-polnischer Beziehungen. Otto stimmte der Errichtung eines direkt dem Papst unterstehenden Erzbistums mit drei Bistümern (Krakau, Breslau, Kolberg) zu und erhob den Gastgeber Herzog Bolesław den Tapferen (*Chrobry*) zum „Bruder und Mitarbeiter des Reiches".

Die lange Geschichte der Schlacht von Grunwald

[Am] 15. Juli 1410 stehen [zwei] Armeen in zwei fast drei Kilometer langen Linien etwa 200 Meter voneinander entfernt. Sie sind bereit zu einer der größten Schlachten des späten Mittelalters, die für fast vier Jahrhunderte das Machtgefüge in Ostmitteleuropa vorentscheiden sollte: zur Schlacht von Grunwald (deutsch: Grünfelde), die in Deutschland seit preußischer Zeit die Schlacht bei Tannenberg (polnisch: Stębark) heißt, beides Orte in der Nähe des Geschehens südwestlich von Allenstein in Masuren. [...]

Die große Schlacht hatte eine fast 200-jährige Vorgeschichte. Sie begann, wie es der englische Historiker Robert Bartlett nannte, mit der „Geburt des christlichen Europa aus dem Geist der Gewalt": mit den Kreuzzügen gegen die Muslime am Mittelmeer und die Heiden an der Ostsee.

Die Kreuzfahrerstaaten im Nahen Osten taumelten ihrem Untergang entgegen, als der polnische Herzog Konrad von Masowien 1226 die bereits aus Palästina nach Ungarn vertriebenen Deutschordensbrüder an die Weichsel holte. [...] Ihr Hochmeister Hermann von Salza war ein Freund des Stauferkaisers Friedrich II. und spielte den polnischen Provinzler linkerhand aus, indem er sich vom Kaiser und vom Papst die Souveränität über die eroberten Gebiete zusichern ließ. So entstand innerhalb weniger Jahrzehnte östlich der unteren Weichsel ein effizienter Ordensstaat, der – gestützt auf moderne Wehrkloster-Residenzen wie die machtvolle Marienburg bei Danzig – den in Palästina geschlagenen westeuropäischen Rittern Ersatzkreuzzüge und Aufstiegschancen bot. Zunächst ging es gegen die heidnischen Pruzzen und die teils heidnischen, teils orthodoxen Litauer. Doch dann auch gegen die eigenen Glaubensbrüder: das katholische Polen. [...]

Am 24. Juni erklärten Polen und Litauer dem Hochmeister den Krieg. [...] Am 15. Juli war bei Grunwald und Tannenberg die Stunde der Entscheidung gekommen. [...] 1525 schließlich legte der letzte Hochmeister, Albrecht von Hohenzollern (auch Albrecht von Brandenburg-Ansbach, Anm. d. Red), in Krakau den Lehnseid auf den polnischen König ab. Zugleich schloss sich Albrecht dem Protestantismus an und wandelte den verbliebenen Ordensstaat in das Herzogtum Preußen um. Dieses wurde, vereint mit Brandenburg, zum Nukleus jenes Staates, der 250 Jahre später im Zusammenspiel mit Russland und Habsburg Polen-Litauen den Garaus machen sollte. [...]

Für die preußisch-deutschen Nationalisten blieb die „Schmach von Tannenberg" [...] ein Stachel im Fleisch, der mit

Aufstieg zur Großmacht

Bolesław I. Chrobry erwarb 1025 als erster polnischer Herrscher mit päpstlicher Billigung die Königswürde über ein Königtum, dessen wichtigste Nachbarn im Westen das römisch-deutsche Reich, im Norden Dänemark, im Süden Böhmen und im Osten die Kiever Rus waren. In den folgenden Jahrzehnten schwächten Erbfolgestreitigkeiten und Teilungen das gesamtstaatliche Verantwortungsgefühl, was auch die Abwehr des zentralasiatischen Reitervolkes der Mongolen erschwerte, das innerhalb weniger Jahrzehnte das größte Landreich der Geschichte errichtet hatte. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts bedrohten die Mongolen nach der Niederringung des Großfürstentums Kiev die mitteleuropäischen Reiche, darunter Polen. Die Niederlage eines polnisch-deutschen Heeres unter dem Piastenherzog Heinrich II. bei Liegnitz im April 1241 ging in polnische und deutsche Geschichtsbücher ein. Das piastisch regierte Schlesien schied 1339/53 aus dem polnischen Staatsverband aus und wurde als Teil Böhmens mittelbar Bestandteil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. 1320 erfolgte die dauerhafte Erhebung Polens zum Königreich.

Verheerende Einfälle der seit altersher an der nördlichen Grenze Polens (ungefähr im Raum des späteren Ostpreußen) siedelnden heidnischen Pruzzen veranlassten Konrad I. von Masowien (*Mazowiecki*, 1194–1247) zu einem Hilferuf an den 1198 im Heiligen Land gegründeten Deutschen Ritterorden, dem er 1230 das Kulmer Land versprach. Der Orden entwickelte sich schnell zu einer völlig eigenständigen Militärmacht und zu einer Gefahr für die piastischen Fürsten in den nördlichen Provinzen Polens. Er konnte erst in der Schlacht bei Grunwald (Tannenberg) im Juli 1410 durch ein vereintes polnisch-litauisches Heer bezwungen werden.

Diese Auseinandersetzungen wurden in Polen lange zum Sinnbild eines dauerhaften deutsch-polnischen Gegensatzes stilisiert, während eine parallel zum Aufstieg des Deutschen Ritterordens stattfindende positive deutsch-polnische Begegnung im allgemeinen Bewusstsein zurückgedrängt wurde: Bereits seit dem 12. Jahrhundert vollzog sich der sogenannte Landesausbau, die „deutsche Ostsiedlung", auf Einladung der polnischen Herren, die das Ziel verfolgten, die agrarische Produktion in bisher siedlungsarmen Landschaften zu intensivieren und das Städtenetz auszubauen. Die angeworbenen Siedler wurden mit rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Privilegien ausgestattet, die ihnen breitere Handlungsspielräume eröffneten, als sie in den deutschen Herkunftsgebieten und im herkömmlichen polnischen Recht gegeben waren. Diese deutsche Siedlung war keine aggressive Bewegung, sondern eine ökonomische, rechtliche und kulturelle Leistung, von der Deutsche, Polen und andere im Königreich siedelnde Ethnien profitierten und die bis ins 14. Jahrhundert andauerte.

picture-alliance / akg-images

1241 stellt sich ein polnisch-deutsches Heer bei Liegnitz dem Ansturm der Mongolen entgegen. Vergeblich – die mongolischen Plünderungen tragen zur Schwächung des mittelalterlichen Polens bei.

dem Mythos von der Marienburg als deutschem Vorposten gegen die Barbarei kompensiert werden sollte. Später stilisierte man den Sieg über die russischen Armeen in Ostpreußen im September 1914 zur zweiten Tannenberg-Schlacht, zur Revanche für Grunwald.

Auch die Nazis wollten die Erinnerung tilgen. Sie zerstörten nach der Besetzung Polens 1939 das Krakauer Denkmal Jagiełłos und überführten die Kopien der 1410 eroberten Standarten feierlich in die Marienburg; die Originale waren bereits 1797 von den Habsburgern entwendet worden und sind seitdem verschollen – wie heute auch die Kopien.

Just in jenen Tagen der deutschen Schreckensherrschaft diente der Grunwald-Mythos den Polen zur „Ertüchtigung der Herzen". [...]

Auch die Kommunisten zitierten gern die Grunwald-Symbolik, weil man daraus irgendwie auch eine „polnisch-sowjetische Waffenbrüderschaft" ableiten konnte. [...]

Diese exklusiven Debatten interessieren die Neuritter wenig, die jedes Jahr in den Auen von Grunwald die Schlacht nachstellen. [...] Ansonsten aber ist es still geworden über dem Schlachtfeld.

Adam Krzeminski, „Die mythische Schlacht", in: Die Zeit Nr. 27 vom 1. Juli 2010

Die Schlacht von Grunwald gegen den Deutschen Ritterorden wird auch heute noch geschlagen: historische Inszenierung zum 600. Jahrestag im Juli 2010

picture-alliance / dpa / Radek Pietruszka

ullstein bild – united archives

Begründer des polnisch-litauischen Großreichs: Der litauische Großfürst Jagiełło wird 1386 in Krakau zum König Polens gekrönt.

Polnisch-Litauische Personalunion

Unter Kazimierz III. dem Großen (*Wielki*, Reg. 1333–70) erreichten der Landesausbau und der Verwaltungsaufbau sowie der geistig-kulturelle Aufschwung (Gründung der Universität Krakau 1364) einen Höhepunkt. Da sein Sohn Ludwik I. der Große (*Wielki*, 1326–1382, ab 1370 König von Polen) ohne männlichen Erben geblieben war, musste die Zustimmung des polnischen Adels zur Nachfolge der Töchter mit weitreichenden Konzessionen erkauft werden, die diesem eine fast völlige Steuerfreiheit, den politischen Alleinvertretungsanspruch und die Mitwirkung an der Königswahl garantierten.

Die Eheschließung Jadwigas, der Tochter Ludwiks I, mit dem bis dahin heidnischen Großfürsten von Litauen, Jagiełło (Reg. 1386–1434), begründete eine – mehrfach unterbrochene – polnisch-litauische Personalunion, die erst 1569 in Lublin in eine Realunion umgewandelt wurde. Die Taufe Jagiełłos und der heidnischen Mehrheit des litauischen Volkes schloss die Christianisierung Europas ab.

Erfolge im Konflikt mit dem Deutschen Orden führten 1466 zu Gebietsgewinnen: das sogenannte königliche (= polnische) Preußen, das heißt Pommerellen mit Danzig, das Kulmer und Michelauer Land, Elbing und die Marienburg, fiel den Jagiellonen zu. Das östliche (seit 1525 „herzogliche") Preußen mit Königsberg verblieb zunächst Deutschordensstaat. 1525 leistete der für die Reformation gewonnene letzte Ordenshochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach dem polnischen König den Lehenseid und erhielt als weltlicher Herzog das bisherige Deutschordensgebiet, das nunmehrige Herzogtum Preußen, zum Lehen; 1618 fiel es an Brandenburg und musste 1657 im Vertrag von Wehlau von Polen ganz aufgegeben werden. Für die nächsten Jahrhunderte wurde Brandenburg-Preußen dem Königreich Polen zu einer schicksalhaften Herausforderung. Im Osten und Südosten fanden sich die Jagiellonen der zunehmend ernster werdenden Bedrohung durch das aufstrebende Großfürstentum Moskau und durch die Osmanen ausgesetzt.

Der zu einer Einheit zusammenwachsende polnisch-litauische Adel nutzte die häufigen außenpolitischen Verwicklungen dazu, dem jeweiligen Herrscher weitergehende Rechte abzuringen. Nach einer Habeas-Corpus-Akte (Schutz der persönlichen Freiheit, 1430/33) wurde dem regionalen Kleinadel 1454 eine Mitwirkung an der Landesregierung zugestanden, die 1493 zur Einrichtung eines Reichstages *(Sejm)* mit zwei Kammern führte, dem aus höchsten königlichen Beamten bestehenden Senat und der Landbotenstube, besetzt mit adligen Vertretern der Landtage der Provinzen (Woiwodschaften).

Die bereits 1454 vom Adel durchgesetzte rechtliche Benachteiligung von Stadtbürgern und Bauern schritt weiter fort. Der Handel der Städte wurde durch Reichstagsbeschlüsse stark eingeschränkt. So war im Vergleich zu den deutschen Territorien die geringe ökonomische und politische Bedeutung der Städte in Polen auffallend, deren Oberschicht wiederum den Anschluss an den Adel suchte. Um genügend Arbeitskräfte zu haben, banden die Grundherren die Bauern immer stärker an die Scholle. Seit 1496 war es den Bauern polnischen Rechts verboten, sich bei Streitigkeiten mit ihren Herren an ein königliches Gericht zu wenden. Das 1538 verschärfte Monopol des adligen Grundbesitzes und die privilegierte soziale und politische Stellung des Kleinadels ebneten den Weg zum Niedergang der Städte sowie zur weiteren Entrechtung und lang andauernden Verelendung der Bauern. Dagegen erlebte Polen insbesondere auf literarisch-künstlerischem Gebiet unter den letzten Jagiellonen im 16. Jahrhundert sein „Goldenes Zeitalter". Die städtische Bevölkerung wurde früh von der lutherisch, Teile des Adels von der calvinistisch geprägten Reformation erfasst. Trotz der katholischen Gegenreformation herrschte seit dem Konfessionsfrieden von 1573 (Warschauer Konföderation) für zwei Generationen eine beispielhafte religiöse Toleranz. Aber bereits mit der Berufung des Jesuitenordens nach Polen (1564) und dem Aufbau seines Erziehungssystems kündigte sich eine schleichende Rekatholisierung an; unter Zygmunt III. Waza (Reg.1587–1632) betrieben die Bischöfe offen die Rücknahme der Warschauer Konföderation von 1573.

Niedergang und staatlicher Zerfall

Da die Jagellionen keinen männlichen Thronfolger aufbieten konnten, wurde 1572 eine Wahlmonarchie eingerichtet. Der gesamte Adel war zur Wahl zugelassen. Dies bewirkte eine weitere Schwächung der königlichen Macht, festigte den Einfluss der Magnaten (Adlige mit teilweise riesigem Großgrundbesitz, hohen Ämtern und eigenen Truppen) und beschleunigte die Ausprägung einer extrem adelsrepublikanischen Staatsform. Das seit 1652 respektierte Recht jedes Landboten (Abgeordneten des Adels), mit seinem Einspruch *(Liberum veto)* den Reichstag beschlussunfähig zu machen, erleichterte den an einer Schwächung Polens interessierten Nachbarmächten die Einflussnahme.

Die Auseinandersetzungen mit den ukrainischen Kosaken (1654 Anschluss des Kosakenstaates an Moskau) und mit Russland im Osten, die nordischen Kriege gegen Schweden (1655–1660, 1700–1721) und die häufigen Kämpfe mit dem Osmanischen Reich im Süden, aus denen Polen geschwächt hervorging, ließen das Land immer mehr zum Spielball der Politik der benachbarten Großmächte werden. Innere Auseinandersetzungen um Staatsreformen, die die Macht des Adels zurückdrängen sollten, boten Russland und Preußen Gelegenheit zur Einmischung. Bereits seit Mitte des 18. Jahrhunderts verfolgte Preußen das Ziel territorialer Erwerbungen auf Kosten Polens. Unter geeigneten Umständen sollte Russland für Teilungspläne gewonnen werden. Als Russland 1768 in einen Krieg gegen das Osmanische

Reich verwickelt wurde und sich gleichzeitig in Polen bewaffneter Widerstand gegen Russlands Einmischung in innerpolnische Verfassungsfragen erhob, war dieser Moment eingetreten: Die russische Zarin Katharina II. ließ sich von der preußischen Diplomatie dazu bewegen, 1771 eine Teilungsvereinbarung mit Preußen zu treffen und 1772 Österreich in diese einzubeziehen. Das innenpolitisch zerrissene und militärisch wehrlose Polen verlor 1772 über ein Viertel seines Staatsgebietes und ein Drittel seiner Bevölkerung an die drei Teilungsmächte.

Die andauernde Bedrohung von außen und der Schock der Teilung setzten Polen unter noch größeren Reformdruck. Ein „Vierjähriger Sejm" (1788–92) verabschiedete am 3. Mai 1791 die erste geschriebene Verfassung Europas. Sie sah eine konstitutionelle Monarchie mit einer Erbdynastie, die Teilung der Gewalten in Legislative, Exekutive, Judikative, die Abschaffung des *Liberum veto*, einen nach Mehrheitsprinzip entscheidenden Reichstag sowie eine aus Kronrat und Ministern gebildete Regierung vor.

Katharina II. von Russland (Reg. 1762–1796) unterstützte die Reaktion des Adels gegen die Mai-Verfassung, der seine Privilegien beschnitten sah, und intervenierte mit einer 100 000 Mann starken Armee. Berlin verhandelte mit dem Petersburger Hof über eigene Gebietsansprüche. Ein preußisch-russischer Teilungsvertrag besiegelte die zweite Teilung Polens 1793 (Verlust von 286 000 Quadratkilometern mit 3,5 Millionen Einwohnern). Ein von Tadeusz Kościuszko (1746–1817) geführter allgemeiner Volksaufstand gegen die Teilung brach im Oktober 1794 zusammen und wurde von den drei Nachbarn zum Anlass genommen, den kaum noch lebensfähigen polnischen Rumpfstaat endgültig zu zerschlagen. Das restliche Polen mit 240 000 Quadratkilometern und 3,5 Millionen Einwohnern wurde in der dritten Teilung 1795 Russland, Preußen und Österreich zugeschlagen und verschwand von der politischen Landkarte Europas.

Für Polen begann der Aufbruch Europas in das Zeitalter der Nationalstaatsbildung mit der schmerzhaften Erfahrung des Verlustes staatlicher Selbstständigkeit. „Dieses Paradox kann gar nicht deutlich genug hervorgehoben werden, liefert es doch den Schlüssel für ein besseres Verständnis vieler Eigenheiten der neueren und neuesten Geschichte. Das sogenannte Teilungstrauma sollte in diesem Land weit über das 19. Jahrhundert hinaus zum alles bestimmenden Ausgangspunkt politischen Denkens und Handelns werden. Auch der daraus resultierende Gegensatz von Staat und Gesellschaft in Polen hat hier seinen Ursprung [...]. Das 19. Jahrhundert dauerte in Polen eigentlich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, als ein souveräner polnischer Staat wiedergegründet werden konnte." (Rudolf Jaworski, in: Eine kleine Geschichte Polens, Frankfurt/Main 2000, S. 249)

Der Wiener Kongress 1814/15, auf dem nach dem Ende der Revolutionskriege und dem Sturz Napoleons eine europäische Nachkriegsordnung etabliert werden sollte, hob ein aus den polnischen Zentralgebieten gebildetes „Königreich Polen" (Kongresspolen) aus der Taufe, dem neben einer eigenen Verfassung, die es durch eine Personalunion mit Russland verband, und einer Verwaltung auch eine kleine Armee zugestanden wurde. Der russische Zar war jetzt zugleich König von Polen.

Die nun folgende russische Willkürherrschaft löste in Kongresspolen im Laufe des 19. Jahrhunderts (1830/31, 1863) Aufstände aus. Die Besatzungsmacht reagierte mit rigorosen Strafmaßnahmen und mit einer brutalen Russifizierungspolitik. Der Name „Königreich Polen" verschwand, ab 1874 residierte in Warschau ein russischer Generalgouverneur, alle polnischen Verwaltungsinstanzen wurden aufgelöst. Die preußischen Behörden verschärften nach der Reichsgründung 1871 den Kulturkampf gegen das Polentum in Posen/Westpreußen.

picture-alliance / akg-images

Räuberische Nachbarn: Russland, Österreich und Preußen teilen 1772 polnisches Staatsgebiet unter sich auf. Stanislaus II., König von Polen, hält in der zeitgenössischen Darstellung verzweifelt seine Krone fest.

ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Die autoritäre Herrschaft des russischen Zarenreiches schürt den Widerstandsgeist der Polen. Spendensammlung zu Gunsten der Aufstandsarmee in einer Zeichnung aus dem Jahr 1831

Die Konfrontation der Teilungsmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland im Ersten Weltkrieg, die bolschewistische Revolution in Russland 1917 und die Niederlage des deutschen Kaiserreiches und des Habsburgerreiches setzten die Wiedererrichtung eines unabhängigen Polen erneut auf die Tagesordnung der europäischen Politik. Nach der deutschen Kapitulation konnte Józef Piłsudski (1867–1935), der Führer der gemäßigten Sozialisten, am 11. November 1918 die vollziehende Gewalt in dem bis dahin von deutschen Truppen besetzten Warschau übernehmen.

Zwischen den Weltkriegen

Polen war nun selbstständig, aber weder Staatsform noch Grenzen waren festgelegt. Im Versailler Vertrag wurden Polen fast ganz Posen und weite Teile Westpreußens (Pommerellen, der sogenannte Korridor) links der Weichsel zugesprochen. In strittigen Gebieten um Allenstein, Marienwerder und in Oberschlesien sollten Plebiszite abgehalten werden, die in den erstgenannten Gebieten 1920 mit weit über 90 Prozent zugunsten Deutschlands ausfielen. Auch der letzte der drei polnischen Aufstände (August 1919, August 1920, Mai 1921) gegen die deutschen Behörden konnte die Aufteilung des von Polen beanspruchten Oberschlesien durch den Völkerbundrat nicht verhindern. Die Aufteilung der seit Jahrhunderten ethnisch, sprachlich und kulturell gemischten Region und reichen Industrielandschaft wurde von Deutschen und Polen gleichermaßen als ungerecht verurteilt. Polen erhielt den Ostteil Oberschlesiens mit Kattowitz und Königshütte, obwohl in ganz Oberschlesien 1921 60 Prozent der Bevölkerung – nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen – für den Verbleib bei Deutschland gestimmt hatten. Die Erklärung Danzigs zur „Freien Stadt" unter dem Protektorat des Völkerbundes trug weiter zur Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses bei. Das Teschener Gebiet entlang der Olsa, auf das Warschau wegen der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung und Prag aufgrund der historischen Zugehörigkeit zu Böhmen Anspruch erhob, wurde geteilt.

Piłsudski versuchte angesichts der militärischen Schwäche Sowjetrusslands an der Ostgrenze vollendete Tatsachen zu schaffen und löste mit einer Offensive im April 1920 den Polnisch-Sowjetischen Krieg aus. Er lehnte die sogenannte Curzon-Linie (von dem britischen Außenminister Lord George Curzon im Juli 1920 vorgeschlagene polnisch-sowjetische Demarkationslinie) als polnische Ostgrenze ab. Im Frieden von Riga (März 1921) wurde die polnisch-sowjetische Grenze rund 150 km östlich der Curzon-Linie festgelegt. Das Wilnaer Gebiet kam mit einer Militäraktion (1920) gegen das ebenfalls unabhängig gewordene Litauen unter polnische Hoheit. Polen umfasste nunmehr ein Gebiet von rund 388 000 Quadratkilometern mit über 27 Millionen Einwohnern, darunter jedoch nur 19 Millionen polnischer Volkszugehörigkeit.

Die häufig wechselnden Regierungen Polens standen vor der Aufgabe, drei durch die ehemaligen Teilungsmächte unterschiedlich geprägte Verwaltungs-, Rechts-, Verkehrs- und Bildungssysteme zusammenzuführen, die wirtschaftlichen und sozialen Unausgewogenheiten zu beseitigen und die ethnischen Minderheiten zu integrieren. Die am 17. März 1921 verabschiedete Verfassung sah ein nach dem Verhältniswahlrecht gewähltes Zweikammerparlament, den *Sejm* (444 Mitglieder) und den Senat (111 Mitglieder), vor. Piłsudski kandidierte nicht für das Präsidentenamt, da dem Staatspräsidenten nach der Verfassung wenige Rechte verblieben.

Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten, die ungefähr ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, blieb ungeachtet der minderheitenfreundlichen Märzverfassung von 1921 restriktiv. Dies verschlechterte das bereits belastete Verhältnis Polens zu seinen westlichen und östlichen Nachbarn weiter. Vor dem

picture-alliance / Mary Evans Picture Library

Staatsstreich im Mai 1926: Józef Piłsudski und die Armee beenden die erste parlamentarische Demokratie und errichten ein autoritäres Regime.

Hintergrund wachsender Korruption und Ämterstreitigkeiten unter den häufig wechselnden, instabilen Regierungen, vor allem aber angesichts einer seit 1925 bedrohlicher werdenden Wirtschaftskrise mit steigender Arbeitslosigkeit und staatlicher Finanznot, führte Piłsudski am 12. Mai 1926 einen Staatsstreich durch. Gestützt auf seine außerordentlich große Autorität bei der Bevölkerung und auf die Loyalität der Streitkräfte, errichtete er unter formaler Beibehaltung der Verfassung eine „moralische Diktatur", die zu einer „Gesundung" *(sanacja)* des politischen Lebens nach dem vermeintlichen Versagen des parlamentarischen Systems führen sollte. Mit der autoritären Wende reihte sich Polen in einen allgemeinen Trend in Europa ein, der durch die Schwächung oder Abschaffung der demokratischen Systeme gekennzeichnet war, die nach dem Ersten Weltkrieg in den meisten Staaten Europas entstanden waren.

Im Winter 1929/30 wurde Polen gänzlich von der Weltwirtschaftskrise erfasst. Arbeitslosigkeit und Teuerung führten zu einer gesellschaftlichen Radikalisierung. Sozialisten und Bauernparteien schlossen sich zur oppositionellen *Centrolew* (Zentrumslinken) zusammen. Im Herbst 1930 wurde die Opposition unter Rechtsbrüchen zerschlagen; ihre Führer sahen sich zur Emigration gezwungen. Im April 1935 wurde eine auf Piłsudski zugeschnittene, autoritäre Verfassung verabschiedet. Doch mit seinem Tod am 12. Mai 1935 verfiel das bisher von Piłsudskis persönlichem Prestige geprägte System.

Polen war infolge der umstrittenen Grenzziehung mit allen Nachbarn außer Rumänien und Lettland verfeindet. Durch ein militärisches Schutzbündnis mit Frankreich war Polen das wichtigste Glied in dem zwischen der Sowjetunion und Deutschland gelegenen Staatengürtel, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte. Die Kräfte Polens waren jedoch mit der Aufgabe, die beiden Nachbarn zu neutralisieren, überfordert. Die UdSSR und das nationalsozialistische Deutschland nutzten die Nichtangriffsverträge mit Polen (25. Juli 1932 bzw. 26. Januar 1934) nur als Atempause auf dem Weg zur Revision der Versailler Friedensordnung. Mit der ultimativen Nötigung Litauens, die bestehende litauisch-polnische Grenze und damit den Verlust Wilnas anzuerkennen, und der Beteiligung an der Amputation der Tschechoslowakei nach dem Münchner

Abkommen durch die Annexion des Olsa-Gebiets im Oktober 1938 hatte Polen die Beziehungen zu zwei Nachbarn weiter vergiftet. Seine moralische Position als östlicher Eckpfeiler des Westens zwischen den beiden totalitären Diktaturen Deutschland und Sowjetunion war stark geschwächt.

Gleichzeitig drängte der deutsche Diktator Adolf Hitler nach dem „Anschluss" Österreichs und der Zerstückelung der Tschechoslowakei nunmehr auf eine Regelung der Danzig- und Korridorfrage zugunsten Deutschlands. Damit wollte Hitler eine Politik in Gang setzen, die Polen zu einem Vasallenstaat des Dritten Reiches degradieren und zum Ausgangspunkt seiner rassistischen Lebensraumpolitik machen sollte. Schockiert über die deutsche Annexion der „Rest-Tschechei" am 15. März 1939 und die am 22. März nach einem deutschen Ultimatum mit Litauen vereinbarte „Rückkehr" des Memellandes in das Deutsche Reich hatte Polen am 23. März als Akt der Verteidigungsbereitschaft eine Teilmobilmachung erklärt. Die Zurückweisung einer sogenannten Globallösung (Danzig deutsch, exterritoriale Eisen- und Autobahn zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet, Beitritt Polens zum Antikominternpakt) und die britische Garantieerklärung für die „nationale Integrität" Polens am 31. März 1939 nahm Hitler zum Anlass, im April den Befehl zur Vorbereitung eines Angriffskrieges zu geben und am 28. April den Nichtangriffspakt aufzukündigen. Ein am 23. August unterzeichneter deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag sah in einem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Polens zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion vor. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 löste Hitler den Zweiten Weltkrieg in Europa aus.

Zweiter Weltkrieg

Nach dem schnellen Vorstoß der deutschen Truppen gegen eine hoffnungslos unterlegene polnische Armee und dem Einfall der Roten Armee in Ostpolen am 17. September kapitulierten die letzten polnischen Verbände gegenüber der Wehrmacht am 5. Oktober 1939. Deutsch-sowjetische Verhandlungen führten am 28. September zu einem Grenz- und Freundschaftsvertrag, der die Demarkationslinie der Invasoren entlang dem Bug festlegte. In den polnischen Ostgebieten, die der Weißrussischen und der Ukrainischen Sowjetrepublik eingegliedert wurden, lebten unter den 13 Millionen Einwohnern – zumeist Weißrussen, Ukrainer und starke jüdische Minderheiten – über fünf Millionen Menschen mit polnischer Muttersprache, gegen die sogleich Terrormaßnahmen ergriffen wurden. Die Deportationen von April bis Juni 1940 erfassten vor allem die staatlichen, religiösen und kulturellen Repräsentanten des Polentums. Von den rund 300 000 Kriegsgefangenen überlebten nur 82 000. Vor allem die Leugnung der Ermordung von tausenden polnischen Offizieren in sowjetischen Lagern (Katyń, Kozielsk, Starobielsk) hat das polnisch-sowjetische Verhältnis über Jahrzehnte belastet.

Der Westen Polens war seit September 1939 ganz in deutscher Hand. Hitler begann hier ohne Rücksicht mit der Umsetzung der nationalsozialistischen Lebensraumpolitik. Der Westen des von deutschen Truppen besetzten polnischen Staatsgebietes wurde unter der Bezeichnung „Eingegliederte Ostgebiete" unmittelbar mit dem Reich vereinigt, während der östliche Teil als „Generalgouvernement" ein „Nebenland" des Deutschen Reichs wurde. Die Eingegliederten Ostgebiete umfassten 95 000 Quadratkilometer mit 9,9 Millionen Einwohnern (87 % Polen, 6,5 % Deutsche, 6,4 % Juden); das Generalgouvernement zählte vor der Eingliederung des sogenannten Distrikts Galizien mit der Hauptstadt Lemberg am 1. August 1941 94 000 Quadratkilometer mit 12,1 Millionen Einwohnern, darunter 81 Prozent Polen, sechs Prozent Ukrainer und 11,5 Prozent Juden.

„Eingegliederte Ostgebiete"

Die NS-Politik hatte sich zum Ziel gesetzt, die Eingegliederten Ostgebiete innerhalb eines Jahrzehnts zu „germanisieren", also in völlig deutsch besiedeltes Land zu verwandeln. Vollstrecker der Lebensraumpolitik war der „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums", Chef der deutschen Polizei und Reichsführer SS, Heinrich Himmler. Erste Todesopfer deutscher Volkstumspolitik waren noch im Herbst 1939 10-20 000 Polen, die der Führungsschicht angehörten, darunter zahlreiche katholische Geistliche. Himmlers Behörde, das Reichssicherheitshauptamt, begann sofort damit, Polen in das Generalgouvernement abzuschieben und an ihrer Stelle die 1939/40 aus den baltischen Ländern, dem sowjetischen Ostpolen, dem Generalgouvernement und Rumänien (Bessarabien, Bukowina) umgesiedelten „Volksdeutschen" anzusiedeln.

Die Polen in den Eingegliederten Ostgebieten wurden völlig entrechtet. Alles Grundeigentum wurde ihnen durch die „Polenvermögensverordnung" von September 1940 genommen. Oft mussten enteignete polnische Bauern als Knechte auf ihren ehemaligen Höfen dienen, die neu angesiedelten Deutschen zugesprochen wurden. Die polnische Sprache wurde aus dem öffentlichen und kirchlichen Leben verbannt, der

September 1939: Einmarsch von SS-Einheiten in ein zerstörtes polnisches Dorf. Fast sechs Millionen Polen verlieren ihr Leben unter der deutschen Besatzung.

akg-images

1943 werden in Katyń Massengräber entdeckt. Der sowjetische Geheimdienst hatte dort 1940 tausende gefangene polnische Offiziere exekutiert.

picture-alliance / akg-images

Schulunterricht für Polen stark reduziert, die katholische Kirche unterdrückt. Hunderttausende Polen mussten im Altreich in deutschen Betrieben Zwangsarbeit leisten, aus dem Wartheland allein bis 1943 mehr als 400 000.

Eine „Deutsche Volksliste" teilte nach willkürlichen Kriterien die Deutschen in den Eingegliederten Gebieten in vier Gruppen ein. Gruppe eins umfasste die vor 1939 in der deutschen Minderheit in Polen aktiven Personen. Zur Gruppe zwei gehörten diejenigen, die zwar nicht in der Minderheit aktiv gewesen, aber nach ihrem Selbstverständnis und der Wahrnehmung durch Andere Deutsche waren. Gruppe drei umfasste nach Ansicht der Nationalsozialisten teilweise polonisierte Deutsche (Kaschuben, Masuren, Schlonsaken u.a.) und Gruppe vier schließlich Personen, die zwar deutscher Herkunft, aber vollständig polonisiert waren. Die Angehörigen der Gruppen eins und zwei erhielten die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt, die Gruppe drei nur auf Widerruf und die Gruppe vier erhielt lediglich eine Anwartschaft. Dabei ging es den deutschen Behörden insbesondere um die Rechtfertigung von Rekrutierungen für die Wehrmacht.

„Generalgouvernement"

Das Generalgouvernement sollte als Nebenland des Reiches eine Art deutscher Kolonie sein, in der die Polen ohne politisches und kulturelles Eigenleben für das nationalsozialistische Deutschland zu arbeiten hatten. Himmlers Deutsche Polizei versuchte, durch Terror und willkürliche Massenverhaftungen die Bevölkerung in Furcht zu halten. Die Produktion des Generalgouvernements wurde ganz in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft gestellt. Etwa eine Million Polen gingen, teils um weiterer wirtschaftlicher Verelendung zu entgehen, teils gezwungen, als „Fremdarbeiter" nach Deutschland.

Nach der Eroberung der bis dahin sowjetisch besetzten ostpolnischen Gebiete im Sommer 1941 wurde auch dort mit der Vertreibung der Polen und einem Ansiedlungsprogramm für Volksdeutsche begonnen, das aber wegen des starken Widerstandes der polnischen Landbevölkerung Ende 1943 aufgegeben werden musste.

Verfolgung und Vernichtung der Juden

Die Juden in den Eingegliederten Ostgebieten und im Generalgouvernement wurden sofort völlig entrechtet und in zahlreichen Ghettos zusammengepfercht. Die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement wuchs fortlaufend – nicht nur durch die aus den Eingegliederten Ostgebieten Deportierten, sondern auch durch die Deportationen aus dem Altreich. Im Warschauer Ghetto vegetierten unter furchtbaren Bedingungen auf engstem Raum zeitweise 400 000 Menschen dahin, bevor sie zur Ermordung in die Vernich-

Die erste Mordaktion

Piaśnica (Piasnitz) steht für die erste große Mordaktion der Deutschen im besetzten Europa. Was sich hier in den Wäldern nahe dem kaschubischen Dorf Wielka Piaśnica gleich nach dem deutschen Überfall auf Polen abgespielt hat, lässt sich heute nur noch erahnen. Oder an den Bäumen ablesen, in die bei Gewitter oft Blitze einschlagen – angezogen, so heißt es, vom Metall der Gewehrkugeln, die noch in den Stämmen stecken. Zehn Kilometer nördlich von Wejherowo (Neustadt in Westpreußen) wurden zwischen September und Dezember 1939 tausende Menschen ermordet: Kaschuben aus der Region, psychisch Kranke aus deutschen Heilanstalten sowie internierte deutsche Antifaschisten, Polen, Tschechen und staatenlose Juden aus dem Reichsgebiet.

[...] Massaker an jüdischen, aber auch an christlichen Polen, an polnischen Intellektuellen, Adligen, Priestern, Gewerkschaftern waren vom ersten Tag an fester Bestandteil des Feldzugs. Neben den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes mordeten auch reguläre Soldaten der Wehrmacht sowie Polizisten und die Männer vom sogenannten Volksdeutschen Selbstschutz.

Die Todesschwadronen dieses Selbstschutzes brachten in den ersten Monaten der Besatzung zwischen 20 000 und 30 000 polnische Staatsbürger um. [...]

Die Nazis nutzten die Wirren der ersten Kriegstage, um im Wald von Piaśnica gleich mehrere große und genau geplante Massaker anlaufen zu lassen: Eines davon gehörte zur „Intelligenzaktion" – die Ermordung der lokalen Führungsschichten in Polen. Auch in Wejherowo wurde aus einheimischen Deutschen eine paramilitärische Selbstschutz-Gruppe zusammengestellt. Diese fanatisierten Volksdeutschen hatten schon vor Kriegsbeginn Listen mit den Namen ihrer polnischen und kaschubischen Nachbarn erstellt und sie Anfang September 1939 der Gestapo und der SS übergeben. Lehrer, Pfarrer, Bürgermeister, Kaufleute, Bezirksrichter, Künstler – fast die gesamte Intelligenz der Region war erfasst. [...]

Insgesamt – rechnet man die kaschubischen Opfer, die Kranken und die nicht mehr genau zu bestimmende Zahl der Deportierten [...] zusammen – kommt man auf 10 000 bis 13 000 Menschen, die im Wald von Piaśnica ermordet wurden. Die exakte Zahl ist heute auch deshalb nur noch schwer festzustellen, da die Nazis versuchten, die Spuren zu verwischen. Ende August 1944, als die Rote Armee näher rückte, zwangen sie 36 KZ-Häftlinge aus Stutthof, die Leichen auszugraben und zu verbrennen. Nach fast sieben Wochen wurden die Gefangenen dann selbst getötet.

Doch der Versuch, alle Hinweise auf das Verbrechen zu tilgen, misslang. Im Herbst 1946 untersuchte ein Komitee den Ort. Es fand die Überreste von 30 Massengräbern; zwei gab es noch, in denen unverbrannte Leichen lagen. Bis heute sind über 500 Opfer identifiziert. [...]

[D]er 76-jährige kaschubische Heimatforscher und Fotograf Edmund Kaminski [...] hat die Massaker von Piaśnica akribisch dokumentiert. Besonders erschüttert ihn die Beteiligung von Nachbarn, von Männern des Selbstschutzes: „Wir kennen die Namen dieser Täter aus unserer Gegend, von denen einige nach Deutschland geflohen sind. Aber keinem wurde dort der Prozess gemacht."

[...] Das Gedenken an Piaśnica könnte für den Brückenschlag zwischen Deutschen, Polen und Kaschuben einen hohen Stellenwert bekommen. Im neuen Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs, das 2014 fertiggestellt sein soll, werden die Massaker einen wichtigen Platz einnehmen, als explizites Beispiel für einen Genozid. Denn das grausame Geschehen in den Wäldern Kaschubiens illustriert, wie (der polnische Historiker, Anm. d. Red.) Piotr M. Majewski resümiert, „in besonderer Weise die Technik eines Völkermords, der mit den Geisteskranken und den Eliten des Feindes begann und mit dem Mord an den Juden endete".

Thomas Grasberger, „Der Totenwald", in: Die Zeit Nr. 4 vom 20. Januar 2011

ullstein bild – SZ Photo

Sechs Millionen Juden werden infolge der NS-Vernichtungspolitik ermordet, zum Großteil in Konzentrations- und Vernichtungslagern. Ein heimlich vom Lagerwiderstand aufgenommenes Foto dokumentiert die Verbrennung ermordeter Häftlinge im KZ Auschwitz.

ullstein bild – dpa

Im August 1944 beginnt der Warschauer Aufstand. Milizionäre der „Heimatarmee" kämpfen mehr als zehn Wochen in den Straßen der polnischen Hauptstadt gegen die deutsche Besatzungsmacht, bevor SS-Truppen den Widerstand niederschlagen.

tungslager verschickt wurden. Für die christlichen Polen, vor deren Augen sich das Grauen abspielte und die selber der Unberechenbarkeit und dem Terror der NS-Besatzungsmacht ausgesetzt waren, bedurfte es großen Mutes, Juden zu helfen, sie zu verstecken und vor der Ermordung zu retten. Wer half, setzte sich der Gefahr aus, selbst mit dem Tode bestraft zu werden; dazu kam das Risiko der Denunziation durch christliche Nachbarn, dominierten in der christlichen Umgebung doch Ablehnung und Gleichgültigkeit. Wenige nahmen an den Massenmorden teil, „sicherlich blieb die große Mehrheit der Zuschauer passiv und nahm das Geschehen widerwillig, gleichgültig oder staunend zur Kenntnis" (W. Borodziej, Geschichte Polens im 20 Jahrhundert, München 2010, S. 207), viele bereicherten sich jedoch am „arisierten Vermögen".

Die von den Nationalsozialisten geplante vollständige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas wurde durch das System der Konzentrations- und Vernichtungslager, die vor allem im besetzten Polen eingerichtet wurden, nahezu erreicht. Nachdem die Juden 1941 in Ostpolen bereits zu Hunderttausenden von Einsatzgruppen der SS ermordet worden waren, wurden 1941/42 in den Eingegliederten Ostgebieten (Chełmno, Auschwitz-Birkenau) sowie im Generalgouvernement (Bełżec, Majdanek, Sobibór, Treblinka) Konzentrations- und Vernichtungslager eingerichtet. Allein in ihnen wurden nach neueren Untersuchungen etwa 4,5 Millionen Juden aus dem deutschen Machtbereich umgebracht.

Widerstand

Gestützt auf eine Exilarmee, die 1940 auf über 90 000 Mann (Landstreitkräfte, Luftwaffe, Marine) anwuchs, bildete sich, zunächst in Paris, dann in London, eine Exilregierung unter Präsident Władysław Raczkiewicz (1885–1947) und Ministerpräsident Władysław Sikorski (1888–1943), der bereits 1922/23 kurzzeitig als Regierungschef amtiert hatte.

Sogar Stalin, der gemeinsam mit Hitler Polen überfallen und geteilt hatte, nahm nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und dem Wechsel in die westliche Anti-Hitler-Koalition diplomatische Beziehungen zu der polnischen Exilregierung auf, die jedoch am 25. April 1943 wieder abgebrochen wurden, da die polnische Regierung in London eine Erklärung für die kurz zuvor entdeckten Massengräber von Katyń forderte. Die Sowjetunion begann daraufhin mit der massiven Unterstützung kommunistischer Kräfte im polnischen Widerstand. Außerdem weigerte sich die polnische Regierung, den sowjetischen Annexionen und der Westverschiebung Polens in dem von den Alliierten vorgeschlagenen Ausmaß zuzustimmen.

Die brutale deutsche Besatzungspolitik löste eine immer weitere Bevölkerungskreise erfassende Bereitschaft zum Widerstand aus. Dessen bewaffneter Arm, die „Heimatarmee" *(Armia Krajowa)*, wuchs bis Ende 1943 auf 350 000 Mitglieder. Die militärische Bedeutung der kommunistischen „Volksgarde" *(Gwardia Ludowa)* blieb gering. Im April 1943 schlug die deutsche Besatzungsmacht den verzweifelten Aufstand im Warschauer Ghetto, mit dem jüdische Ghettoinsassen den Abtransport der letzten 60 000 Juden aus Warschau in die Vernichtungslager aufhalten wollten, blutig nieder.

Am 22. Juli 1944 (Nationalfeiertag bis 1989) bildete sich, nachdem die Rote Armee den neuen Grenzfluss Bug überschritten hatte, ein von moskautreuen Kräften gebildetes „Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung" *(Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego,* PKWN), das drei Tage später nach Lublin („Lubliner Komitee") umsiedelte und mit dem Aufbau einer kommunistisch orientierten Verwaltung begann. Daraufhin löste die Heimatarmee am 1. August 1944 einen Aufstand in Warschau aus, um die sowjetischen Truppen als legitime polnische Macht empfangen zu können. Der Aufstand wurde bis zum 2. Oktober von der deutschen Besatzungsmacht niedergeschlagen, Warschau in Schutt und Asche gelegt. Damit war der letzte militärische Versuch gescheitert, eine von der Sowjetunion unabhängige Regierung und demokratische Staatsform nach der absehbaren Befreiung von der deutschen Herrschaft in Polen zu etablieren.

Folgenreiche Grenzverschiebungen

Das am 1. Januar 1945 in „Provisorische Regierung" umbenannte Lubliner Komitee übernahm nach der Befreiung Polens die Herrschaft und zugleich die Verwaltung im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Pommern, im östlichen Brandenburg und in Schlesien. Die vorgesehene endgültige Abtretung Ostpolens und die Entschädigung durch deutsche Ostgebiete – also eine Westverschiebung Polens – löste Spannungen zwischen der Exilregierung und den Westalliierten aus. Dessen ungeachtet wurde auf der Jalta-Konferenz (Februar 1945) die leicht modifizierte Curzon-Linie als polnische Westgrenze festgelegt und Polen „ein beträchtlicher Gebietszuwachs im Westen und Norden" in Aussicht gestellt. Die Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) unterstellte die deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Lausitzer Neiße sowie das südliche Ostpreußen und Danzig (103 000 Quadratkilometer) polnischer Verwaltung. Dafür musste Polen auf 180 000 Quadratkilometer östlich der Curzon-Linie zugunsten der Sowjetunion verzichten.

Die Folgen der territorialen und politischen Neuordnung waren Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von Millionen Deutschen aus den Provinzen östlich von Oder und Lausitzer Neiße und von rund 1,5 Millionen Polen aus den sowjetisch gewordenen polnischen Ostgebieten. Die Alliierten hatten im Potsdamer Abkommen die „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" aus den traditionellen Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa angeordnet, von der auch die wenigen Deutschen betroffen waren, die aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzungsmacht geleistet hatten. Nach einer Berechnung von 1950 waren sieben Millionen Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten in der Bundesrepublik und in der DDR registriert. Innerhalb der folgenden 50 Jahre kamen nach Berechnungen des Bundesverwaltungsamtes Köln und des Aussiedlerbeauftragten aus dem Jahr 2000 rund 1,5 Millionen weitere Umsiedler aus Polen nach. Im Zuge der Vertreibung hatten etwa 1,6 Millionen Deutsche ihr Leben verloren. Die genaue Zahl der Vertriebenen lässt sich bis heute nicht ermitteln und wird in der Literatur unterschiedlich angegeben. Auf jeden Fall gehörten Flucht und Vertreibung zu den größten erzwungenen „Bevölkerungsverschiebungen" des 20. Jahrhunderts, die für die Betroffenen ungeheure Opfer und großes Leid bedeuteten. Am Ende des 20. Jahrhunderts sollte eine solche Politik mit dem umstrittenen Begriff „ethnische Säuberung" bezeichnet werden.

Zeit der Volksdemokratie

Der Zweite Weltkrieg hatte Polen circa sechs Millionen Todesopfer – darunter fast 90 Prozent des jüdischen Bevölkerungsanteils – gekostet. Die 1943 als „Polnische Arbeiterpartei" (PPR) neu gegründete kommunistische Partei schaltete nach ihrer Machtübernahme 1944/45 mit tätiger Hilfe der sowjetischen Befreier Schritt für Schritt die demokratischen Kräfte aus, so die 1945 von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Provisorischen Regierung, Stanisław Mikołajczyk, gegründete Polnische Bauernpartei (PSL), die gefährlichste Konkurrentin und Sammelbecken der oppositionellen Kräfte, sowie die Sozialistische Partei (PPS), die brutalen Säuberungen unterzogen wurde.

Zum entscheidenden Politiker in der „Provisorischen Regierung" wurde der PPR-Sekretär Władysław Gomułka (1905–1982) als Erster Stellvertretender Ministerpräsident. Der Verpflichtung zur Abhaltung freier ungehinderter Wahlen unter Beteiligung aller demokratischen und „antifaschistischen" Parteien wollten sich Kommunisten und Sozialisten nicht beugen. Die PSL weigerte sich jedoch, in einem „Demokratischen Block" in einer Einheitsliste anzutreten, die ihr nur 25 Prozent der Mandate zugesprochen hätte. Bei den Parlamentswahlen am 16. Januar 1947 stand die Bauernpartei dem „Demokratischen Block" (PPR, PPS, SL / Volkspartei, SD / Demokratische Partei) als einzige Oppositionspartei gegenüber und erhielt nach dem massiv gefälschten Wahlergebnis nur 10,3 Prozent der Stimmen und mit 27 von 444 Sejmsitzen weit weniger als zehn Prozent der Mandate. So wurde bereits in der Übergangsphase zum Aufbau des Sozialismus in der stalinistischen Spielart sichtbar, dass die Erbauer des neuen Polen wussten, dass sie die politische Umgestaltung gegen die überwältigende Mehrheit der polnischen Bevölkerung durchsetzen mussten, was ohne politische Einschüchterung, Terror und Manipulation nicht zu erreichen war. Dabei war eine Mehrheit der Polen – wie beispielsweise auch der Deutschen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – nach dem Versagen der politischen und gesellschaftlichen Eliten der Zwischenkriegszeit und dem Inferno des Zweiten Weltkriegs einer stärker egalitär und solidarisch ausgerichteten Gesellschaftsordnung durchaus zugetan – wenn diese demokratisch-pluralistisch legitimiert wäre. Die antibolschewistische Grundstimmung wurde genährt durch die Erfahrung mit dem stalinistischen Terror in Ostpolen nach dem September 1939.

Der *Sejm* wählte den PPR-Politiker Bolesław Bierut (1892–1956) zum Präsidenten und den PPS-Politiker Józef Cyrankiewicz (1911–1989) zum Ministerpräsidenten. Die „Kleine Verfassung" von 1947 regelte in Anlehnung an die Verfassung von 1921 die Kompetenzen der Staatsorgane formal nach dem Prinzip der Gewaltenteilung, doch wurde durch Stalin ergebene Kommunisten innerhalb und außerhalb der Verfassungsorgane Schritt für Schritt der Übergang zur „Volksdemokratie" eingeleitet. Wie in den anderen von der Roten Armee befreiten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas wurde die politische Opposition durch Verhaftungswellen und Schauprozesse gewaltsam ausgeschaltet. Der PSL-Vorsitzende Mikołajczyk entschied sich im Oktober 1947 zur Flucht ins Ausland. Nach der Säuberung der beiden Arbeiterparteien von sogenannten Rechtsabweichlern, die einen gemäßigteren Aufbau des Sozialismus (Skepsis gegenüber rascher Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, Erhaltung nationaler Traditionen im Sozialismus u. a.) befürworteten und deren prominentester Exponent Władysław Gomułka war, der wie andere „Heimatkommunisten" im polnischen Untergrund außerhalb der Kontrolle Moskaus gegen die deutsche Besatzung gekämpft hatte, erfolgte im Dezember 1948 die Vereinigung von PPR und PPS unter Bieruts Führung zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR). Die stalintreue Fraktion der Kommunisten hatte damit die nahezu uneingeschränkte Macht im Lande.

Hindernisse sozialistischer Alleinherrschaft

Die stärkste ideologische und gesellschaftliche Herausforderung für den Allmachtsanspruch der PZPR bildete die katholische Kirche, der über 95 Prozent der Bevölkerung angehörten. Ihre Solidarität mit dem Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror, dem annähernd 3000 Priester – circa 20 Prozent des Klerus – zum Opfer gefallen waren, war der Bevölkerung noch in lebendiger Erinnerung. Deshalb bereitete den Kommunisten die Rechtfertigung des offenen Kampfes gegen die Kirche besondere Schwierigkeiten.

Die PZPR trieb die Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft rasch voran. Investitionen in den Wiederaufbau, Industrialisierung, Urbanisierung, Gesundheit, Bildung und Wissenschaft unter Führung der Partei standen auf der Tagesordnung. Die am 22. Juli 1952 verabschiedete neue Verfassung trug dem totalen Machtanspruch der Partei Rechnung. Der *Sejm* wurde nicht nur gesetzgebende Körperschaft, sondern auch als „höchstes Organ der Staatsgewalt" bezeichnet, in Wirklichkeit jedoch bestimmte er weder den Gesetzgebungsprozess, noch kontrollierte er die Exekutive. Das Amt des Staatspräsidenten wurde durch einen Staatsrat mit einem Vorsitzenden ersetzt. Die Parlamentswahlen vom 26. Oktober 1952 wurden aufgrund eines Wahlgesetzes durchgeführt, das lediglich eine Abstimmung über die Wahlliste der „Nationalen Front" mit der PZPR, den Massenverbänden und den gleichgeschalteten Blockparteien ZSL (Vereinigte Bauernpartei) und SD (Demokratische Partei) zuließ, die als Nachfolgerinnen von Vorkriegsparteien politischen Pluralismus vorgaukeln sollten.

Bis 1955 sollte der „Umbau zur sozialistischen Wirtschaft" im Rahmen des Sechsjahresplans abgeschlossen werden. Die Vernachlässigung der Konsumgüter- zugunsten der Schwerindustrie führte bereits in den ersten Jahren nach anfänglichen Erfolgen bei der Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen zu wachsender Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die Kollektivierung der Landwirtschaft sollte wegen des dauerhaften Widerstands der Bauern rasch fehlschlagen.

Die schwierigen wirtschaftlichen Alltagsbedingungen, die kulturelle Repression und der Kirchenkampf des stalinistischen Regimes waren der Dünger für wachsende Unzufriedenheit mit den Verhältnissen. Die Geheimrede von Parteichef Nikita Chruschtschow (1894–1971) auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 mit ihren Enthüllungen über den stalinistischen Terror erschütterte auch die Machtstellung Bieruts, des „polnischen Stalin". Nach seinem überraschenden Tod in Moskau am 12. März 1956 überschlugen sich die Ereignisse in Polen.

Am 22. Juni 1956 brachen in Posen Streiks aus. Eine am 28. Juni mit Waffengewalt niedergeschlagene Massendemonstration für politische Freiheiten, die nach offiziellen Angaben 75 Menschenleben und etwa 800 Verletzte kostete, erhöhte den politischen Druck auf die Partei. Im August wurde der „Rechtsabweichler" Gomułka rehabilitiert, ins Politbüro der PZPR zurückgerufen und am 20. Oktober 1956 erneut zum Parteichef gewählt.

Gomułka kündigte die Abkehr von der starren Planwirtschaft und der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, eine Erweiterung der Arbeiterselbstverwaltung und materielle Anreize für die Werktätigen an. Aus Angst vor wirtschaftlichem und politischem Kontrollverlust wurden die Reformansätze aber bald wieder abgebrochen. Die innenpolitische Situation verschärfte sich wieder, als eine Garde von jüngeren Parteifunktionären, angeführt von Innenminister Mieczysław Moczar (1913–1986), begann, mit antiliberaler und antiintellektueller, nationalistischer und antisemitischer Rhetorik den polnischen Realsozialismus national stärker zu verankern und ideologische Rechtsabweichungen zu bekämpfen. Moczar zählte zu den „Partisanen", die Selbstbezeichnung einer Gruppe in der PZPR, deren Mitglieder im Untergrund gegen die deutsche Besatzung gekämpft hatten – Kommunisten, die während der Besatzung im Moskauer Exil waren, verunglimpften sie als „Juden". Intellektuelle mit jüdischer Herkunft vermuteten sie auch hinter den Reformideen. Die antisemitische Komponente der „Partisanen"-Rhetorik bediente die (nicht nur) in Polen weit verbreitete Vorstellung vom antinationalen Kosmopolitismus der Juden und der Schlüsselbedeutung von Funktionären mit jüdischem Familienhintergrund in der (polnischen) kommunistischen Bewegung. Als sich im Juni 1967 während des israelisch-arabischen Sechs-Tage-Krieges die Warschauer Pakt-Staaten scharf gegen Israel wandten, nutzte Moczar die Gelegenheit, um die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihren Lebensverhältnissen auf die Juden abzulenken. Die Folge war eine „antizionistische", in Wahrheit antisemitische Propagandakampagne.

picture-alliance / dpa

Schulterschluss der sozialistischen „Bruderstaaten": der Parteichef der polnischen PZPR, Władysław Gomułka, mit Walter Ulbricht, dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, bei seinem Staatsbesuch in Ost-Berlin im Juni 1957

picture-alliance / dpa / pap

Die Protestwelle des „Prager Frühlings" schwappt nach Polen über: Studenten demonstrieren am 8. März 1968 gegen staatliche Repression und Zensur.

Dazu kamen die Rückwirkungen des „Prager Frühlings" auf das studentische und intellektuelle Milieu in Polen. Eine Studentendemonstration im März 1968 in Warschau wurde von den Sicherheitsorganen niedergeknüppelt. Gomułka reagierte hart auf den Studentenprotest, da er in ihm eine Bedrohung des Machtmonopols der Partei und des Sozialismus sah. Auch wollte er seine persönliche Stellung gegenüber dem potenziellen Rivalen Moczar nicht durch zögerliches Handeln schwächen. Unter den mehr als 700 prominenten Opfern der anschließenden Säuberungen in Politik, Armee, Hochschulwesen und Kultur befanden sich auch der Staatsratsvorsitzende Edward Ochab (1906–1989) und Außenminister Adam Rapacki (1901–1970), die sich gegen die antijüdische Hetze gewandt hatten. Als Folge der antisemitischen, als antizionistisch deklarierten Kampagne der Partei verließen über 20 000 der noch rund 30 000 im Land lebenden Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft,

darunter viele Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten, Polen. Das internationale Ansehen des Landes erreichte aufgrund dieser Schmutzkampagne einen Tiefstand.

Von Gomułka zu Gierek

Der politische Immobilismus und die wirtschaftliche Stagnation in den letzten Jahren der Parteiherrschaft Gomułkas konnten auch nicht durch außenpolitische Erfolge aufgewogen werden. Zwar wurde durch die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen (7. Dezember 1970) die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze faktisch anerkannt und so ein in der polnischen Bevölkerung vorhandenes Gefühl der Bedrohung durch den westdeutschen „Revanchismus" abgebaut, doch bereits eine Woche danach, am 14. Dezember, kam es zu spontanen Protesten gegen tags zuvor angekündigte Preiserhöhungen. 45 Gruppen von bisher hoch subventionierten Artikeln, vornehmlich Lebensmittel, sollten zwischen 13 und 37 Prozent teurer werden. Dies führte in mehreren polnischen Industriestädten zu Protestaktionen, die zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und Armee- und Milizeinheiten eskalierten. Die „Dezember-Ereignisse" forderten mindestens 45 Menschenleben und 1165 Verletzte. Am 20. Dezember 1970 wurden Gomułka und seine engsten Gefolgsleute ihrer Partei- und Regierungsämter enthoben.

Zum neuen Parteivorsitzenden wurde der mit einem hohen Vertrauensvorschuss der Bevölkerung ausgestattete Kattowitzer Parteisekretär Edward Gierek (1913–2001) gewählt, ein pragmatischer Technokrat, der rasch seine oberschlesische Gefolgschaft im Politbüro, im ZK-Sekretariat und in der Regierung einsetzte. Eine Reihe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Zugeständnisse der Partei entspannte die explosive Lage. Den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung sollte Priorität eingeräumt werden. Die Polen wurden mobil, automobil. 1973 begann die Massenfertigung des Fiat 126 in Polen. Zugleich wurden die politischen Zügel angezogen. So wurde die „führende Rolle" der Partei in Staat und Gesellschaft in der neuen sozialistischen Verfassung von 1976 weiter gefestigt – gegen den Protest von Intellektuellen und der katholischen Kirche.

Die weltweite Energiekrise nach Oktober 1973 und die folgende Konjunkturabschwächung in den westlichen Industriestaaten wirkten sich direkt auf Polen aus. Wegen des nachlassenden Importbedarfs der westlichen Länder waren die Devisen bringenden Westausfuhren kaum noch zu steigern. Um den stetig wachsenden Einfuhrbedarf an hochtechnisierten Produktionsmitteln zu befriedigen, wurden immer größere, nur durch Kredite abzudeckende Außenhandelsdefizite in Kauf genommen. Die Belieferung mit Grundnahrungsmitteln bereitete zunehmend Schwierigkeiten.

Arbeiterunruhen

Die am 24. Juni 1976 bekannt gegebenen drastischen Preiserhöhungen forderten den Arbeiterprotest heraus, für den der Industriestandort Radom und das Traktorenwerk Ursus bei Warschau zu Zentren wurden. Die Brutalität der Polizei, die Entlassung von Tausenden Arbeitern und die hohen Haftstrafen wegen Rädelsführerschaft und Hooliganismus für 78 Demonstranten führten Ende September 1976 zur Gründung eines „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR), dessen Mitglieder – unter anderem der Politiker und Publizist Jan Józef Lipski, der Schriftsteller Jerzy Andrzejewski, der Politiker Jacek Kurón und der Historiker Adam Michnik – den betroffenen Familien juristische Hilfestellung leisteten und gegen die Verletzung der Verfassungsnormen protestierten. Das KOR benannte sich 1977 in „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KSS) um. Es wurde zu der ersten großen Bürgerrechtsbewegung in einem sozialistischen Staat, zum Nukleus der Demokratiebewegung in Polen und Wegbereiter der *Solidarność*-Bewegung.

ullstein bild – PAI-Foto.pl

Papst Johannes Paul II. 1979 in seiner polnischen Heimat: Die Begeisterung der Bevölkerung für den „Heiligen Vater" war eine moralische Niederlage und eine unterschwellige Bedrohung für das herrschende System.

Die katholische Kirche entwickelte sich immer mehr zu einem Kristallisationspunkt alternativen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Denkens. Die Wahl des Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyła (1920–2005) zum Papst im Oktober 1978 und dessen triumphale Polenreise als Johannes Paul II. im Juni 1979 beschleunigten noch die Machterosion der PZPR.

Gleichzeitig verschärften sich die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen. Als die Fleischpreise zum 1. Juli 1980 kräftig angehoben wurden, kam es nach einer durch Lohnerhöhungen kurzfristig besänftigten Streikwelle Mitte August zu einer zweiten, landesweiten Streikbewegung. Sie war eine Reaktion auf die Entlassung der Kranführerin Anna Walentynowicz (gest. am 10. April 2010 beim Flugzeugabsturz der polnischen Präsidentenmaschine bei Smolensk) auf der Danziger Lenin-Werft, die dem „Gründungskomitee unabhängiger Gewerkschaften" angehörte. Nach den 17000 Arbeitern der Lenin-Werft legten auch die Beschäftigten in den anderen Küstenstädten, im oberschlesischen Industrierevier und in den großen Kombinaten des Landes die Arbeit nieder.

Ein Überbetriebliches Streikkomitee unter Führung des Elektrikers und Mitglieds der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Lech Wałęsa wurde beauftragt, 21 Forderungen der Regierung gegenüber zu vertreten, die nicht nur Vereinigungsfreiheit, Streikrecht, Pressefreiheit und andere Bürgerrechte umfassten, sondern auch lohn- und sozialpolitische Maßnahmen. Die am 31. August 1980 zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mieczysław Jagielski und Lech Wałęsa geschlossene Vereinbarung dokumentierte das Einlenken der Staatsmacht. Erstmals wurden in einem sozialistischen Land unabhängige Gewerkschaften mit Streikrecht und ein Zugang zu den Massenmedien anerkannt.

Vorreiter des Umbruchs im Ostblock

Innerhalb weniger Wochen verlor die PZPR die direkte Kontrolle über mehr als 90 Prozent der organisierten Arbeiter und damit ihre Legitimationsbasis als „führende Kraft" beim Aufbau des Sozialismus in Polen. Das Protokoll der Vereinbarungen von Danzig wurde zum Bezugsrahmen der sich im Lande immer weiter ausbreitenden Gewerkschaftsbewegung. Im November 1980 waren von den 16 Millionen Werktätigen Polens rund zehn Millionen der neuen Gewerkschaft *Solidarność* (Solidarität) beigetreten, darunter über eine Million PZPR-Mitglieder. Die Staatsgewerkschaften wurden aufgelöst.

Der Partei- und Staatsapparat geriet angesichts der Massenmobilisierung und gewaltigen Umbruchsituation im Lande in einen Zustand der Lähmung. Parteichef Gierek war bereits im September 1980 durch Stanisław Kania ersetzt worden. Ein überzeugendes Reformprogramm für Wirtschaft und Gesellschaft kam aber nicht in Sicht. Stattdessen versuchte die politische Führung, die Strukturen ihrer politischen Macht gegen den *Solidarność*-Sturm abzusichern. So wurde die Wahl des Verteidigungsministers General Wojciech Jaruzelski (geb. 1923) zum Regierungschef im Februar 1981 unter Beibehaltung seiner bisherigen Ämter verstanden.

Der Mordanschlag auf Papst Johannes Paul II., der als Schutzpatron der polnischen Freiheitsbewegung fungierte, in Rom am 13. Mai, der Tod des hoch angesehenen Primas von Polen, Stefan Kardinal Wyszyński (1901–1981), am 28. Mai und der Drohbrief des ZK der KPdSU in Moskau an die Führung der PZPR vom 5. Juni, in dem mit Konsequenzen gedroht wurde, falls die Regierung sich nicht in der Lage sähe, die sogenannte Doppelherrschaft (PZPR – *Solidarność*) zu beenden, führten zu einer weiteren Destabilisierung der Lage. Auf dem ersten Landeskongress der *Solidarność* im September 1981 kündigte Wałęsa eine eigene Strategie der Gewerkschaft zur Rettung der Wirtschaft an. Großes Aufsehen erregte eine *Solidarność*-Botschaft an die Arbeiter in den anderen sozialistischen Staaten, die von den Bruderparteien der PZPR als Provokation empfunden wurde.

picture-alliance / dpa / pap Maciej Sochor

Protagonisten des politischen Umbruchs: Lech Wałęsa und Anna Walentynowicz (v. M.) auf einer Demonstration der Gewerkschaftsbewegung Solidarność im Oktober 1980

Im Oktober 1981 übernahm Ministerpräsident und Verteidigungsminister Jaruzelski auch das Amt des Ersten Sekretärs des ZK der PZPR. Am 12. Dezember kündigte die Gewerkschaftsführung in Danzig an, sie werde für den Fall, dass in der für den 15. und 16. Dezember einberufenen Sejmsitzung der Regierung Sondervollmachten erteilt würden, am 17. Dezember einen nationalen Protesttag durchführen. Gleichzeitig

Forderungen des „Überbetrieblichen Streikkomitees"

1. Zulassung freier, von der Partei und den Betriebsleitungen unabhängiger Gewerkschaften [...].

2. Garantie des Streikrechts und der Sicherheit der Streikenden sowie der sie unterstützenden Personen.

3. Einhaltung der von der Verfassung der Volksrepublik Polen garantierten Freiheit des Wortes, des Druckes und der Publikation, d.h. keine Unterdrückung unabhängiger Zeitschriften und Zugang von Vertretern aller Glaubensbekenntnisse zu den Massenmedien.

4. a) Wiedereinstellung aller Personen an ihren früheren Arbeitsplatz, die wegen der Verteidigung der Arbeiterrechte entlassen wurden [...] sowie der Studenten, die wegen ihrer Überzeugungen von der Universität verwiesen wurden.

b) Freilassung aller politischen Häftlinge [...].
c) Einstellung aller Verfolgungen von Andersdenkenden.

5. Veröffentlichung von Informationen über die Gründung und die Forderungen des Überbetrieblichen Streikkomitees in den Massenmedien.

6. Konkrete Maßnahmen, um das Land aus der Krisensituation herauszuführen, a) indem Informationen zur sozialen und wirtschaftlichen Situation vollständig offengelegt werden, b) indem es allen Gesellschaftskreisen und allen Schichten ermöglicht wird, an der Diskussion über das Reformprogramm teilzunehmen. [...]

9. Garantie eines automatischen Lohnanstiegs parallel zum Anstieg der Preise und zur Inflationsrate. [...]

12. Einführung von Grundsätzen zur Einstellung von Führungskräften nach dem Prinzip der Qualifikation statt nach dem der Parteizugehörigkeit sowie Abschaffung der Privilegien für Miliz, Sicherheitsdienst und Parteiapparat [...].

16. Verbesserung des Gesundheitsdienstes und Sicherstellung einer vollen medizinischen Betreuung der arbeitenden Bevölkerung.

17. Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Krippen- und Kindergartenplätzen für die Kinder berufstätiger Frauen. [...]

21. Einführung von freien Samstagen. [...]

Hartmut Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarnosc. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999, S. 29 ff.

verlangte sie eine Volksabstimmung über das Vertrauen in die Regierung innerhalb der nächsten zwei Monate.

Verhängung des Kriegsrechts

Am 13. Dezember 1981 verhängte General Jaruzelski das Kriegsrecht über Polen und setzte einen „Armeerat der nationalen Errettung" (WRON) ein. Wałęsa und andere Mitglieder der *Solidarność* sowie eine große Zahl von Intellektuellen und Aktivisten wurden interniert, aber auch ehemalige Staats- und Parteifunktionäre, unter anderem der Ex-Parteisekretär Gierek. In einer in der Sowjetunion gedruckten Proklamation und in einer Rundfunkansprache rechtfertigte Jaruzelski die Verhängung des Kriegsrechts mit Umsturzplänen der *Solidarność*, die „Anarchie, Willkür und Chaos" und einen Bürgerkrieg heraufbeschworen hätten.

General Jaruzelski verhängt am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht über Polen und rechtfertigt dies im Staatsfernsehen.

picture-alliance / dpa / Upi

Die Armee und Sicherheitskräfte übernahmen weitgehend die Aufgaben, für die zuvor die PZPR zuständig gewesen war. Nach Aufhebung des Kriegsrechts (22. Juli 1983) wurde durch die Personalunion von Erstem Sekretär des ZK der PZPR, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Armee die herausragende Rolle der Streitkräfte vorläufig festgeschrieben.

Jaruzelskis Macht als Erster Parteisekretär (1981–1989) und Ministerpräsident (1981–1985) bzw. Staatsratsvorsitzender (1985–1989) war außerordentlich. Der Armeeapparat und die Leitung des Innenministeriums waren loyale Stützen des Generals. Die Entführung und grausame Ermordung des oppositionellen Priesters Jerzy Popiełuszko im Oktober 1984 durch den polnischen Staatssicherheitsdienst wurde zum Symbol des Widerstandes, der politischen Rolle der katholischen Kirche und der Brutalität des Sicherheitsapparats, der der Kontrolle der Jaruzelski-Gruppe entglitten war und seit diesem „Zwischenfall" endlich Grenzen gesetzt bekam.

Die letzte rätedemokratische Bewegung

Der Streik, der am 14. August 1980 auf der Lenin-Werft in Gdansk begann, brachte die entscheidende Wende. Die Werftarbeiter hatten bereits bei den Protesten im Jahr 1970 eine wichtige Rolle gespielt, zum Streikkomitee gehörten damals Anna Walentynowicz und Lech Wałęsa. [...]

Die Betriebsleitung hatte Anna Walentynowicz wieder beschäftigen müssen. Am 7. August war sie jedoch erneut entlassen worden. Sie und Wałęsa wieder einzustellen, gehörte zu den Forderungen der Arbeiter, die sogar durchsetzten, dass Walentynowicz mit dem Dienstwagen des Direktors zur Werft gefahren wurde. Walentynowicz und Wałęsa wurden erneut in das Streikkomitee gewählt. Obwohl Wałęsa das Symbol der Solidarność wurde, wäre die Gewerkschaft vielleicht gar nicht entstanden, wenn er sich durchgesetzt hätte.

Denn am 16. August waren Wałęsa und die Mehrheit des Streikkomitees bereit, sich mit einer Lohnerhöhung zufrieden zu geben. Für die Regierung wäre es dann relativ leicht gewesen, einen Streikbetrieb nach dem anderen zu befrieden. Die Arbeiter begannen bereits, den Betrieb zu verlassen, doch Walentynowicz und die Krankenschwester Alina Pieńkowska riefen über Lautsprecher zur Fortsetzung des Streiks auf. [...]

Während die Arbeiter den Betrieb besetzt hielten, mussten die Funktionäre der [PZPR] zu Verhandlungen in der Werft erscheinen. Sie standen nun dem [Ü]berbetrieblichen Streikkomitee (MKS) gegenüber, das 21 Forderungen präsentierte. Das wichtigste Anliegen stand an erster Stelle: „Zulassung freier, von der Partei und den Betriebsleitungen unabhängiger Gewerkschaften". [...]

Viele westliche Bewunderer der Solidarność wären entsetzt, wenn Arbeiter in ihrem Land solche Forderungen erheben würden. Bereits die von den Werftarbeitern durchgesetzte Regelung, dass die Verhandlungen per Lautsprecher auf dem Werksgelände übertragen wurden, wäre heute geeignet, Managern wie Gewerkschaftsbürokraten den Angstschweiß auf die Stirn zu treiben. [...]

Das aber war erst der Anfang. Im September wurde Solidarność offiziell gegründet, innerhalb weniger Monate traten 9,5 der 35 Millionen Polen in die Gewerkschaft ein. Allerorten war die Unfähigkeit der Bürokratie offensichtlich geworden. Selbst zwischen August 1980 und Dezember 1981 verursachten Planungsfehler und Materialmangel größere Produktionsausfälle als die Streiks. Dass die begehrtesten Waren exportiert oder der privilegierten Bürokratie zugeteilt wurden, war ebenfalls Gegenstand der Kritik.

Viele Betriebe wurden von den Arbeitern übernommen, während in der Gewerkschaft die Selbstverwaltung diskutiert wurde. Das bei einem Kongress im September 1981 verabschiedete Solidarność-Programm fordert eine „selbstverwaltete Republik". [...] Die Gremien der territorialen Selbstverwaltung sollten aus „freien Wahlen hervorgehen". Das einflussreiche Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), das 1976 von regimekritischen Intellektuellen gegründet worden war, propagierte eine dezentrale Wirtschaftsordnung, in der weitgehend selbstständige Betriebe und Genossenschaften ihre Produkte austauschten. [...]

Angestrebt wurde nicht die Rückkehr zum Kapitalismus, vielmehr sollte aus dem „realen Sozialismus", den die Bürokratie mehr schlecht als recht verwaltete, ein realer Sozialismus werden, eine Rätedemokratie, die neben den bürgerlichen Freiheiten auch alle sozialen Rechte und die Kontrolle der Arbeiter über Produktion und Verteilung garantierte. [...] Solidarność war die bislang letzte bedeutende rätedemokratische Bewegung [...].

Jörn Schulz, „Die Madonna streikt", in: Jungle World Nr. 32 vom 12. August 2010

Gescheiterte Normalisierungsversuche

Neben dem Kampf gegen ideologische Gegner in den Parteireihen und in der Gesellschaft deklarierte die Jaruzelski-Führung seit Mitte der 1980er Jahre eine neue Politik des Dialogs und der Verständigung, die sich vor allem an die katholische Kirche und politisch nicht engagierte Persönlichkeiten richtete und die politische Opposition ausdrücklich ausschloss. Das reichte zwar weit über das hinaus, was die Parteiführungen in den anderen „realsozialistischen" Staaten ihren Gesellschaften offerierten, fiel in Polen aber nicht mehr auf fruchtbaren Boden. Die polnische Gesellschaft stellte vielmehr fest, dass das bestehende System nicht mehr reformierbar war und interpretierte es als Zeichen der Schwäche der Regierenden, dass die *Solidarność* am 8. Oktober 1982 verboten worden war.

Jaruzelski hatte bis zum X. Parteitag der PZPR (29. Juni – 3. Juli 1986) seine Position gegenüber innerparteilichen Gegnern seines „mittleren" Kurses in der Innenpolitik ausgebaut. Der Parteikongress sollte dem Prozess der „sozialistischen Erneuerung" neue Impulse geben: Aufgrund einer am 17. Juli 1986 verkündeten Amnestie kamen überraschend alle politischen Gefangenen frei. Im Dezember 1986 wurde von Jaruzelski ein „Konsultativrat beim Staatsratsvorsitzenden" einberufen. Darunter waren auch von der demokratischen Opposition respektierte Persönlichkeiten, die jedoch von dieser kein Mandat besaßen.

Weitere Anzeichen für eine Öffnung der Innenpolitik waren eine liberalere Kulturpolitik und die Bestellung einer Bürgerrechtsbeauftragten beim *Sejm* im November 1987. Die innenpolitische Liberalisierung vollzog sich jedoch zu langsam, als dass sie die Verschärfung der sozioökonomischen Situation der Gesellschaft noch hätte auffangen können. In einem Referendum im November 1987 fiel das von der Regierung vorgestellte Wirtschaftsreformprogramm durch.

Verhandlungen am Runden Tisch

Nach dieser politischen Niederlage, neuen Streiks im April/Mai 1988, der geringen Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen im Juni 1988 und einer zweiten Streikwelle im August 1988 machte sich in der Warschauer Führung die Einsicht breit, dass ohne direkte politische Entscheidungsfreiheit der Gesellschaft ein Ausweg aus der Dauerkrise nicht zu finden war. Mit politischer Repression oder Reformen „von oben" war das Land nicht mehr zu regieren. Die ratlosen Regierenden wollten die Verantwortung für die Zukunft Polens nicht mehr alleine tragen. Ihre Zeit schien nach 40 Jahren abgelaufen.

Nach der Zustimmung des 10. ZK-Plenums der PZPR im Januar 1989 kam es dann zu den historischen Verhandlungen am Runden Tisch vom 6. Februar bis 5. April 1989 zwischen Vertretern der „Regierungskoalition" (PZPR, ZSL, SD, drei im *Sejm* vertretene christliche Gruppierungen, OPZZ) sowie Pragmatikern und Moderaten in der *Solidarność* über einen „historischen Kompromiss", der das Machtmonopol der PZPR endgültig beseitigen sollte. Nicht beteiligt an den Gesprächen waren Vertreter der zahlenmäßig kleinen Fundamentalopposition, die eine Diskussion mit den Vertretern des alten Systems grundsätzlich ablehnte und eine sofortige und vollständige Abdankung forderte.

Am Runden Tisch wurden Abmachungen getroffen, die das politische und institutionelle System Polens grundlegend verändern sollten. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in drei Protokollen über die politischen Reformen, den Gewerkschaftspluralismus und die Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammengefasst. Das Protokoll über politische Reformen sah die schrittweise Einführung des Prinzips der vollen Volkssouveränität vor und verpflichtete das im Juni zu wählende Parlament, eine neue demokratische Verfassung und ein neues demokratisches Wahlrecht auszuarbeiten. Schon vor der Unterzeichnung der Ergebnisprotokolle wurden dem *Sejm* am 22. März Verfassungsänderungen und Gesetzesnovellierungen zugeleitet: Es handelte sich um die Änderung der Wahlordnung für die vorgezogenen *Sejm*-Wahlen im Juni 1989, die Einführung des Senats als zweite Kammer und des Präsidentenamtes, die Einführung des Gewerkschaftspluralismus und ein weitgehend liberalisiertes Vereinsrecht.

Die Idee des „Runden Tisches", der von Pragmatikern und Reformisten in der Parteiführung (Jaruzelski, Kiszczak u. a.) ins politische Spiel gebracht wurde, schuf die Institutionalisierung eines – historisch beispiellosen – evolutionären Systemwechsels vom realen Sozialismus zur pluralistischen Demokratie, der eine Vorbildfunktion für andere Länder Mittel- und Südosteuropas, die DDR eingeschlossen, übernehmen sollte.

Polen befand sich nun in einer Phase permanenter Evolution oder einer „Revolution Schritt für Schritt", wobei das Wahlvolk am 4. Juni und in den Stichwahlen am 18. Juni 1989 den Systemwandel beschleunigte, der nun viel schneller als am „Runden Tisch" – mit Rücksicht auf die sowjetische Führung, auf deren *laissez faire* die polnischen Demokraten angewiesen waren – vereinbart worden war, zum Systemwechsel mutierte.

Ab Februar 1989 verhandeln Regierung und Opposition am „Runden Tisch" über die Einführung demokratischer Strukturen. Er wird zum Symbol des friedlichen Umbruchs.

picture-alliance / dpa / pap Bogan

Klaus Ziemer

Ausgestaltung der Demokratie

Polens Weg zu einer souveränen Demokratie war weit und schwierig. Leidenschaftlicher Streit zwischen den Parteien und ein hoher Stellenwert historischer Debatten charakterisieren die politische Kultur.

picture-alliance / dpa / AFP

Aufbruch in eine neue Epoche: Tadeusz Mazowiecki und Lech Wałęsa auf einer Kundgebung in Danzig am 20. August 1989. Vier Tage später wird Mazowiecki zum Ministerpräsidenten gewählt.

Polen war im Herbst 1989 das erste sozialistische Land Europas, das eine nicht-sozialistische Regierung erhielt. Noch wenige Monate zuvor hatte es keineswegs danach ausgesehen. Erst Streiks im Mai und August 1988 veranlassten die politische Führung, auf Gesprächsangebote von Teilen der Opposition einzugehen. Von Februar bis April 1989 berieten am Runden Tisch reformbereite Vertreter des bisherigen Establishments und kompromissbereite Repräsentanten der Opposition.

Errichtung der „Dritten Republik"

Am Runden Tisch wurde unter anderem vereinbart, dass bisher von der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) wahrgenommene Machtkompetenzen auf staatliche Institutionen übertragen werden sollten. Auf Parteichef General Jaruzelski, dessen Person unerlässlich war, um die Bündnisloyalität Polens gegenüber der Sowjetunion zu signalisieren, wurde ein mit umfangreichen Befugnissen ausgestattetes Präsidentenamt zugeschnitten, das sich am Vorbild der V. Französischen Republik orientierte. Zu den präsidialen Kompetenzen zählten ein weitgehendes Vetorecht gegen Gesetzesvorhaben des Parlaments sowie die Ernennung des Premierministers.

Die parteipolitische (nicht aber die personelle) Zusammensetzung des *Sejm* wurde im Verhältnis 65 zu 35 zugunsten des *ancien régime*, der PZPR, ihrer Satellitenparteien Vereinigte Bauernpartei (ZSL) und Demokratische Partei (SD) sowie einiger christlicher Politiker festgelegt, so dass die Machtverteilung für die nächsten vier Jahre klar schien. Wahlen zur wieder eingeführten Zweiten Kammer des Parlaments, zum mit geringeren Kompetenzen ausgestatteten Senat, waren frei. Sie sollten dem von den Kommunisten dominierten Institutionensystem Legitimität verleihen.

Der überwältigende Wahlsieg der *Solidarność* im Juni 1989 (99 von 100 Sitzen im Senat, alle ihr zugänglichen 161 Sitze im *Sejm*) veränderte die politischen Prämissen grundlegend. ZSL und SD wollten nicht mehr mit der PZPR koalieren, weil sie dieser keine erfolgreichen Reformen zutrauten. Nun rächte sich für die PZPR, dass sie für sich erstmals weniger als 50 Prozent der Sitze im Parlament beansprucht hatte. Premierminister wurde mit Tadeusz Mazowiecki nach mehr als 40 Jahren erstmals in einem realsozialistischen Staat ein Nichtkommunist, der eine Regierung aus Vertretern der *Solidarność*, ZSL und SD bildete. Ende 1989 wurden durch Verfassungsänderungen die wichtigsten Elemente der sozialistischen Verfassung, vor allem die Führungsrolle der PZPR, beseitigt und die Grundlagen pluralistischer Demokratie wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Parteienvielfalt eingeführt. Ferner wurde der Staatsname wieder von Volksrepublik Polen in Republik Polen (*Rzeczpospolita Polska*) geändert.

Die durch die Wahlen vom Juni 1989 ausgelöste Dynamik führte zu Konsequenzen auf mehreren Ebenen. Die jahrzehntelang regierende PZPR löste sich Ende Januar 1990 selbst auf, da ihre Führung angesichts der Diskreditierung der Partei keine Chance mehr sah, die Macht wiederzugewinnen. Die wichtigste Nachfolgepartei, die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP), formierte ab Ende des Jahres 1990 ein Bündnis linker Gruppierungen (u.a. mit dem bisher der PZPR nahen Gewerkschaftsverband OPZZ), die „Allianz der Demokratischen Linken" (SLD), die bis 2001 von Wahl zu Wahl Stimmen hinzugewann. Nach den vorgezogenen Wahlen von

1993 stellte die SLD mit dem zur Polnischen Bauernpartei (PSL, vormals ZSL) gewendeten früheren Koalitionspartner die Regierung. General Jaruzelski erkannte, dass seine Zeit abgelaufen war, und trat im Spätherbst 1990 zurück, obwohl er bis 1995 gewählt worden war. Eine Verfassungsänderung führte die Direktwahl des nun auf fünf Jahre gewählten Staatspräsidenten ein. Diese gewann im Dezember 1990 der *Solidarność*-Vorsitzende Lech Wałęsa, der bei seiner Amtseinführung die „Dritte Republik" proklamierte – nach der Adelsrepublik (bis zur dritten Teilung Polens 1795) und der Zwischenkriegszeit (1918–1939, „Zweite Republik"). Die gesamte Zeit ab 1939 wurde ausgeblendet, die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete Volksrepublik nicht als souveräner Staat betrachtet. Diese Interpretation behielt auch die Präambel der mit Zustimmung der SLD formulierten Verfassung von 1997 bei.

In der Euphorie des Systemwechsels – im Oktober 1989 unterstützten 80 Prozent der Befragten die Tätigkeit der Regierung Mazowiecki – gelang es dem Finanzminister und Vizepremier Leszek Balcerowicz, zum 1. Januar 1990 mit einem harten Schnitt die sozialistische Planwirtschaft außer Kraft zu setzen und im Rahmen einer „Schocktherapie" die Marktwirtschaft einzuführen. Obwohl die ohnehin sehr niedrigen Realeinkommen um rund ein Fünftel sanken, gab es kaum Proteste gegen diesen Schritt, mit dem die zeitweise dreistellige Inflation eingedämmt wurde. Balcerowicz räumte später ein, er habe ein *„window of opportunity"* (begrenztes Zeitfenster) für die Einführung seiner Finanz- und Wirtschaftsreformen genutzt, die später politisch nicht mehr durchsetzbar gewesen wären.

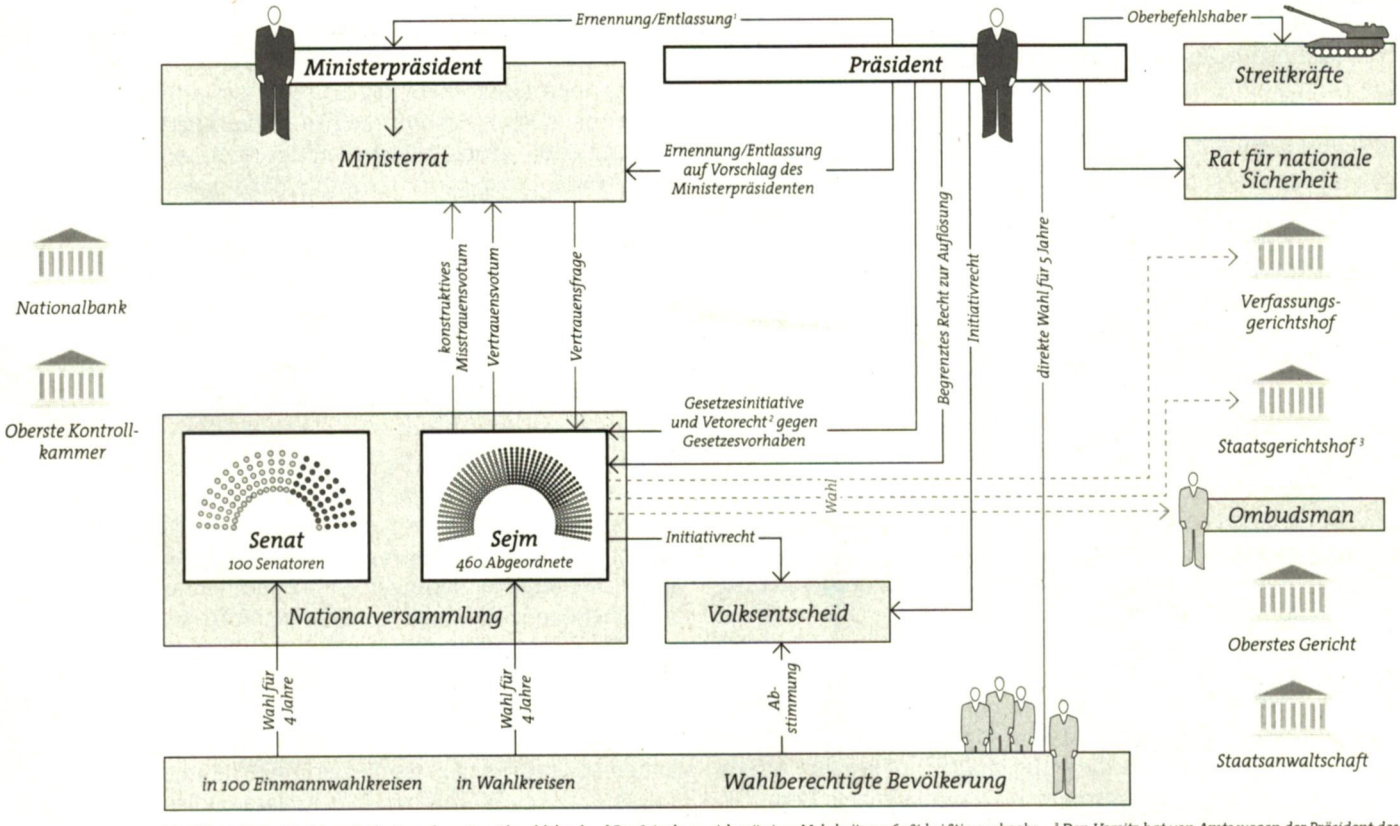
Die hohen sozialen Kosten dieses Transformationsweges (u.a. ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zwischen 1989 und 1993 von 0,1 auf 16,4 Prozent) trugen mit zum Wahlsieg der SLD 1993 bei.

Die Verfassung von 1997

Zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung war das 1989 nur halbfrei gewählte Parlament nicht hinreichend legitimiert und das 1991 gewählte zu zersplittert. Da vor allem nach der Übernahme des Präsidentenamtes durch Lech Wałęsa, der seine Kompetenzen maximal ausschöpfen wollte, die unklare Kompetenzabgrenzung zwischen Präsident, Regierung und Parlament zu ständigen Reibungen führte, wurde 1992 zunächst eine „Kleine Verfassung" verabschiedet, die die Institutionen stabilisieren sollte. Allerdings zeigte der auch weiterhin fast jährliche Wechsel im Amt des Premierministers, dass dies nicht gelang. Im 1993 gewählten *Sejm* war die in vielen kleinen Parteien angetretene Rechte wegen der Wirkung der neuen Fünf-Prozent-Klausel nur schwach vertreten. Obwohl einige ihrer Vertreter trotzdem in den Verfassungsausschuss berufen wurden, bestritt sie die Legitimation dieses Gremiums.

Die im Mai 1997 bei nur 42,9 Prozent Abstimmungsbeteiligung und einer knappen Zustimmung von 52,7 Prozent per Volksentscheid verabschiedete neue Verfassung beschnitt die Kompetenzen des Staatspräsidenten, so dass Polen seither über ein parlamentarisch-präsidentielles System verfügt. An einigen Stellen sind Analogien zum deutschen Grundgesetz erkennbar, etwa die Einführung des konstruktiven Miss-

Das Regierungssystem Polens



¹ bei Rücktritt des Ministerpräsidenten oder seiner Abwahl durch den Sejm

² Der Sejm kann sich mit einer Mehrheit von 60 % bei Stimmabgabe von mindestens 230 Abgeordneten über ein Veto hinwegsetzen

³ Den Vorsitz hat von Amts wegen der Präsident des Obersten Gerichts

© by Michael Bauer, Gerd Meyer (aktualisiert)

picture-alliance / dpa / UPPA Wiktor Dabkowski

Die Blicke gehen aneinander vorbei – während der Amtszeit Lech Kaczyńskis ist die Zusammenarbeit zwischen Präsident und der Regierung Tusk von Konflikten geprägt.

ullstein bild – Reuters

Der Präsidentschaftswahlkampf 2010 stand im Zeichen des Flugzeugunglücks von Smolensk. Im Fernsehduell stehen sich die Kandidaten Jarosław Kaczyński und Bronisław Komorowski gegenüber.

trauensvotums (dass also der Regierungschef nur gestürzt werden kann, wenn gleichzeitig sein Nachfolger gewählt wird), die Rolle des Verfassungsgerichts oder das Prinzip der wehrhaften Demokratie, das es dem Verfassungsgerichtshof erlaubt, verfassungswidrige Parteien zu verbieten. Der weiterhin in allgemeinen Wahlen auf fünf Jahre gewählte, mindestens 35 Jahre alte Präsident besitzt die üblichen repräsentativen und protokollarischen Kompetenzen eines Staatsoberhaupts. Darüber hinaus verfügt er aber auch über das Recht auf Gesetzesinitiative und vor allem über die Möglichkeit, ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz nicht nur vom Verfassungsgerichtshof überprüfen zu lassen, sondern auch sein Veto dagegen einzulegen (wobei er sich allerdings entscheiden muss, welche der beiden Möglichkeiten er wählt). Ein Veto des Präsidenten kann der Sejm nur mit einer Mehrheit von 60 Prozent zurückweisen. Doch in Zeiten einer unterschiedlichen politischen Herkunft des Präsidenten und der Regierung („Kohabitation"), etwa unter Präsident Lech Kaczyński, der 2007 bis 2010 eine ganze Reihe von Gesetzesprojekten der Regierung Donald Tusk mit seinem Veto versah, erwies sich die 60-Prozent-Hürde als relativ hoch, da die Regierung nur über eine Mehrheit von 52,2 Prozent der Abgeordneten verfügte. Nur in rund der Hälfte der Veto-Fälle konnte sie Unterstützung bei der Opposition mobilisieren, so dass die andere Hälfte der Projekte scheiterte.

Der Präsident ist oberster Vorgesetzter der Streitkräfte, übt in Friedenszeiten diese Vorgesetztengewalt aber nur mittelbar über den Verteidigungsminister aus. Er verfügt ferner über Kompetenzen in der Außenpolitik. Die Verfassung bestimmt in Art. 133, Abs. 2: „Der Präsident der Republik Polen arbeitet im Bereich der Außenpolitik mit dem Vorsitzenden des Ministerrates und dem zuständigen Minister zusammen." Auch diese außenpolitische Zusammenarbeit litt während der „Kohabitation" zwischen Präsident Lech Kaczyński und der Regierung von Donald Tusk. Mehrfach gab es auch für die Öffentlichkeit sichtbare, zum Teil spektakuläre Unstimmigkeiten, sodass sich die Regierung Tusk schließlich an den Verfassungsgerichtshof wandte, um die Verfassung in diesem Punkt interpretieren zu lassen. Dieser antwortete 2010 dahingehend, dass der Präsident in den Bereichen für die Außenpolitik mit verantwortlich sei, die seine verfassungsmäßigen Kompetenzen betreffen (Art. 126, Abs. 2: „... hütet die Souveränität und die Sicherheit des Staates sowie die Integrität und Unteilbarkeit von dessen Staatsgebiet") – also in der Sicherheitspolitik.

Während die Präsidenten Lech Wałęsa (1990–95) und Aleksander Kwaśniewski (SLD, 1995–2005) sich als Präsidenten aller Polen verstanden – Wałęsa dabei als ein wie de Gaulle „über den Parteien" stehender Schiedsrichter –, wollte Lech Kaczyński vor allem die Politik seines Zwillingsbruders und PiS-Parteivorsitzenden unterstützen. Nach dem Tode von Lech Kaczyński bei einem Flugzeugabsturz in Smolensk im April 2010 setzte sich Anfang Juli 2010 Bronisław Komorowski (PO) in der Stichwahl gegen Jarosław Kaczyński (PiS) durch. Der neue Präsident ließ deutlich erkennen, wie seine beiden ersten Amtsvorgänger eher integrierend wirken zu wollen.

Regierung, Parlament und Gewaltenteilung

Der Präsident ernennt den Regierungschef und vereidigt das von diesem vorgeschlagene Kabinett. Binnen 14 Tagen muss der Premierminister sein Regierungsprogramm dem *Sejm* vorlegen und dessen Zustimmung zu seiner Regierung einholen. Verfehlt er die absolute Mehrheit der Stimmen bei der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten, schlägt der *Sejm* einen anderen Kandidaten vor. Scheitert auch dieser, fällt die Initiative an den Staatspräsidenten zurück. Erhält auch dessen neuer Vorschlag keine Billigung, löst der Präsident das Parlament auf. Mit Hinweis auf diese Bestimmung konnte Präsident Kwaśniewski 2004 gegenüber dem *Sejm* den zunächst abgelehnten Kandidaten Marek Belka durchsetzen, der eine Minderheitsregierung bildete. In die Verfassung von 1997 wurde – als Konsequenz aus der hohen Fluktuation an Regierungschefs (acht zwischen 1989 und 1997) – die Bestimmung aufgenommen, dass der Ministerpräsident künftig nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden kann, also unmittelbar ein Nachfolger gewählt werden muss. Dies ermöglichte mehreren Regierungen ohne parlamentarische Mehrheit das Überleben. Allerdings können weiterhin einzelne Minister vom *Sejm* abberufen werden. Dies wurde zwar mehrfach versucht, gelang bisher aber noch nie. Innerhalb der Regierung dominiert die Stellung des Premierministers, der den Kompetenzbereich (und damit die Macht) eines Ministers festlegt und ggf. ändert sowie die Arbeit der Regierung leitet und kontrolliert.

Das auf vier Jahre gewählte Parlament besteht aus zwei Kammern, dem 460 Abgeordnete umfassenden *Sejm* und dem 100 Mitglieder zählenden Senat. Die mindestens 21 Jahre alten Abgeordneten der wichtigeren Kammer, des *Sejm*, werden seit

picture-alliance / dpa / epa pap Zborowski

460 Abgeordnete bilden den Sejm, die erste Kammer des polnischen Parlaments. Konstituierende Sitzung der V. Wahlperiode am 19. Oktober 2005

picture-alliance / dpa / epa pap Jacek Turczyk

Die 100 direkt gewählten Abgeordneten der zweiten Parlamentskammer, des Senats, nehmen vor allem beratende und kontrollierende Aufgaben wahr.

2001 in 41 Wahlkreisen mit zwischen sieben und 19 Mandaten nach Verhältniswahl (seit 2002: d'Hondt) gewählt. Die Wähler können die Reihenfolge der Kandidaten auf der von ihnen bevorzugten Parteiliste ändern (lose gebundene Listen). Es gilt eine landesweite Fünf-Prozent-Klausel, von der nur Parteien nationaler Minderheiten ausgenommen sind. Diese Regel ermöglicht der im Wahlkreis Oppeln (Opole) konzentrierten deutschen Minderheit, auch bei landesweit nur etwa 0,2 Prozent der gültigen Stimmen immer mindestens einen Abgeordneten in den *Sejm* zu entsenden. Die 100 Senatoren werden seit einer Wahlgesetzänderung von 2011 in 100 Einmannwahlkreisen nach relativer Mehrheit gewählt. Ein Senator muss mindestens 30 Jahre alt sein. Der Senat besitzt in der Praxis die Funktion, vom *Sejm* verabschiedete Gesetze zu überprüfen und inhaltliche sowie gesetzestechnische Mängel zu korrigieren. Über die Ablehnung von Gesetzen durch den Senat oder Änderungsvorschläge kann der *Sejm* sich mit absoluter Stimmenmehrheit hinwegsetzen. Bei vorzeitiger Auflösung des *Sejm* wird auch der Senat neu gewählt.

Die Gewaltenteilung ist durch die neue Verfassung insofern gestärkt worden, als jetzt Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs unmittelbar bindendes Recht sind. Noch in den 1990er Jahren hatte der *Sejm* in mehreren Fällen Urteile des Verfassungsgerichts überstimmt. Als „Organe der staatlichen Kontrolle und des Rechtsschutzes" nennt die Verfassung unter anderem die Oberste Kontrollkammer (vergleichbar dem Bundesrechnungshof) und die/den „Beauftragte(n) für die Bürgerrechte". Diese/r kann selbst keine Entscheidungen treffen, aber Anträge und Eingaben an eine Reihe von staatlichen Institutionen bis hin zum Verfassungsgerichtshof richten und hat dies in tausenden von Fällen meist mit Erfolg getan. Daneben gibt es weitere Beauftragte, beispielsweise für Datenschutz oder für die Rechte von Kindern. Der Vorsitzende der Obersten Kontrollkammer und die Beauftragten werden vom *Sejm* gewählt. Sie sind dessen Hilfsorgane.

Heftig umstritten war bei der Ausarbeitung der Verfassung die Präambel, und zwar die Frage, ob – wie in den Verfassungen von 1791 und 1921 – ein Gottesbezug eingefügt werden sollte. Am Ende setzte sich die von Tadeusz Mazowiecki vorgeschlagene Formel durch, dass das polnische Volk diese Verfassung beschlossen habe, „sowohl diejenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, als auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, sondern diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten". Inzwischen hat sich die Verfassung im Wesentlichen bewährt und ist auch die Präambel allgemein akzeptiert.

Die Reform der regionalen und lokalen Selbstverwaltung 1999

1975 war in Polen unterhalb der nationalen Ebene eine zweistufige Verwaltung eingeführt worden. Neben 49 Woiwodschaften gab es nur noch Gemeinden, die erst durch die Reform der territorialen Selbstverwaltung 1990 eigenständige Kompetenzen erhielten. Angesichts des tief verwurzelten Zentralismus im Polen des 20. Jahrhunderts besitzen die zum 1. Januar 1999 wieder eingeführte Dreistufigkeit der Verwaltung und die damit einhergehende Dezentralisierung eine große Bedeutung. Die Zahl der Woiwodschaften wurde zwar auf 16 verkleinert. Diese erhielten jedoch deutlich größere Kompetenzen vor allem im Bereich der regionalen Wirtschaftsentwicklung, der Raumordnung und des Landschaftsschutzes. Jede Woiwodschaft bekam ein auf vier Jahre gewähltes eigenes Parlament (*Sejmik*) und eine von diesem gewählte Exekutive mit einem „Marschall" an der Spitze, jedoch keine eigene Verfassung. Da die Woiwodschaften nicht nur eigene Kompetenzen besitzen, sondern auch von der Zentrale vorgegebene Aufgaben zu erfüllen haben, ernennt die Landesregierung als ihren Vertreter auf der Woiwodschaftsebene einen „Woiwoden", der die Durchführung gesamtstaatlicher Gesetze und Verordnungen sicherstellt. Seine demokratisch nicht legitimierte Position reibt sich bisweilen mit der des Marschalls, mit dessen Kompetenzen es Überschneidungen gibt. Beide gehören nicht immer derselben politischen Richtung an. Nach den Wahlen zu den *Sejmiki* vom November 2010 konnten PO und PSL – in einigen Fällen mit einem weiteren Koalitionspartner – erstmals in allen 16 Woiwodschaften den Marschall stellen.

Auf der mittleren Ebene wurden 314 Kreise wieder eingeführt. Hinzu kommen 65 Städte mit Kreisrecht. Die unterste Einheit der Territorialverwaltung bilden schließlich die rund 2500 Gemeinden mit einem Gemeinderat und als Exekutive einem – je nach Gemeindegröße – *wójt* (Schulzen), Bürgermeister oder (bei mehr als 100 000 Einwohnern) Stadtpräsidenten. Die Kompetenzverlagerung nach unten hat zu einer gewissen Regionalisierung des politischen Lebens beigetragen und auch ein zuvor – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kaum vorhandenen Regionalbewusstsein gefördert. Herausragende Stadtprä-

Wojtek Radwanski / AFP / Getty Images

Die 15 Richter des Verfassungsgerichtshofs in Warschau wachen über die Vereinbarkeit von Gesetzen und internationalen Verträgen mit der Verfassung.

sidenten wie Rafał Dutkiewicz (parteilos) in Breslau (Wrocław), Ryszard Grobelny (parteilos) in Posen (Poznań) oder Paweł Adamowicz (PO) in Danzig (Gdańsk) sind landesweit bekannt und unabhängig von irgendeiner „Zentrale" in Warschau. Dutkiewiczs Gruppierung gewann im November 2010 sogar bei den Wahlen zum niederschlesischen *Sejmik* über 22 Prozent der Stimmen. Während die Bürger in Umfragen die Möglichkeiten, selbst Einfluss auf die Politik zu nehmen, für die zentralstaatliche Ebene eher skeptisch beurteilen, wächst die Zahl derer, die eigene Einflussmöglichkeiten auf der lokalen Ebene sehen. Im Herbst 2010 waren es 52 Prozent, während 45 Prozent gegenteiliger und drei Prozent ohne Meinung waren. Gleichzeitig beurteilten 52 Prozent die Bilanz von 20 Jahren Selbstverwaltung auf lokaler Ebene positiv (davon sieben Prozent „entschieden") und nur acht Prozent negativ (29 Prozent: „weder – noch", elf Prozent: „schwer zu sagen").

Etliche Woiwodschaften, Städte und Gemeinden bemühen sich, Fördermittel der EU einzuwerben. Ob dadurch die teilweise extremen regionalen Einkommensunterschiede etwas ausgeglichen werden können, bleibt abzuwarten. 2008 betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in der Woiwodschaft Vorkarpaten 23100 PLN (Złoty), in der angrenzenden Woiwodschaft Masowien mit der Hauptstadt Warschau dagegen 52800 PLN.

Die Reform des Rechtssystems

Als vordringlichste Aufgabe bezeichnete Premierminister Tadeusz Mazowiecki in seiner Regierungserklärung vom 12. September 1989 die Herstellung eines Rechtsstaates. Im sozialistischen Staat konnte die Partei bei Bedarf das Recht für ihre Zwecke instrumentalisieren. Entscheidend war nun, dass der Primat des Rechts durchgesetzt wurde, dass alle staatlichen Institutionen, einschließlich Regierung, Verwaltung und Ordnungskräfte, sich an die Vorschriften des Rechts hielten.

Am Runden Tisch war 1989 die Einsetzung eines Landesrates für das Gerichtswesen beschlossen worden, der die Unabhängigkeit der Gerichte stärken sollte. Seine heute 25 Mitglieder setzen sich vor allem aus Vertretern der Richter, aber auch der Exekutive und der Legislative zusammen. Sie können sich an das Verfassungsgericht in Fragen der Unabhängigkeit von Richtern und Gerichten wenden, überprüfen die Kandidaturen für das Richteramt auf allen Ebenen und können Disziplinarverfahren gegen Richter einleiten.

Umfassende Reformen von 1989 bis 1992 führten einen dreigliedrigen Gerichtsaufbau in ordentliche, Militär- und Verwaltungsgerichte ein. Die Richter werden vom Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Landesrats für Gerichtswesen auf unbefristete Zeit ernannt, sind unabhängig und können nicht abgesetzt oder gegen ihren Willen versetzt werden. Die grundsätzliche Zuständigkeit bei allen Rechtsstreitigkeiten steht den ordentlichen Gerichten zu (mit Ausnahme von Militär und Verwaltung). Der Aufbau ist – vergleichbar den deutschen Amts-, Land- und Oberlandesgerichten – dreistufig (Stadt-/Kreisgericht, Bezirksgericht, Appellationsgericht). Höchstes polnisches Gericht ist der Oberste Gerichtshof in Warschau, der in vier Kammern gegliedert ist (Zivilrecht, Strafrecht, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, Militär) und Urteile der unteren Instanzen aufheben, aber auch auf der Ebene des Appellationsgerichts strittige Rechtsfragen entscheiden kann.

Der ebenfalls in Warschau ansässige Verfassungsgerichtshof urteilt über die Vereinbarkeit von Gesetzen, Rechtsvorschriften und internationalen Verträgen mit der Verfassung, über die Verfassungsmäßigkeit der Ziele und der Tätigkeit politischer Parteien und entscheidet bei Organstreitigkeiten, also in Fällen der Kompetenzabgrenzung zwischen Staatsorganen. Ferner wurde mit der Verfassung von 1997 die Möglichkeit der Individualklage eingeführt, die „Jedermann", also nicht nur polnischen Staatsbürgern, zusteht. Der Verfassungsgerichtshof kann außerdem die Recht setzenden Organe auf Rechtswidrigkeiten und Lücken im Recht hinweisen, deren Beseitigung zur Sicherung der Kohärenz des polnischen Rechtssystems notwendig ist.

Das Verfassungsgericht besteht aus 15 Richtern, die vom *Sejm* auf neun Jahre gewählt werden, und zwar nur mit absoluter Mehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gewählten Abgeordneten. Damit liegt für die jeweilige Parlamentsmehrheit die Versuchung nahe, die Zusammensetzung der Verfassungsrichter in ihrem Sinne zu gestalten. Während der PiS-geführten Regierungen von 2005 bis 2007 warfen Vertreter der Regierungsparteien dem Verfassungsgericht nach der Annullierung von Gesetzen mehrfach vor, es handle wie eine dritte Parlamentskammer, die immer zu Gunsten der Opposition wirke. Jarosław Kaczyński hatte sich, bereits bevor er Regierungschef wurde, dafür ausgesprochen, bei freiwerdenden Stellen die Verfassungsrichter so auszuwählen, „dass die Urteile für die (PiS-) Regierung günstiger ausfallen". Das Ergebnis der vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments vom Oktober 2007 beendete vorerst die Möglichkeiten für PiS, die Zusammensetzung des Verfassungsgerichtshofs in ihrem Sinne weiter zu verändern. Anders als andere Instanzen der Justiz und staatliche Einrichtungen hat der Verfassungsgerichtshof auch in der Öffentlichkeit an Ansehen gewonnen.

Während kein Zweifel besteht, dass Polen heute ein Rechtsstaat ist, mehren sich in der Öffentlichkeit, aber auch in Fach-

kreisen, Klagen über eine „Krise der Rechtspflege". Diese äußert sich in einer extrem langen Dauer von Gerichtsverfahren, in einer vergleichsweise geringen Zahl von Rechtsanwälten, die von Standesvertretern bewusst niedrig gehalten werden soll, damit die Honorare auf relativ hohem Niveau gehalten werden können, in einer schlechten personellen und materiellen Ausstattung der Gerichte und nicht zuletzt in immer wieder zu hörenden Korruptionsvorwürfen.

Die Verfassung sieht des Weiteren ein vom *Sejm* in jeder Amtszeit neu bestelltes Staatstribunal vor, vor dem Politiker und hohe Funktionsträger angeklagt werden können, wenn sie in ihrer Tätigkeit gegen Verfassung und Gesetzgebung verstoßen. Bereits 1980 wurde ein Oberstes Verwaltungsgericht geschaffen, das erst 1997 Verfassungsrang erhielt und seit 2004 als Unterbau Verwaltungsgerichte auch auf Woiwodschaftsebene besitzt. Durch die Verwaltungsgerichte werden auch Entscheidungen der Staatsverwaltung gerichtlicher Kontrolle unterworfen und strittige Verwaltungsvorschriften geklärt.

Parteiensystem

Zu den Schwachpunkten der Entwicklung des politischen Systems seit 1989 zählt wie in anderen ostmitteleuropäischen Staaten das Parteiensystem, das in Polen durch eine besonders große Fluktuation gekennzeichnet ist. Die beiden einzigen Parteien, die seit den ersten freien Wahlen von 1991 bis heute im *Sejm* vertreten sind, sind die „gewendeten" Postkommunisten (SLD, Allianz der Demokratischen Linken) und ihr früherer Satellit, der sich seit 1990 PSL (Polnische Bauernpartei) nennt. Die übrigen Parteien entstammen fast durchweg der *Solidarność*, haben aber teilweise mehrfache Wandlungsprozesse hinter sich. Eine Besonderheit des polnischen Parteiensystems im europäischen Vergleich zeigt sich in der Rechts-Links-Einteilung der Parteien, bei der weltanschauliche Kriterien über wirtschaftspolitische dominieren: Während so definierte „rechte" Parteien eher ein Eingreifen des Staates in die Wirtschaft verlangen, vertreten wichtige Kreise der linken Allianz SLD sehr wohl marktwirtschaftliche Positionen.

In der SLD sammelten sich alte Parteikader, aber auch von der Insider-Privatisierung Ende der 1980er Jahre profitierende Angehörige des Business sowie Mitglieder der früher parteinahen Gewerkschaft OPZZ, so dass die SLD fast zu einer Art „linker Volkspartei" wurde, die konsequent die Integration Polens in die EU befürwortete. Die Bildung bedeutungsloser linksextremer Kleingruppen, in denen sich die Verteidiger der alten Ordnung sammelten, erleichterte die Entwicklung der SLD zu einer sozialdemokratischen/sozialistischen Partei. Sie steigerte sich von zwölf Prozent 1991 kontinuierlich auf bis zu 41 Prozent (gemeinsam mit ihrem sich vor allem aus der linken *Solidarność* herleitenden, gegenüber der Marktwirtschaft kritischer eingestellten Juniorpartner Arbeitsunion/UP) in den Wahlen von 2001. Bereits 1993–97 konnte die SLD mit der PSL die Regierung bilden. Nach den Korruptionsaffären und Skandalen der SLD-geführten Regierung Miller (2001–04) verlor sie einen Teil der an sozialstaatlicher Hilfe orientierten Wählerschaft an die PiS und brach bei den Wahlen 2005 auf 11,3 Prozent ein. Seither stagniert sie auf etwa diesem Niveau. SLD und UP sind seit den 1990er Jahren Mitglieder der Sozialistischen Internationale und Teil der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments.

picture-alliance / dpa / Tomasz Gzell

Das polnische Parteienspektrum: Grzegorz Napieralski (r.) und Aleksander Kwaśniewski (l.) von der Allianz der Demokratischen Linken (SLD), ...

picture-alliance / dpa / Jacek Turczyk

... Ministerpräsident Donald Tusk und Staatspräsident Bronisław Komorowski von der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO), ...

picture-alliance / dpa / epa pap Zborowski

... die Zwillingsbrüder Lech (l., † 2010) und Jarosław Kaczyński von der national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ...

picture-alliance / dpa / epa pap Leszek Szymanski

... sowie Roman Giertych (l.), bis 2007 Vorsitzender der national-klerikalen Liga Polnischer Familien (LPR), und Andrzej Lepper, Kopf der populistischen Partei Samoobrona (Selbstverteidigung)

Die Wahlen von 1991 waren unter einem Wahlsystem durchgeführt worden, das kleine Parteien extrem begünstigte, so dass 29 Parteien in das Parlament einzogen, darunter elf mit nur einem Mandat. Die Auswirkungen der daraufhin erlassenen Fünf-Prozent-Klausel überraschten vor allem Politiker der politischen Rechten, deren Gruppierungen bei den Wahlen 1993 in großer Zahl unter fünf Prozent blieben, so dass insgesamt mehr als 35 Prozent der gültigen Stimmen bei der Sitzverteilung unberücksichtigt blieben. Dies veranlasste den Vorsitzenden der Gewerkschaft *Solidarność*, Marian Krzaklewski, 1996 ein Wahlbündnis „Wahlaktion *Solidarność*" (AWS) zu initiieren, das wichtige 1993 gescheiterte Gruppierungen umfasste. Die AWS siegte 1997 mit 33,5 Prozent und stellte mit Jerzy Buzek den Ministerpräsidenten. Doch erwies sich die AWS als so heterogen, dass ihre Führung nicht in der Lage war, die auseinander driftenden Flügel zu integrieren, und die AWS selbst an der Rückkehr in den *Sejm* scheiterte.

Bei den *Sejm*-Wahlen 2001 schafften vier Parteien erstmals den Einzug ins Parlament, darunter drei erst wenige Monate zuvor gegründete. Aus Teilen der ebenfalls in der Bedeutungslosigkeit versinkenden Freiheitsunion (UW), der führende Intellektuelle der *Solidarność* wie Mazowiecki und Geremek angehört hatten, sowie Teilen der AWS bildete sich die liberalkonservative, betont proeuropäische Bürgerplattform (PO) mit Donald Tusk an der Spitze. Ebenfalls aus der AWS leitete sich ein Großteil des Führungspersonals der national-konservativen *law and order*-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unter den Zwillingsbrüdern Jarosław und Lech Kaczyński her. Mit PO (12,7 Prozent) und PiS (9,5 Prozent) nahm das rechte Parteienspektrum eine neue Gestalt an. Mit dem Niedergang der SLD profilierten sich PO und PiS als die beiden wichtigsten Parteien. Als neue Partei gelangte 2001 die im gleichen Jahr gegründete national-klerikale, fremdenfeindliche und antieuropäische Liga der Polnischen Familien (LPR, 7,9 Prozent) ins Parlament. Ihre führende Persönlichkeit ist der Anwalt Roman Giertych, der unter anderem durch homophobe Äußerungen bekannt wurde. Mit 10,2 Prozent schaffte auch die seit 1993 bestehende populistische Bauernpartei *Samoobrona* (Selbstverteidigung) unter der Führung des charismatischen, aber unberechenbaren Andrzej Lepper den Einzug in den *Sejm*.

Das neue Parteiengesetz von 1997 erhöhte die Anforderungen an die Parteien bezüglich innerparteilicher Demokratie und Transparenz im finanziellen Bereich. Zugleich wurde eine Erstattung von Wahlkampfkosten eingeführt, in deren Genuss aber nur diejenigen Parteien kommen, die ins Parlament gelangen. Darüber hinaus erhalten in Abhängigkeit vom Ergebnis der letzten *Sejm*-Wahlen diejenigen Parteien, die mehr als drei Prozent der gültigen Stimmen erhielten, direkte staatliche Zuwendungen. Diese Regelungen erschweren den politischen Wettbewerb und verleihen den etablierten Parteien den Status von Kartellparteien. Bis heute profitieren die „gewendeten" Parteien SLD und PSL von ihrer aus der realsozialistischen Zeit übernommenen, wenn auch „verschlankten" Parteiorganisation. Als mitgliederstärkste Partei galt Anfang 2010 die im ländlichen Raum vor allem im Südosten und Osten stark präsente PSL mit 128 000 Mitgliedern. Die PO zählte 45 000 Mitglieder, während die 22 000 Mitglieder von PiS offenbar nicht einmal ausreichen, flächendeckend eine Parteiorganisation bis auf Kreisebene sicherzustellen.

Propagierung einer „Vierten Republik"

Im September 2005 gewann PiS die *Sejm*-Wahlen, im Oktober siegte PiS-Kandidat Lech Kaczyński bei den Präsidentschaftswahlen. Nach diesem doppelten Wahlsieg und erst recht, nachdem Jarosław Kaczyński im Juni 2006 selbst das Amt des Regierungschefs übernommen hatte, versuchte PiS mit seinen ungleichen Koalitionspartnern *Samoobrona* und LPR, eine „Vierte Republik" durchzusetzen. Hinter diesem Schlagwort stand der Vorwurf, dass die Vertreter der Opposition am Runden Tisch gemeinsame Sache mit den Repräsentanten des kommunistischen Regimes gemacht und diesen das politische Überleben und eine wirtschaftliche Bereicherung ermöglicht hätten. Einige Schwachstellen des gegenwärtigen politischen Systems wie Korruption oder die unterlassene Entfernung von früheren Spitzenpolitikern und Mitarbeitern des Geheimdienstes aus Führungspositionen wurden durchaus richtig erkannt, es folgte jedoch eine teilweise ausgesprochen ungeschickte Umsetzung in die Praxis. So wurde es etwa tendenziell nicht dem Staat auferlegt, individuelle Vergehen nachzuweisen, sondern im Gegenteil, dem grundsätzlich „verdächtigen" Individuum, seine Unschuld zu belegen. Staatliche Institutionen, insbesondere die Exekutive, sollten gestärkt und der Staat „von oben her" erneuert werden, bei gleichzeitigem Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft und Initiativen „von unten".

Zugleich wurde verstärkt eine „Geschichtspolitik" propagiert. Dieser lag die Prämisse zugrunde, dass die historischen Leistungen und Leiden Polens im In- und Ausland nicht hinreichend gewürdigt würden und von staatlicher Seite daher eine angemessene Darstellung gefördert werden müsse. Hinter-

Streit um das Erbe der Solidarność

Was ist übrig geblieben von der einst so starken, progressiven Solidarność und ihrem Willen zur Selbstverwaltung der Fabriken?

[...] Zbyszek Kowalewski – in den achtziger Jahren ein Theoretiker der Taktik des „Aktiven Streiks", bei dem Arbeiter durch Betriebsbesetzungen die Produktion selbst übernehmen sollten – war maßgeblich an der Niederschrift des Selbstverwaltungsprogramms der Solidarność beteiligt, das dem I. Delegiertenkongress im Herbst 1981 vorlag. Es skizzierte eine Alternative zu Real-Sozialismus und Kapitalismus. Arbeiterräte sollten die Betriebe leiten und in einer speziellen Kammer des Parlaments repräsentiert sein – Betriebsdirektoren durch die Belegschaften gewählt werden. Doch ein Referendum darüber kam durch das im Dezember 1981 verhängte Kriegsrecht nie zustande. [...] 1988 flammten Streiks und Proteste zum letzten Mal in der Volksrepublik auf, wurden aber von den Eliten der Bewegung abgewürgt, um mit der Nomenklatura der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) am Runden Tisch verhandeln zu können. In den Jahren danach wurde aus dem Elektriker Wałęsa ein Präsident, avancierten andere Solidarność-Sprecher zu Politikern, Bankdirektoren und Unternehmern. Es verwundert kaum, dass die einstigen Protagonisten heute dermaßen zerstritten sind. [...]

Für die von Radio Maryja behüteten Verlierer der „Wende" ist jede marxis-

ullstein bild – Reuters

Verdrängte Erinnerung: Die Mehrheit der Einwohner Jedwabnes boykottiert 2001 die Einweihung eines Mahnmals durch Präsident Kwaśniewski. 60 Jahre zuvor hatten Dorfbewohner ihre jüdischen Nachbarn ermordet.

picture-alliance / Wiktor Dabkowski

Der polnische Präsident Bronisław Komorowski steht für einen proeuropäischen Kurs. Treffen mit José Manuel Barroso, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, im September 2010

grund dieser Propagierung von „Geschichtspolitik" war zum einen, dass einer breiteren polnischen Öffentlichkeit die Ermordung der jüdischen Bewohner des Dorfes Jedwabne durch polnische Mitbewohner im Jahr 1941, kurz nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion, bekannt wurde. Fachleuten waren diese Fakten schon länger bekannt gewesen. Entgegen dem verbreiteten Selbstbild waren Polen also nicht nur Opfer, sondern in diesem Fall auch Täter gewesen. Andererseits fiel in diese Phase der Verunsicherung der polnischen Öffentlichkeit eine stärkere Beschäftigung der Deutschen mit deutschen Opfern des Zweiten Weltkriegs, was in Polen als eine Neubewertung der Geschichte gesehen wurde, in der aus den Tätern Opfer würden. Die Betonung der positiven Seiten der polnischen Geschichte durch die „Geschichtspolitik" sollte der Gesellschaft ein grundsätzlich positives Bild der eigenen Nation vermitteln, wurde von Gegnern aber als Ausblenden problematischer Punkte der polnischen Geschichte kritisiert.

Regierungswechsel 2007

Die Überbetonung eng verstandener „nationaler Interessen" diskreditierte die PiS-Regierung nach außen, vor allem in der EU, was zusammen mit den zunehmend autoritären Tendenzen im Innern die Gegner von PiS mobilisierte. Nachdem Lepper (als Vize-Premierminister) mit provokantem Verhalten Premierminister Kaczyński zur Auflösung der Koalition veranlasste, konnte PiS bei vorzeitigen Neuwahlen im Oktober 2007 zwar an Stimmen hinzugewinnen (32,1 Prozent), jedoch zu Lasten der Koalitionspartner, die weit unter der Fünf-Prozent-Hürde blieben (1,5 und 1,3 Prozent) und politisch keine Rolle mehr spielen. Klarer Wahlsieger wurde die PO (41,5 Prozent), die mit der PSL (8,9 Prozent) eine Koalitionsregierung mit Donald Tusk als Premierminister bildete. Ebenfalls im *Sejm* vertreten ist die SLD, die mit drei weiteren kleinen Gruppen auf 13,1 Prozent kam.

Nach dem Tod von Präsident Lech Kaczyński, der für seine EU-skeptische Haltung nur beim tschechischen Präsidenten Václav Klaus Unterstützung fand, hat die polnische Gesellschaft, in der 2010 eine Mehrheit von 88 Prozent die Mitgliedschaft in der EU befürwortete, mit Bronisław Komorowski einen für die europäische Integration eintretenden Präsidenten und eine proeuropäische Koalitionsregierung unter Premierminister Tusk, deren Parteien PO und PSL Mitglieder der Europäischen Volkspartei sind. Interne Auseinandersetzungen in der PiS nach der Niederlage von Jarosław Kaczyński bei den Präsidentschaftswahlen haben im November 2010 zur Abspaltung einer 15 *Sejm*- und drei EU-Abgeordneten starken Gruppe geführt, die Kaczyńskis Wahlkampf-Slogan „Polen ist das Wichtigste" (PJN) als Namen gewählt hat.

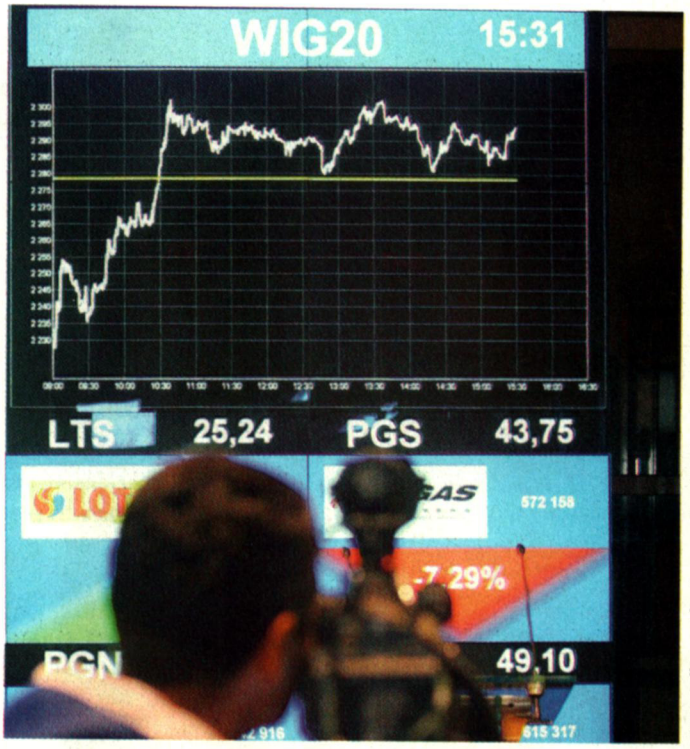
tische Analyse der Niederlage ein Werk des Teufels. Für die Entfremdung der Solidarność-Funktionäre von der Basis in den Jahren des Kriegszustandes behilft sich der Sender mit verschwörungstheoretischen Erklärungsmustern, versehen mit mehr als einem Hauch Katholizismus, Russophobie und Antisemitismus. [...] Durch das Geschichtsbild von Radio Maryja geistert ein Wałęsa, der als Agent der polnischen Staatssicherheit im August 1980 mit einem Motorboot des Geheimdienstes in die Lenin-Werft kam, um den Streik zu beenden. Er sei nicht wie behauptet über das Tor gesprungen. [...] Zu Anhängern dieser Lesart der Geschehnisse vom August 1980 gehört auch Andrzej Gwiazda [...]. Für ihn wie andere ist unstrittig, nicht der Kapitalismus ist der Grund ihrer Niederlage – Wałęsa sei als IM Bolek im Verein mit antipolnischen Mächten an allem schuld. Lech Kaczyński hat diese Arbeiterkämpfer aus frühen Solidarność-Jahren für sein Projekt der sogenannten IV. Republik rekrutiert. Gerade deshalb empfindet sein Anhang den Absturz von Smolensk als weiteren Beleg für eine antipolnische Verschwörung, deren Drahtzieher laut Radio Maryja „die Juden" und „die Kommunisten" sind. [...] Kein Wunder, dass die heutige Solidarność nur ein Zombie ist, der mit den Kämpfen von einst kaum etwas zu tun hat.

Kamil Majchrzak, „Sich selbst verloren", in: der Freitag Nr. 34 vom 26. August 2010

Piotr Pysz

Wirtschaftssystem und ordnungspolitische Prozesse seit 1990

Nach einer forcierten marktwirtschaftlichen Transformation gehört Polen seit Jahren zu den stabilsten europäischen Volkswirtschaften. Die Abwanderung der jungen Generation nach Westen ist eine Folge geringer Löhne und hoher Jugendarbeitslosigkeit.



picture-alliance / dpa / epa pap Radek Pietruszka

Seit Jahren geht es für die polnische Volkswirtschaft meist nach oben: Anzeige des Aktienindexes WIG 20, in dem die 20 größten einheimischen Unternehmen gelistet sind, an der Warschauer Börse

Schon wegen seiner Rolle als Pionier der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa verdient Polen Aufmerksamkeit. Ein weiterer wichtiger Grund dafür ist die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nach der Einleitung des „Balcerowicz-Plans" am 1. Januar 1990 – einer radikalen marktwirtschaftlichen Transformation. Bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre wurde Polen – in Anspielung an Großbritannien in den 1960er und 1970er Jahren – als der „kranke Mann" des sozialistischen Europas bezeichnet. Die Volkswirtschaft stagnierte seit dem Jahr 1979. Nach dem tiefen Rückgang der volkswirtschaftlichen Produktion in den Jahren 1980/81 ist es bis zum Jahr 1988 nicht gelungen, das pro Kopf gerechnete Niveau des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Vorkrisenjahres 1979 wieder zu erreichen. In den 1990er Jahren wendete sich das Blatt: Das Land an der Weichsel wurde in den Medien als Primus unter den postsozialistischen Transformationsländern herausgestellt. Nach einer vorübergehenden Wachstumsschwäche in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts kehrte Polen seit 2005 wieder auf den Pfad hoher Wachstumsraten des BIP von fünf bis sieben Prozent jährlich zurück.

Im Krisenjahr 2009 ging die Wachstumsrate des BIP auf bescheidene 1,7 Prozent zurück, was Polen trotzdem eine Ausnahmestellung unter allen europäischen Ländern sicherte: Es war das einzige Land, das eine positive Wachstumsrate vorweisen konnte. 20 Jahre nach Einleitung der marktwirtschaftlichen Transformation ist es so gelungen, einen Nachweis für ihren nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg zu liefern.

Transformationspolitik

Das Leitbild des Transformationsprozesses wurde in Polen – im Unterschied zu einigen anderen postsozialistischen Ländern – von Anfang an unmissverständlich formuliert. In zahlreichen Äußerungen Leszek Balcerowiczs, des „geistigen Vaters" der polnischen Transformation und bekannten Wirtschaftsprofessors der Warschauer Handelshochschule, wie auch in Regierungsprogrammen hieß es immer wieder, dass man die Implementierung einer Wirtschaftsordnung „westlichen Typs" anstrebe. Der US-Ökonom Jeffrey Sachs, ab 1989 Berater der polnischen Regierung, formulierte den Standpunkt der politischen und ökonomischen Eliten des Landes: „Polen ist zu arm, um wirtschaftspolitisch zu experimentieren. Wir werden daher bewährten Modellen folgen." Er empfahl den Staaten des ehemaligen Ostblocks marktwirtschaftliche „Schocktherapien": eine Politik der radikalen Privatisierung und Liberalisierung. Diese Politik wurde allerdings von einigen linksorientierten polnischen Nationalökonomen u.a. mit Berufung auf die Idee des „Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Sozialismus stark kritisiert. Balcerowicz lehnte jedoch ordnungspolitische Experimente mit dem noch nirgendwo praktisch umgesetzten Konzept des „Dritten Wegs" entschieden ab.

Zu der ordnungspolitischen Klarheit der politisch Verantwortlichen trugen mehrere Faktoren bei: In den Vordergrund rückte der Wunsch nach der Integration Polens in die Europäische Union – die Parole „Rückkehr nach Europa" war weit verbreitet. Ihre praktische Umsetzung in den späteren Beitrittsverhandlungen mit der EU-Kommission wurde von Deutschland auch gegen den Widerstand einiger Unionsmitglieder im Mittel-

meerraum, die die Konkurrenz um Zuwendungen aus dem EU-Haushalt fürchteten, tatkräftig unterstützt.

Nach mehr als 40 Jahren sozialistischer Misswirtschaft strahlten Länder wie Deutschland, Frankreich oder die USA den verführerischen Charme des materiellen Wohlstands aus. Vielen Polen, ähnlich wie den Bürgern der anderen postsozialistischen Länder, erschienen damals materieller Wohlstand, Marktwirtschaft und Freiheit fast wie Synonyme. Der freiheitliche marktwirtschaftliche Geist von Adam Smith, Friedrich August von Hayek, Milton Friedman, Walter Eucken und Ludwig Erhard verdrängte die marxistisch-leninistischen Lehren immer mehr. In der damaligen Aufbruchstimmung von großer Bedeutung war die Unterstützung des Internationalen Währungsfonds für die konsequente marktwirtschaftliche Umwandlung der postsozialistischen Länder. Zusätzlich noch wichtig aus polnischer Sicht war, dass die entschiedene Transformationspolitik das Ansehen des hoch verschuldeten Landes unter den westlichen Gläubigern verbesserte.

Die Ausgangsbedingungen für die Einleitung der Transformationsstrategie in Polen waren mit wenigen Ausnahmen schlecht. In der Dekade der 1980er Jahre gab es eine langjährige galoppierende Inflation; das bedeutet, dass die Preise jährlich um deutlich mehr als zehn Prozent stiegen. Trotzdem blieb die Nachfrage auf fast allen Gütermärkten größer als das Angebot, woraus sich für

picture-alliance / PAP /CAF / Stanislaw Jakubowski

Schmerzhafte Transformation: Rasant steigende Preise für Lebensmittel und Konsumgüter schockierten viele Polen. Die Inflationsrate wuchs 1989/90 auf bis zu 680 Prozent.

Schocktherapie für die Wirtschaft

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk erschien auf seiner letzten Pressekonferenz (2009, Anm. d. R.) vor einer Karte der Europäischen Union. Auf ihr leuchtete Polen grün, während alle anderen Länder in rot gehalten waren. Die Botschaft: Polen war 2009 das einzige EU-Land mit Wirtschaftswachstum – 1,7 Prozent. [...] Er wurde nicht müde, den „Vater des polnischen Wirtschaftswunders" zu loben, den damaligen Finanzminister Leszek Balcerowicz.

Zum Jahreswechsel 1989/90 war dieses Wunder allerdings nicht abzusehen. Die meisten Polen mussten immer noch, oft stundenlang, beim Einkaufen Schlange stehen. [...]

Wohl nur eine kleine Minderheit machte sich in jener Silvesternacht Gedanken darüber, was das Reformprogramm des neuen Finanzministers, des erst 42 Jahre alten Universitätsdozenten Leszek Balcerowicz, bedeuten würde. [...] Lech Wałęsa, damals auf dem Höhepunkt seiner Popularität, hatte immer wieder erklärt, auf das Land kämen „Blut und Schweiß" zu. [...]

Balcerowicz hatte in den letzten Wochen des alten Jahres nüchtern die Lage des Landes dargelegt: rasende Inflation, zuletzt 680 Prozent, mit 40 Milliarden Dollar an Auslandsschulden war Polen faktisch pleite. Die Industrie war marode, die Telefon-, Straßen- und Schienennetze waren ebenso wie das Gesundheitswesen in beklagenswertem Zustand. In den meisten Städten war das Leitungswasser ungenießbar, Weichsel und Oder waren stinkende Kloaken. Das durchschnittliche Monatsgehalt war zum Schwarzmarktkurs nur 30 Dollar wert.

Der Finanzminister erklärte seinen Landsleuten wohlweislich nicht, dass die ersten Schritte seiner Schocktherapie für Millionen eine Lohnkürzung und den Verlust des Großteils ihrer Ersparnisse bedeuten würde. Zum 2. Januar 1990 wurde der Devisenhandel erlaubt, mit der Einschränkung, dass der Wechselkurs des Dollars für 16 Monate von der Regierung festgeschrieben wurde. Dies bedeutete zunächst einen weiteren Absturz des Złoty, bis er sich nach ein paar Monaten auf niedrigerem Niveau stabilisierte. Zudem wurden die Preise für Konsumgüter freigegeben. Als die Polen einkaufen gingen, trauten sie ihren Augen nicht: Die Preise für Fleisch oder Butter hatten sich über Neujahr verdreifacht, dafür gab es aber schlagartig alles, die Schlangen waren verschwunden.[...]

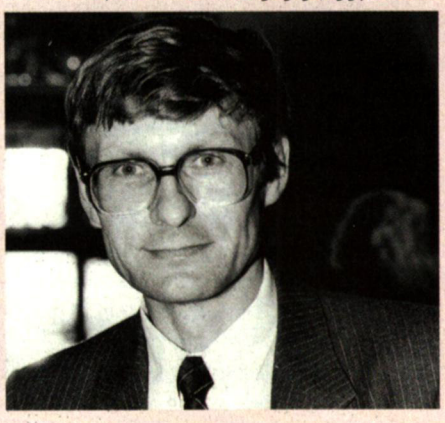
So begann bald ein großes Privatisierungsprogramm, gleichzeitig wurden die Subventionen für die Industrie zusammengestrichen. Die erste Konsequenz: Es gab Massenentlassungen. Ende 1990 belief sich die Zahl der Arbeitslosen bereits auf 1,1 Millionen, zuvor hatte es offiziell überhaupt keine gegeben. [...]

Noch andere Probleme musste der Finanzminister bewältigen: Bis Ende 1989 gab es in Polen keine Girokonten, keine Börse, kein Handelsregister, kein ausgebildetes Steuersystem, keine Finanzgerichte, keine privaten Versicherungen, keine Kredit- und Investitionsbanken. Im Eilverfahren setzte Balcerowicz Gesetze durch, die den Mangel beseitigten [...].

Erst nach mehr als einem Jahr regte sich massiver Protest gegen die Schocktherapie. Die Gewerkschaft Solidarität forderte auf Demonstrationen: „Balcerowicz muss gehen!" Der hielt sich noch bis Ende 1991 im Amt, insgesamt also fast zweieinhalb Jahre. [...] 1997 kehrte Balcerowicz unter Jerzy Buzek [...] für drei Jahre auf seinen alten Posten zurück, nun schon als Sieger: Die Wirtschaft brummte, die Arbeitslosigkeit sank, die Realeinkommen hatten sich vervielfacht, das Land erlebte einen beispiellosen Modernisierungsschub.

Thomas Urban, „Wirtschaftswunder an der Weichsel", in: Süddeutsche Zeitung vom 2./3. Januar 2010

„Vater der ökonomischen Schocktherapie": Leszek Balcerowicz, Finanzminister 1989-91; 1997-2000



ullstein bild – PAI-Foto.pl

die Bevölkerung und die Betriebe deutlich spürbare Versorgungsengpässe ergaben. Der Preisanstieg beschleunigte sich noch im Verlauf des Jahres 1989. Im August dieses Jahres verkündete die letzte kommunistische Regierung Polens unter Ministerpräsident Rakowski überraschend die Freigabe der Preise für Agrarprodukte. Dem Anstieg der Lebensmittelpreise in drei Monaten um 500 Prozent folgten massive Lohnforderungen der Arbeitnehmerschaft – die Lohn-Preis-Spirale begann, sich immer schneller nach oben zu drehen. Zugleich war Polen im Ausland hoch verschuldet. Im Jahr 1989 waren es 41,4 Milliarden US-Dollar, was mehr als das Fünffache der jährlichen Exporte in westlichen Währungen ausmachte. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie wurde Ende der 1980er Jahre auf ungefähr 10–15 Prozent der Produktivität in der westdeutschen Industrie geschätzt. Der voranschreitende Verfall der sozialistischen Ordnung ging allerdings mit einer zügigen Entwicklung des Privatsektors einher. Im Jahr 1989 machte dieser Sektor circa 29 Prozent des BIP aus, bei der Beschäftigung sogar 29,6 Prozent. Nach Schätzung der Nationalbank verfügten die privaten Haushalte Ende der 1980er Jahre über beachtliche Ersparnisse außerhalb des staatlichen Bankensystems: ungefähr sieben Milliarden US-Dollar, die in der Bevölkerung nicht auf einige wenige reiche Haushalte konzentriert, sondern breit gestreut waren.

Das im Oktober 1989 veröffentlichte Wirtschaftsprogramm der ersten nicht-kommunistischen Regierung unter Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Finanzminister Leszek Balcerowicz enthält folgende Formulierung: „Gleichzeitig mit den Vorhaben, die die Bekämpfung der Inflation und die Stabilisierung der Wirtschaft zum Ziele haben, unternimmt die Regierung Schritte, die zu bahnbrechenden Veränderungen im Wirtschaftssystem führen. Sie bestehen in der Einführung von Institutionen der Marktwirtschaft, erprobt in den entwickelten Ländern des Westens." Die Transformationsstrategie sah folgende zusammenhängende Maßnahmenpakete vor:

- Liberalisierung der Tätigkeit mikroökonomischer Wirtschaftssubjekte (Betriebe, Unternehmen, selbstständige Dienstleister) durch Freigabe der Preise; Abschaffung der staatlichen Regulierung der Gütermärkte, Freiheit der Wirtschaftstätigkeit einschließlich der Außenhandelsgeschäfte; Abschaffung des staatlichen Außenhandels- und Devisenmonopols; Selbstständigkeit und Selbstfinanzierung der Staatsbetriebe; Einführung der Umtauschbarkeit der inländischen Währung in andere Währungen (Konvertibilität der Währung);
- Makroökonomische Stabilisierung und Bekämpfung der Inflation durch Ausgleich des Staatshaushalts; eine auf die Verringerung der umlaufenden Geldmenge zielende restriktive Geldpolitik; fester Wechselkurs des Złoty zum US-Dollar und Strafsteuer auf Lohnzuwächse in den Staatsbetrieben, welche die von der Regierung festgelegte Obergrenze des Lohnanstiegs überschreiten;
- Ordnungspolitische Maßnahmen mit einem mittelfristigen und langfristigen Zeithorizont, das heißt Umgestaltung der Eigentumsordnung zugunsten des Privatsektors, Schaffung von Wettbewerbsstrukturen auf der volkswirtschaftlichen Angebotsseite, Aufbau eines leistungsfähigen Banken- und Versicherungswesens, Einführung eines marktkonformen Steuersystems, Schaffung eines funktionsfähigen Arbeits-, Kapital- und Bodenmarktes, marktwirtschaftliche Gesetzgebung und Anpassung der gesamten institutionellen Struktur des Landes an die Erfordernisse des EU-Beitritts.

Marktorientierte Transformation

Die transformationspolitische Konzeption beruhte auf einer neoliberalen Philosophie, die entschieden auf die Selbstheilungs- und Selbstregulierungskräfte des Marktes setzte und den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft reduzierte. Im Zentrum des Interesses stand dabei die Gesundung der in einem desolaten Zustand befindlichen monetären Sphäre der Volkswirtschaft: Ein sich beschleunigender Preisanstieg, Nachfrageüberhänge und die zügig voranschreitende Verdrängung des polnischen Złoty durch den US-Dollar und die Deutsche Mark als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel kennzeichneten die Lage.

Aus der monetären Sphäre sollten die entscheidenden Impulse zur Verbesserung der Funktionsweise der Realsphäre (Produktion und Güter) ausgehen. Der im Sozialismus gänzlich unbekannte Druck der eingeschränkten volkswirtschaftlichen Nachfrage, der Notwendigkeit, eigene Ausgaben durch auf dem Markt erzielte Einnahmen zu finanzieren, und des immer intensiver werdenden

Ende der Schuhfabrik von Krapkowice

Krapkowice ist klein, und es schrumpft. Heute leben noch knapp über 17 000 Menschen hier. Aber der Ort war in ganz Polen bekannt. An einem Sonntag im April 1930 hatte der damals größte Schuhmagnat der Welt, der tschechische Unternehmer Tomáš Bat'a, dort Land gekauft, um eine Fabrik zu bauen. Er zog Fabrikhallen hoch, legte Straßen an und eine Arbeitersiedlung mit Wohnungen im Stil des Bauhaus-Architekten Le Corbusier, der in den zwanziger Jahren bei Bata gelernt hatte. In den Kriegsjahren diente die Fabrik den Nationalsozialisten. Zwangsarbeiter aus Polen hielten die Produktion am Laufen.

1948 ging die Fabrik in staatlichen polnischen Besitz über. Was Bata angelegt hatte, entwickelte sich zur sozialistischen Mustersiedlung: Zur Schuhfabrik gehörte alles, was ein Menschenleben brauchte. Schule, Kino, Hotel, Stadion, die Handballmannschaft am Ort, die in den siebziger Jahren die Landesmeisterschaften gewann – mit der Mutter des deutschen Fußballnationalspielers Miroslav Klose in der Mannschaft. [...]

Es gab keine Familie in dieser Stadt, deren Leben nicht mit der Fabrik verflochten war. Die Schuhe waren der Stolz von Krapkowice; aus dem sieben Stunden entfernten Warschau reisten Studenten an, um ein Paar zu kaufen.

Täglich verließen damals volle Züge Krapkowice, beladen mit gut verarbeiteten Lederschuhen, made in Poland, die von Danzig aus in den Westen verschifft wurden – immerhin gingen 95 Prozent der Produktion in den Westen. [...]

Zu den besten Zeiten der Fabrik arbeiteten knapp 5000 Menschen in Krapkowice allein in der Produktion. Als das Unternehmen in den neunziger Jahren abgewickelt wurde, endeten Arbeiterbiografien, die nie über diesen Ort hinausgereicht haben. Von der Fabrik ist heute nur ein Rest übrig. Eine kleine Firma führt den Namen Otmęt fort, mit kaum 50 Arbeitern. Das ehemalige Gelände ist teils Ruine; zwischen leer stehenden Lagerhallen und eingeschlagenen Fensterscheiben aber haben sich gut zwei Dutzend Unternehmen niedergelassen, auch aus Deutschland. Fast 1000 Menschen arbeiten wieder auf dem früheren Fabrikgelände. Doch die Schienen, auf denen früher die Züge Richtung Danzig fuhren, sind längst mit Gras überwachsen.

Alice Bota, „Zurück nach Krapkowice", in: Die Zeit Nr. 46 vom 5. November 2009

Anbieterwettbewerbs sollte die Hersteller zur Kostenreduzierung, zur Senkung der Verkaufspreise und zu Innovationen zwingen. Dabei hat man folgerichtig auch den Abbau von Arbeitsplätzen in den Staatsbetrieben in Kauf genommen, die sich in den Zeiten der sozialistischen Planwirtschaft durch Überbeschäftigung ausgezeichnet hatten – sie sollten dazu gebracht werden, sich auf den Märkten wie kapitalistische Produzenten zu verhalten. Diese Verhaltensweisen der Anbieter sollten gemäß der neoliberalen Transformationskonzeption die bisherigen Preisrelationen verändern. Die Folge wären Veränderungen in der Nachfragestruktur: Einerseits eine Ausweitung der Nachfrage nach den im Verhältnis zu anderen Gütern billiger gewordenen Produkten und andererseits die Einschränkung der Nachfrage nach relativ teurer gewordenen Gütern. Die Anbieter würden sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen mit ihrem Angebot an die veränderten Preisrelationen und die daraus folgende veränderte Nachfragestruktur anpassen.

Ein grundsätzlicher Schwachpunkt bei der Umsetzung der Transformationskonzeption war jedoch von Anfang an kaum zu übersehen: In den Jahren 1990/91 kam es unter dem Druck der Inflation und immenser Nachfragüberhänge zu einer Überbetonung von stabilitätspolitischen Maßnahmen, die sich auf die Eindämmung der volkswirtschaftlichen Nachfrage richteten. Die Regierung hatte keine Alternative dazu, diese Maßnahmen zur höchsten mittel- und langfristigen wirtschaftspolitischen Priorität zu erklären. Die Umgestaltung des ordnungspolitischen Rahmens der Volkswirtschaft, also vor allem die gewünschte zügige Überführung von Staatsbetrieben in Privatunternehmen, geriet infolgedessen in Verzug.

Das Hinterherhinken der Ordnungspolitik hinter der mikroökonomischen Liberalisierung und makroökonomischen Stabilisierung der Volkswirtschaft stellt bis in die Gegenwart eine Problematik des asymmetrischen Verlaufs des polnischen Transformationsprozesses dar. In das dadurch entstandene ordnungspolitische Vakuum stieß seit Anfang der 1990er Jahre die für Polen so charakteristische spontane Ordnungsentwicklung. Ein besonders hervorstechendes Beispiel für spontane Entwicklungen des Ordnungsrahmens ist die Tatsache, dass sich die Privatisierung der Volkswirtschaft vorwiegend nicht durch die Überführung der Staatsbetriebe in Privateigentum, sondern durch hunderttausende Neugründungen von Privatbetrieben vollzog. Die imposante Gründerwelle der ersten Transformationsjahre brachte in Einklang mit der außenwirtschaftlichen Öffnung der Volkswirtschaft eine Intensivierung des Wettbewerbs auf der Anbieterseite mit sich. Dies bescherte der Volkswirtschaft nach einer im Vergleich zu anderen postsozialistischen Ländern relativ kurzen, zweijährigen Transformationsrezession ab 1992 starke Wachstumsimpulse und kaschierte zumindest teilweise die negativen Auswirkungen der Verzögerungen bei der Privatisierung von Staatsbetrieben, beim Aufbau von marktkonformen Wirtschaftsinstitutionen und bei der Etablierung einer marktkonformen Gesetzgebung.

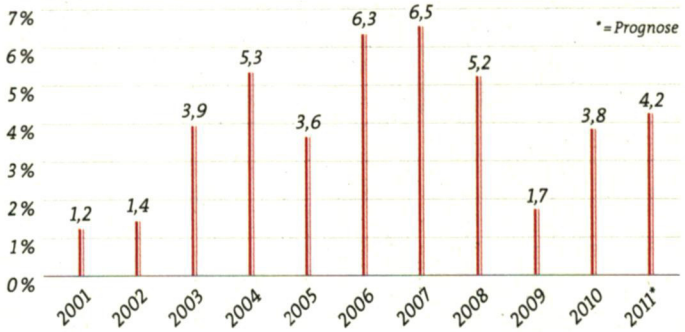
Für den beachtlichen Erfolg der spontanen Ordnungsentwicklung in den bisher 20 Jahren der polnischen Systemtransformation musste allerdings ein hoher Preis bezahlt werden. Die Kehrseite der Medaille war das Fortbestehen eines Großteils des Staatssektors in Form von schwerindustriellen Großbetrieben. Dieser bis in den heutigen Tag existierende postsozialistische Sektor erwies sich als ein sprichwörtlicher „Klotz am Bein" der sich in Richtung einer marktwirtschaftlichen Ordnung entwickelnden Volkswirtschaft. Das Überleben einiger dieser Betriebe auf den Märkten wurde vorwiegend durch Subventionen aus dem Staatshaushalt gesichert. Dies ist wiederum ein wesentlicher Grund für die verhältnismäßig großen Haushaltsdefizite und die wachsende Verschuldung des Landes, was wiederum den Regierungen Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen im sozialen Bereich aufzwang. An der empfindlichen Nahtstelle zwischen Staatssektor und den privaten Betrieben gedieh und gedeiht die Korruption. Nach Auffassung des prominenten Nationalökonomen und Wirtschaftspolitikers Grzegorz Kołodko nutzte die polnische Volkswirtschaft in den bisherigen zwei Dekaden der Systemtransformation nur circa zwei Drittel ihres vorhandenen Wachstumspotentials. Die Erfolge auf dem Weg zur angestrebten Annäherung des BIP an den EU-Durchschnitt hätten in diesem Zeitrahmen – seiner Meinung nach – viel größer sein können.

vario images

Große Industrieanlagen gehören zu den Überbleibseln der sozialistischen Planwirtschaft: ein Stahlwerk in Nowa Huta, einem Stadtteil von Krakau.

BIP-Wachstum, real, 2001–2011

in % gegenüber Vorjahr



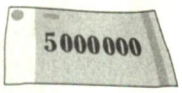
Polnische Statistiken, polnisches Finanzministerium, Statistisches Hauptamt, Deutsche Bank Research

Ergebnisse der Transformation

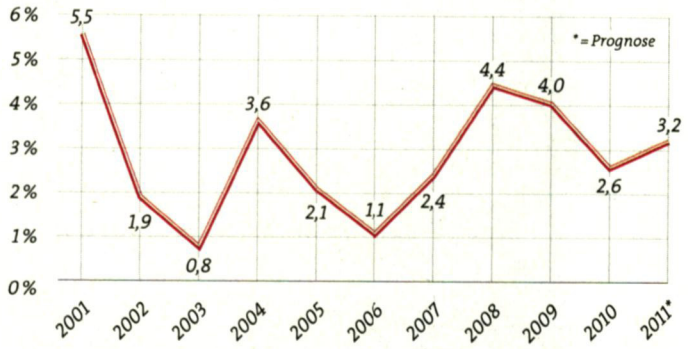
Nach einer im Vergleich zu allen anderen postsozialistischen Ländern Europas relativ kurzen Anpassungsrezession der Jahre 1990/91, die einen Rückgang des BIP um 18 Prozent mit sich brachte, begann ein Jahr später die volkswirtschaftliche Produktion wieder zu steigen. Polen gelang es im Jahr 1992 als dem ersten europäischen Transformationsland, die Talsohle der Rezession zu durchschreiten und auf den Pfad des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums überzugehen. Im Jahr 1996 überschritt Polen als erstes Transformationsland die Größe des BIP aus dem letzten Vortransformationsjahr 1989.

Die Spitzenposition auf dem Feld des Wirtschaftswachstums behielt Polen bis in die Gegenwart, wenn dieses als kumuliertes

Inflation, 2001–2011



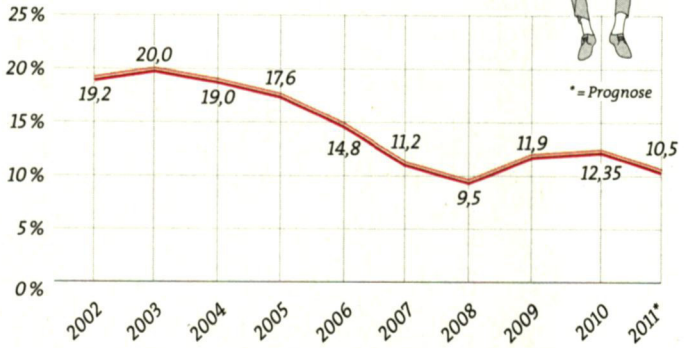
in % gegenüber Vorjahr



Polnische Statistiken, Deutsche Bank Research, EU-Kommission

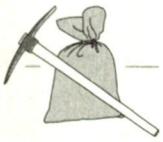
Arbeitslosenquote, 2002–2011

in %

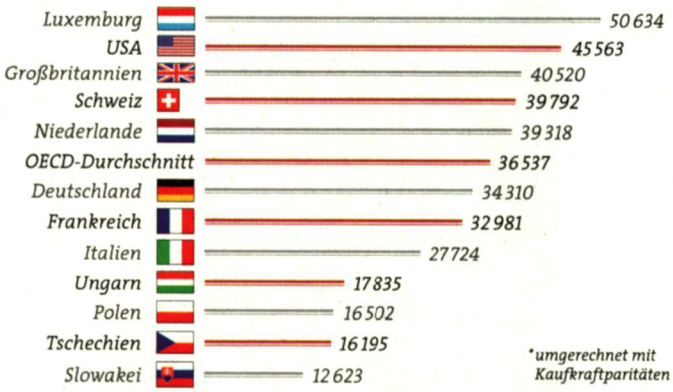


Polnisches Wirtschaftsministerium www.mg.gov.pl

Was Arbeit wert ist



Durchschnittlicher jährlicher Arbeitslohn in US-Dollar (ausgewählte Industrieländer)*



OECD 2007, Stand 2005, © Globus 1614

Wachstum des realen BIP im Vergleich zum Basisjahr 1989 gerechnet wird. Im Jahr 2006 waren es schon 158 Prozent der Basisgröße vor Estland mit 145 und Albanien mit 144 Prozent. In den darauf folgenden Jahren erreichten die Wachstumsraten der polnischen Volkswirtschaft jeweils 6,8 und fünf Prozent, um im Krisenjahr 2009 schließlich auf 1,7 Prozent zurückzugehen. In allen anderen postsozialistischen Ländern gab es allerdings im Jahr 2009 einen tiefen wirtschaftlichen Einbruch: In Estland ging das reale BIP um mehr als zehn Prozent zurück und in Albanien wurde die Krise schon im Jahr 2008 mit einem Rückgang des BIP um circa drei Prozent eingeleitet. Mit einem kumulierten BIP-Wachstum von circa 180 Prozent im Vergleich zu 1989 lag Polen 2010 an der Spitze der europäischen Transformationsstaaten.

Es ist beachtlich, dass es in Polen gelungen ist, kontinuierlich eine Politik der „ruhigen Hand" bei der makroökonomischen Stabilisierung der Volkswirtschaft durchzusetzen. In anderen mittel- und osteuropäischen Ländern verliefen die Prozesse der makroökonomischen Stabilisierung dagegen wesentlich turbulenter. Als ein krasses Gegenbeispiel kann die Krise des russischen Rubels im August/September 1998 mit ihren verheerenden makroökonomischen Folgen aufgeführt werden. Polen setzte seine ruhige Stabilisierungspolitik in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts fort. Die jährliche Inflationsrate sank von 10,1 Prozent im Jahr 2000 auf ein Prozent im Jahr 2006. Allerdings bewegte sie sich in den darauf folgenden Jahren – vor allem wegen der gestiegenen Preise für Energieträger – wieder zwischen drei und vier Prozent. Für das Jahr 2011 wird ein Anstieg des Preisniveaus um 3,2 Prozent prognostiziert.

Herausforderung Arbeitsmarkt

Nach der Anpassungsrezession der Jahre 1990/91 stieg die Arbeitslosenquote im Jahr 1993 mit 16,4 Prozent auf den höchsten Stand der 1990er Jahre. Der Schock der unter der sozialistischen Planwirtschaft völlig unbekannten Massenarbeitslosigkeit führte zu sozialen Unruhen, politischer Radikalisierung und schließlich 1994 zum Regierungswechsel. Die hohe Wachstumsdynamik der Volkswirtschaft in den darauf folgenden Jahren trug allerdings zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit bei. Bis 1998 gelang es, diese Quote auf 10,4 Prozent zu drücken. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums an der Wende zum 21. Jahrhundert führte dazu, dass diese Quote 2002 das beunruhigende Niveau von 19,8 Prozent erreichte und in den zwei darauf folgenden Jahren dort verharrte.

Nach Überwindung der vorübergehenden Wachstumsschwäche und vor allem durch den im Jahr 2004 erfolgten EU-Beitritt Polens kam die Wende. Im Jahr 2005 fiel die Arbeitslosenquote auf 17,6 Prozent. Danach ging sie kontinuierlich zurück, um schließlich 2008 auf 9,5 Prozent zu fallen. Diese Reduzierung der Arbeitslosenquote um mehr als zehn Prozentpunkte im Vergleich zum Höhepunkt im Jahr 2003 kann zusammen mit dem Wachstum der polnischen Volkswirtschaft als Erfolg der marktwirtschaftlichen Transformation bewertet werden. Die starke Abhängigkeit des Arbeitsmarkts von einem hohen Wirtschaftswachstum ist im Krisenjahr 2009 allerdings wieder mit voller Deutlichkeit in Erscheinung getreten. Trotz der Wachstumsrate des BIP von 1,7 Prozent ist die Arbeitslosenquote auf 11,9 Prozent gestiegen, und erreichte im Jahr 2010 das Niveau von 12,3 Prozent. Für 2011 prognostiziert das Wirtschaftsministerium eine Verringerung der Arbeitslosenquote auf 10,5 Prozent.

Soziale Lage und Einkommensverteilung

Trotz der unbestreitbaren Wachstums- und Stabilitätserfolge sowie einer Besserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt wird die soziale Lage der polnischen Bevölkerung in dem bisherigen Verlauf der Transformation von prominenten Nationalökonomen

kritisch eingeschätzt. Seine Bewertung sozialer Konsequenzen der neoliberalen Transformationspolitik brachte der Wirtschaftstheoretiker Tadeusz Kowalik deutlich zum Ausdruck: „Es musste die Frage gestellt werden, wem dient das Wirtschaftswachstum? Die Antwort ist, es dient nur einer Minderheit. Nur die Hälfte der Bevölkerung im produktiven Alter findet eine Beschäftigung. Nur jeder Achte unter den Arbeitslosen bekommt Arbeitslosengeld. Vor dem Exodus der jungen Generation in Richtung Westen blieben 40 Prozent der jungen Menschen ohne Arbeit. Es gab und gibt für sie keine billigen Wohnungen. Die Hälfte der Arbeitslosen bleibt länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. In drei Vierteln der Wirtschaft, vorwiegend im Privatsektor, eliminierte man die Gewerkschaften mit passiver Beteiligung der Behörden vollständig. Alle diese lange andauernden, übrigens mit unterschiedlicher Intensität auftretenden Einzigartigkeiten bewogen mich vor zehn Jahren zu der Meinung, dass in Polen eine der ungerechtesten sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden ist. [...] Die weiteren Entwicklungen in diesem Bereich haben mich in dieser Meinung nur noch weiter bestätigt."

Fernweh und Einsamkeit: junge Arbeitsmigranten ...

Das schlechte Gewissen hat Marta Jarosz zurück in die Heimat getrieben. Zimmermädchen und Kellnerin – das macht sich auf Dauer nicht gut in einer Erwerbsbiographie, die auf eine ordentliche Anstellung zusteuern soll. [...] Vor drei Monaten ist sie aus Island zurückgekehrt, mit dem festen Vorsatz im Gepäck, sich ausbilden zu lassen. Zurzeit lernt sie an einer Krakauer Privatschule Computergrafik. Ohne große Begeisterung.

Direkt nach der Schule, sie war gerade 18 Jahre alt geworden, hatte Marta [...] das Weite gesucht. [...] Zunächst auf Zypern, dann in Island, Spanien und schließlich noch einmal in Island hat sie zum Teil das Achtfache dessen verdient, was in vergleichbaren Positionen in Polen gezahlt wird. In Island, wo sie die längste Zeit verbracht hat, empfing sie an der Rezeption eines Hotels die Gäste, manchmal half sie auch im Restaurant aus.

Marta ist zurück in die Kleinstadt Wadowice gezogen, fünfzig Kilometer von Krakau entfernt. Aber das ist nicht mehr das Zuhause, das sie verlassen hat. Das Leben der Familie, der Freunde und Bekannten ist ohne sie weitergegangen. „Nur zwei Freunde sind noch da." [...]

Nicht nur die Reiselust treibt junge Polen wie Marta ins Ausland. „Es ist viel einfacher, eine gutbezahlte Arbeit zu finden, als hier", sagt sie. [...] In Polen beträgt der Durchschnittslohn etwa 3000 Złoty, das Mindesteinkommen 1317 Złoty, umgerechnet 300 Euro. Auch gutausgebildete Polen suchen das Glück jenseits der Grenze, da die guten Jobs in der Heimat rar sind. Marta kennt einen Anwalt, der in Polen als Kletterlehrer arbeitet. „Das zieht mich runter", sagt sie. [...] Unter den europäischen Ländern sind Großbritannien, wo 43,5 Prozent der Auswanderer leben, und Irland mit 9,5 Prozent am beliebtesten; Deutschland und Holland, wo jeweils neun Prozent Arbeit suchen, folgen.

[...] Anstreicher, Küchenhilfe, Reinigungskraft, Erntehelfer oder Zimmermädchen: Die Mehrzahl der Migranten übt im Ausland anspruchslose Tätigkeiten aus, für die eine niedrige oder durchschnittliche Qualifikation genügt. Für Migranten mit höherer Ausbildung kann die Arbeit im Ausland zur Falle werden. Wenn sie dort nicht in ihrem erlernten Beruf tätig waren, tun sie sich nach der Rückkehr schwer, eine ihrer ursprünglichen Qualifikation angemessene Stelle zu finden. Es klafft eine Lücke im Lebenslauf. [...]

Ein Drittel der jungen Rückkehrer im Alter von 20 bis 25 Jahren sucht länger als ein halbes Jahr nach Arbeit. In der Heimat stoßen sie auf Gleichaltrige, denen es nicht besser geht. In der Altersgruppe bis 25 Jahre liegt die Arbeitslosenquote bei entmutigenden 22 Prozent. Viele gehen deshalb bald wieder weg. Auch Marta überlegt, Polen wieder zu verlassen. [...] Natürlich war sie im Ausland mitunter auch einsam. Besonders in Madrid, wo sie kaum jemanden kannte. „Echte Freunde, die alles von mir wissen, habe ich am meisten vermisst", sagt sie. [...]

„Immer wieder anfangen ist hart", sagt sie. „Irgendwann möchte ich auch einmal ankommen. Aber wo?"

... und Familien ohne Väter

Grobla wächst. Wie kleine Zuckerwürfel stehen die Häuser des Dorfes vierzig Kilometer vor dem Ortsschild von Krakau in der sumpfigen Landschaft. Gegenüber baut ein Nachbar, der das halbe Jahr im Ausland arbeitet, sein Haus aus. Nebenan hat der zweitjüngste Sohn der Adamskis mit seinem eigenen Heim begonnen, der Malermeister arbeitet zurzeit in Schweden, daher geht es mit dem Eigenheim nicht recht voran. [...]

Hinter dem Haus parkt der Lastwagen von Pawel Adamski, dem ältesten Sohn der Familie. Er hat neun Jahre lang auf dem Obst- und Gemüsehof Wendel in Zwingenberg bei Darmstadt Spargel gestochen, die Saisonarbeit aber aufgegeben, um sich in der Heimat selbstständig zu machen. [...] Zwei Lastwagen zählen zu seiner kleinen Spedition, die er vor einem Jahr gegründet hat. „Der Anfang ist immer schwierig", sagt er. „A.I.S." steht in weißen Buchstaben auf dem roten Lack. Adamski i synowie, Adamski und Söhne. Zwar hat Pawel noch keine Kinder. Aber da musste der Vater eben zur Namensgebung herhalten. Für solche Anschaffungen bückt sich Pawels Vater Marek Adamski seit 16 Jahren im Frühjahr über die weißen Gemüsestangen, die ihre Köpfe durch die südhessische Erde stecken. [...]

In den ärmlichen Regionen im Südosten rund um Rzezow oder in Schlesien gibt es nicht nur Dörfer ohne Männer, sondern ganze Landstriche, wo ein Großteil der Bewohner jenseits der Grenze sein Geld verdient. [...]

Für 5,55 Euro, den tariflich gesicherten Stundenlohn, arbeiten etwa 300 Rumänen und Polen in der Hochsaison sieben Tage in der Woche auf Wendels Spargelhof. Herr Adamski verdient dort doppelt so viel, wie er für eine vergleichbare Arbeit in Polen bekäme. Acht Monate sticht er Spargel, bildet ungelernte Arbeiter aus und hilft bei der Erdbeerernte. Von den Ersparnissen kann die Familie den Rest des Jahres leben. [...]

„Die Zeit der Trennung wird mit dem Alter einfacher", glaubt Pawel Adamski. Als der Vater zum ersten Mal nach Deutschland ging, war Pawel sieben Jahre und sein jüngster Bruder erst acht Monate alt. „Als mein Vater einmal nach langer Abwesenheit zurückkehrte, hat mein Bruder ihn nicht erkannt und ‚Herr' zu ihm gesagt."

Auf der Fahrt von Grobla nach Krakau gleitet Pawels alter weißer Mercedes, der schon 300 000 Kilometer hinter sich [...] hat, an Feldern mit Gewächshäusern vorbei. Unter den Planen wird Kohl angebaut, auf manchen Feldern auch Spargel. „Der wird in die Slowakei verkauft", sagt Pawel. „Und die Erntehelfer kommen aus der Ukraine."

Beide Texte:
Rainer Schulze, „Wanderer ohne Ziel", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Januar 2010

Die von Kowalik erwähnte niedrige, weil nur unwesentlich 50 Prozent überschreitende Beschäftigungsquote der polnischen Bevölkerung im produktiven Alter (15–65 Jahre) in Verbindung mit lange anhaltenden zweistelligen Arbeitslosenquoten trug im Verlauf der Transformation entscheidend zur hohen Ungleichheit der Einkommen und verbreiteter Armut bei. Der Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß zur Ermittlung von Ungleichverteilungen, stieg in Polen von 0,28 in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre 20 Jahre später auf 0,35, was die wachsende soziale Ungleichheit widerspiegelt. Neben diesem Koeffizienten gilt als Indikator für die Ungleichheit der Einkommensverteilung auch das Verhältnis zwischen den 20 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen zu den 20 Prozent mit dem niedrigsten Einkommen. Nach den Angaben des Statistischen Amts betrug im Jahre 2007 das pro Person im Haushalt umgerechnete Einkommen der Großverdiener (obere 20 Prozent) das 6,2fache des Einkommens der Gruppe mit den niedrigsten Einkommen (untere 20 Prozent). Somit lag Polen bei der Einkommensdifferenzierung deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Mit dieser großen Ungleichheit bei der Einkommensverteilung geht eine verbreitete Armut einher. Die Messung des gesetzlichen Existenzminimums, das zum Bezug von staatlichen Hilfsleistungen berechtigt, wird erst seit dem Jahr 1997 durchgeführt. Der Anteil der Personen unterhalb dieser Armutsschwelle bewegt sich auf hohem Niveau zwischen 13,3 Prozent im Jahr 1997, 19,2 Prozent im Jahr 2004 und 14,6 Prozent im Jahr 2007. Subjektiv schätzten sich in Polen im oben genannten Zeitraum im Durchschnitt mehr als 20 Prozent der Bevölkerung als arm ein.

Panos Pictures / VISUM

Die Nachfrage nach Unterhaltungs- und Haushaltsgütern blieb auch während der globalen Wirtschaftskrise hoch – ein nachholender Konsum prägt das Kaufverhalten vieler Verbraucher.

ullstein bild – CARO / Bastian

Die polnische Ökonomie profitiert vom EU-Beitritt: Der Zugang zu europäischen Märkten und die Unterstützung durch Strukturfonds erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Globale Wirtschaftskrise und Perspektiven

Die Volkswirtschaft Polens wurde im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2009 verhältnismäßig wenig beeinträchtigt. Dies scheint allerdings nur teilweise der Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung geschuldet, weil zur glimpflichen ökonomischen Entwicklung in den drei Krisenjahren auch einige von der Wirtschaftspolitik kaum beeinflussbare Faktoren beitrugen. Sie federten die Auswirkungen der Weltkrise auf Polen wesentlich ab.

Unter allen postsozialistischen EU-Ländern besitzt das Land an der Weichsel mit 38,1 Millionen Einwohnern und einem in Kaufkraftparitäten gerechneten BIP pro Kopf der Bevölkerung in Höhe von 17500 US-Dollar (2008) den größten Binnenmarkt. Daraus folgt eine, gemessen am Anteil der Exporte am BIP, geringere Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom Außenhandel als bei anderen Ländern dieser Gruppe. In Polen sind das nur 36 Prozent, während es beispielsweise in Tschechien 67, in Ungarn 70 und in der Slowakei sogar 83 Prozent sind. Darüber hinaus zeichnet sich der polnische Binnenmarkt durch einen „nachholenden Konsum" aus. Bei zurzeit noch zahlenmäßig starken Jahrgängen junger Menschen im Alter unter 40 ist ein hoher Grad an Konsumlust vorhanden, der folgerichtig mit einer geringen Sparneigung einhergeht. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wie Eigentumswohnungen, Wohnhäusern, Möbeln, PKWs, Haushaltselektronik usw. ging auch während der Krisenjahre nicht zurück. Der Konsumgütermarkt übernahm so die Aufgabe eines Konjunkturstabilisators.

Im Verlauf des Jahres 2009 wurde die Nachfrageseite der Volkswirtschaft zusätzlich durch die Abwertung des polnischen Złoty gestützt, deren Hauptursache der Abzug westlichen Kapitals infolge der Weltfinanzkrise war. Im Jahr 2009 betrug der durchschnittliche jährliche Wechselkurs des Złoty zum Euro 4,3273 zu 1. Im Vergleich zum vorhergehenden Jahr verlor die einheimische Währung somit um 23,1 Prozent an Wert.

Die EU-Mitgliedschaft brachte polnischen Unternehmen einen freien Zugang zu europäischen Märkten und stabilisierte gemeinsam mit dem Binnenmarkt die Konjunktur. Infolge der Abwertung des Złoty gegenüber dem Euro erhöhte sich die Exportwettbewerbsfähigkeit auf den EU-Märkten, was den Rückgang der Exporte im Jahr 2009 zwar nicht verhindern, aber abbremsen konnte. Die polnischen Wirtschaftsexperten rechneten damit, dass unter der krisenbedingten Nachfragerestriktion in Deutschland, Frankreich und anderen hoch entwickelten westeuropäischen Ländern die Verbraucher wachsendes Interesse für billigere Exportprodukte aus Polen zeigen würden. Diese Rechnung ging zumindest teilweise auf. Bei allgemeiner Schrumpfung der Außenhandelsumsätze Polens in den EU-Raum gingen im Jahr 2009 die Exporte deutlich weniger als die Importe zurück, d. h. jeweils um 17,1 Prozent und 26,3 Prozent. Der Rückgang der Exporte fiel somit im Vergleich zu den meisten EU-Ländern moderater aus und die Schrumpfung der Importe um mehr als ein Viertel schuf bei einem immerhin noch um 1,7 Prozent wachsenden BIP erhöhte Absatzchancen für einheimische Produzenten. Sehr vorteilhaft erwies sich für die polnische Autoindustrie überdies die deutsche Abwrackprämie, die im Jahr 2009 die Exporte von preisgünstigen Klein- und Mittelklassewagen in Richtung Westen begünstigte.

Weitere Verstärkung erhielt der für die polnische Volkswirtschaft positive Nachfrageeffekt durch Mittel aus den EU-Strukturfonds. Ende November 2008 wurde ein EU-Rettungspaket zur Stützung der volkswirtschaftlichen Nachfrage im EU-Raum verabschiedet. Daraus ergaben sich für Polen Handlungsspielräume, um insbesondere bei Infrastrukturprojekten, beispielsweise zur Vorbereitung auf die Fußball-Europameisterschaft 2012, zusätzliche Finanzmittel zügiger als ursprünglich geplant einzusetzen. Neben einem Rückgang der Industrieproduktion um 3,2 Prozent stiegen im Jahr 2009 zugleich die Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe um jeweils 3,7 und 5,3 Prozent. Die dynamische Entwicklung des Baugewerbes ist im Lande an vielen neu gelegten Straßen und vor allem in den Großstädten an neu gebauten, oft imposanten Gebäuden deutlich sichtbar.

Neben diesen exogenen Einflussfaktoren trug die Wirtschafts- und Geldpolitik vor allem dadurch zur Eindämmung der Folgen der Weltkrise auf Polen bei, indem sie für die Stabilität des Bankwesens sorgte. Die Geschäftsbanken blieben im Großen und Ganzen im Rahmen des traditionellen Bankengeschäfts, d.h., sie nahmen Einlagen der Sparer auf und vergaben Kredite an Wirtschaft und Privatpersonen. Im Vergleich zu vielen US-amerikanischen und westeuropäischen Geldinstituten waren sie kaum oder nur in geringem Maße in spekulative Transaktionen, in sogenannte innovative Finanzprodukte der Wall Street und anderer internationaler Börsen, involviert. Daher ist es ihnen auch gelungen, die finanziellen Verluste zu vermeiden oder zumindest zu minimieren, die auf den Zusammenbruch der Investment-Bank Lehman Brothers im September 2008 folgten. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer im Bankwesen erreichten „Rente der Rückständigkeit". Mit ihren Regeln zur Aufnahme von Krediten in ausländischen Währungen (wegen der niedrigen Verzinsung besonders beliebt waren Schweizer Franken) verordnete die Nationalbank noch vor 2007 eine Vergabepraxis, die ganz im Gegensatz zu der laschen Vergabe der berüchtigten Hypothekendarlehen in den USA stand, die ohne Rücksicht auf die finanzielle Solidität der Darlehensnehmer gewährt wurden. Die Bonität der Kreditnehmer musste von der Kredit erteilenden Geschäftsbank sorgfältig und streng geprüft werden. Auf diese Weise wollte man u.a. einkommensschwächere Kreditnehmer sowie Banken vor der Gefahr der Zahlungsunfähigkeit im Falle einer starken Abwertung des Złoty gegenüber dem Franken oder dem Euro schützen.

Darüber hinaus griff die Wirtschaftspolitik auf das Mittel der Steuersenkungen zurück, um so die Kauflust der Bevölkerung noch zusätzlich zu stützen. Als Ergebnis der in den Jahren 2008/09 durchgeführten Änderungen der Einkommensteuer und der starken Senkung der Rentenabgaben mussten die Bürger ungefähr 35 Milliarden Złoty (circa neun Milliarden Euro) weniger an den Staat abführen. Die Einkommensteuer wurde 2009 vereinfacht: Die bis dahin gültigen drei Einkommensschwellen zur Festlegung der Steuersätze wurden auf zwei verringert, die Sätze wurden auf 18 bzw. 32 Prozent reduziert. Im Jahr 2008 verringerte man auch den Rentenbeitrag der Versicherten von 13 Prozent auf sechs Prozent des Bruttolohns. Diese „Geschenke" an die abgabenpflichtigen Bürger vergrößerten trotzdem nicht das Defizit des Staatshaushalts. Sogar das Gegenteil trat ein: Das Defizit sank von 24,6 Milliarden Złoty im vorhergehenden Jahr auf 23,8 Milliarden im Jahr 2009. Dieses im europäischen Kontext des Krisenjahres 2009 überraschende Ergebnis weist indirekt darauf hin, dass zur Eindämmung und Überwindung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise die keynesianische Lehre der antizyklischen Konjunkturpolitik des „*deficit spending*" in Polen nicht zum Einsatz gekommen ist. Die immer noch stark vom neoliberalen Geist beeinflusste Regierungsmannschaft um Ministerpräsident Donald Tusk und Finanzminister Jacek Rostowski setzte in ihrer Politik vor allem auf den starken Binnenmarkt. Andererseits profitierte Polen von den konjunkturellen Rettungspaketen vor allem in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, um durch Exporte in diese Länder auch die polnische Wirtschaft am Laufen zu halten. Ohne also selbst auf dieses konjunkturpolitische Instrumentarium zurückzugreifen, hat die polnische Wirtschaft als eine Trittbrettfahrerin indirekt von den keynesianischen Konjunkturprogrammen der westeuropäischen Länder profitiert. Der beachtliche Erfolg Polens bei der Eindämmung der negativen Auswirkungen der Krise wäre – aller Wahrscheinlichkeit nach – ohne die Konjunkturprogramme in Westeuropa nur schwer oder gar nicht realisierbar gewesen.

Wojtek Radwanski / AFP / Getty Images

Gemeinsam mit der Ukraine richtet Polen im Juni 2012 die Fußball-Europameisterschaft aus – für die Industrie bringt die Vergabe große Infrastrukturprojekte. Baustelle des Nationalstadions in Warschau

Die erfolgreiche Eindämmung der Konsequenzen der Weltfinanzkrise und die geschickte Wirtschaftspolitik der Regierung verbreiteten Optimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bis zum Jahr 2030. In Fachkreisen und im Regierungslager wird darauf verwiesen, dass Polen zurzeit vor einer einmaligen Entwicklungschance steht: Nach mehr als drei Jahrhunderten des ständigen Zurückbleibens hinter den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen im westeuropäischen Raum könnte das Land im Zeitrahmen von zwei Dekaden zügig aufholen. In diesem Zusammenhang werden solche emotional positiv geprägten Begriffe wie „zivilisatorischer Sprung" und die „goldene polnische Dekade 2010–2020" verwendet.

Für diesen Optimismus scheinen einige stichhaltige Argumente zu sprechen. Erstens: Die seit 1990 immer enger werdende Anbindung des Landes an Westeuropa, die im Mai 2004 im EU-Beitritt Polens gipfelte, bietet große Vorteile. Neben der Öffnung der EU-Märkte und den Fördermitteln aus den EU-Fonds wird die stärkere infrastrukturelle Anbindung Polens mit Autobahnen, schnellen Flug-, Bahn- und Telekommunikationsverbindungen an den westeuropäischen Wirtschaftsraum hervorgehoben. Zweitens: Polen verfügt derzeit immer noch über eine günstige demographische Struktur, die sich allerdings nach 2020 allmählich verschlechtern wird. Die zahlenmäßig starken Jahrgänge der in den 1970er und 1980er Jahren geborenen jungen Menschen sind im Durchschnitt viel besser ausgebildet als die älteren Generationen. Der Anteil von Personen mit einem mittleren bzw. höheren Schulabschluss und der Hochschulabsolventen stieg seit 1990 kontinuierlich an. Auch mental bringt die jüngere Generation vor allem durch deutlich bessere Fremdsprachenkenntnisse, zahlreiche Auslandserfahrungen und die

Caro / Jandke

Moderne Kommunikationstechnologien vernetzen Polen mit dem westeuropäischen Wirtschaftsraum und bestimmen den Alltag immer stärker. Werbung eines Internetcafés in Wrocław

damit einhergehende größere Weltoffenheit günstige Voraussetzungen für die erfolgreiche Nutzung einer offenen marktwirtschaftlichen Ordnung in der EU.

Es ist für die Zukunft Polens vielversprechend, dass mit dem sich ausbreitenden Optimismus auch eine Diskussion um die Ausgestaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung einhergeht. Denn führende Nationalökonomen sind der Meinung, dass der Prozess der ordnungspolitischen Umwandlungen in den bisher 20 Jahren der Systemtransformation keineswegs abgeschlossen worden ist. Die schon am Anfang des Transformationsprozesses sich abzeichnende Asymmetrie der Transformationspolitik wirft ihren Schatten bis in die Gegenwart. Das seit der Wende zum 21. Jahrhundert wachsende Interesse für die Ordnungspolitik hat mehrere Gründe. Einer der wichtigsten ist der Artikel 20 der Verfassung Polens aus dem Jahr 1997: „Die Soziale Marktwirtschaft, gestützt auf die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit, Privateigentum und Solidarität, Dialog und Zusammenarbeit der sozialen Partner, bildet die Grundlage der wirtschaftlichen Ordnung der Republik Polen." Ein weiterer gewichtiger Grund sind die Versäumnisse der Vergangenheit. Auf diese wies mehrmals kritisch der hoch verdiente Nestor der liberalen polnischen Nationalökonomen, Wacław Wilczyński, hin. Die Asymmetrie im Verlauf des polnischen Transformationsprozesses erschien in der Vergangenheit allerdings den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen eigentlich als eine unter Umständen mehr oder weniger zu vernachlässigende Größe. Der neoliberale Glaube an die Selbstregulierungs- und Selbstheilungskräfte der Märkte dominierte das ökonomische Denken. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 erschütterte jedoch die Fundamente dieses Glaubens zutiefst und veranlasste sowohl Wirtschaftspolitiker als auch Wirtschaftstheoretiker zur Suche nach neuen Konzeptionen und neuen Wegen in der Wirtschaftspolitik. Es zeigte sich, dass die ökonomisch und gesellschaftlich gewünschte Funktionsweise des Marktes nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Volkswirtschaft mit einem angemessenen Ordnungsrahmen ausgestattet ist.

Im Bereich der Ordnungspolitik werden in den bevorstehenden Jahrzehnten intensive Anstrengungen notwendig sein. Zu den wichtigsten und politisch schwer durchsetzbaren Aufgaben gehört der dringend notwendige Umbau des Steuer- und Abgabensystems. Vor allem müssen die für den Staatshaushalt kostspieligen und sozial ungerechten Privilegien für einzelne mächtige und einflussreiche Bevölkerungsgruppen (Landwirte, Bergleute, Polizei, Streitkräfte, Wissenschaftler und Geistliche) abgebaut werden. Dadurch könnte das ganze Steuer- und Abgabensystem einfacher, stabiler und gerechter werden. Zu den ordnungspolitischen Aufgaben werden auch die Stärkung der Konkurrenz auf dem polnischen Binnenmarkt und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Betriebe auf den EU-Märkten und in der ganzen Welt gezählt. Weitere Aufgaben sind es, die Qualität der wirtschaftsrelevanten Gesetzgebung zu erhöhen, die Bürgergesellschaft durch die Förderung von Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft zu stärken sowie die Umstellung auf die Erfordernisse der nachhaltigen Entwicklung im ökologischen und sozialen Sinne einzuleiten.

Grenzüberschreitender Aufschwung

Über [Lothar Meistrings] Schreibtisch hängt eine große Deutschlandkarte. Vorpommern, an dessen östlichem Rand Löcknitz liegt, ist gerade noch drauf, ganz oben rechts.

Meistring, 59, ist gelernter Matrose, studierter Gesellschaftswissenschaftler und ehrenamtlicher Bürgermeister des 3000-Seelen-Städtchens. Ob Löcknitz nur eine Randerscheinung sei, das komme eben auf die Perspektive an. „Entweder wir sehen uns als das Ende Deutschlands", sagt er, „oder als den Anfang einer Großstadt."

Der Mann spricht von Stettin, das 19 Kilometer östlich von Löcknitz beginnt. Zu der polnischen Stadt mit ihren mehr als 400 000 Einwohnern gehört der zweitgrößte Seehafen des Nachbarlandes, von hier aus starten Direktflüge nach London und Dublin. „Ohne Stettin", sagt der Bürgermeister, „säßen wir hier doch am Arsch der Welt – wenn ich das mal so drastisch sagen darf."

Das darf er, denn die Lage im Landkreis Uecker-Randow ist nur mit drastischen Worten zu beschreiben. Er gehört zu den ärmsten Landkreisen ganz Deutschlands. [...]

Und doch ist in Löcknitz ein kleines Wunder geschehen. [...] Die Wende brachte der Beitritt Polens zur EU. Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen [...] geht es in Löcknitz und den benachbarten Gemeinden deutlich aufwärts. [...]

Es sind Polen aus dem boomenden Stettin, die in der ärmsten Region Deutschlands für neues Leben sorgen. [...] Sie kaufen Häuser und gründen Betriebe, schicken ihre Kinder auf die Schulen. [...]

Die meisten umzugswilligen Polen schätzen traditionelle deutsche Tugenden. Bei den Behörden, betont die Krankenschwester, wisse man, woran man sei. Es gebe weniger Kriminalität und Korruption als zu Hause. Sie und andere Einwanderer aus Stettin stammen zumeist aus dem Mittelstand, aber es sind auch Besserverdiener dabei [...].

Für die Deutschen entlang der Grenze bringt diese neue Art der Nachbarschaft den Abschied von lange gepflegten Urteilen und Vorurteilen. Die Polen, das waren für sie die armen Schlucker, die ungeliebten Konkurrenten, die für jeden Lohn in Deutschland arbeiteten. Nun verkehren sich die Verhältnisse. Ein Schweißer kann auf einer Werft in Stettin 1200 Euro im Monat verdienen. Da auf deutscher Seite in vergleichbaren Jobs oft schlechter bezahlt wird, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann Deutsche in Stettin anheuern.

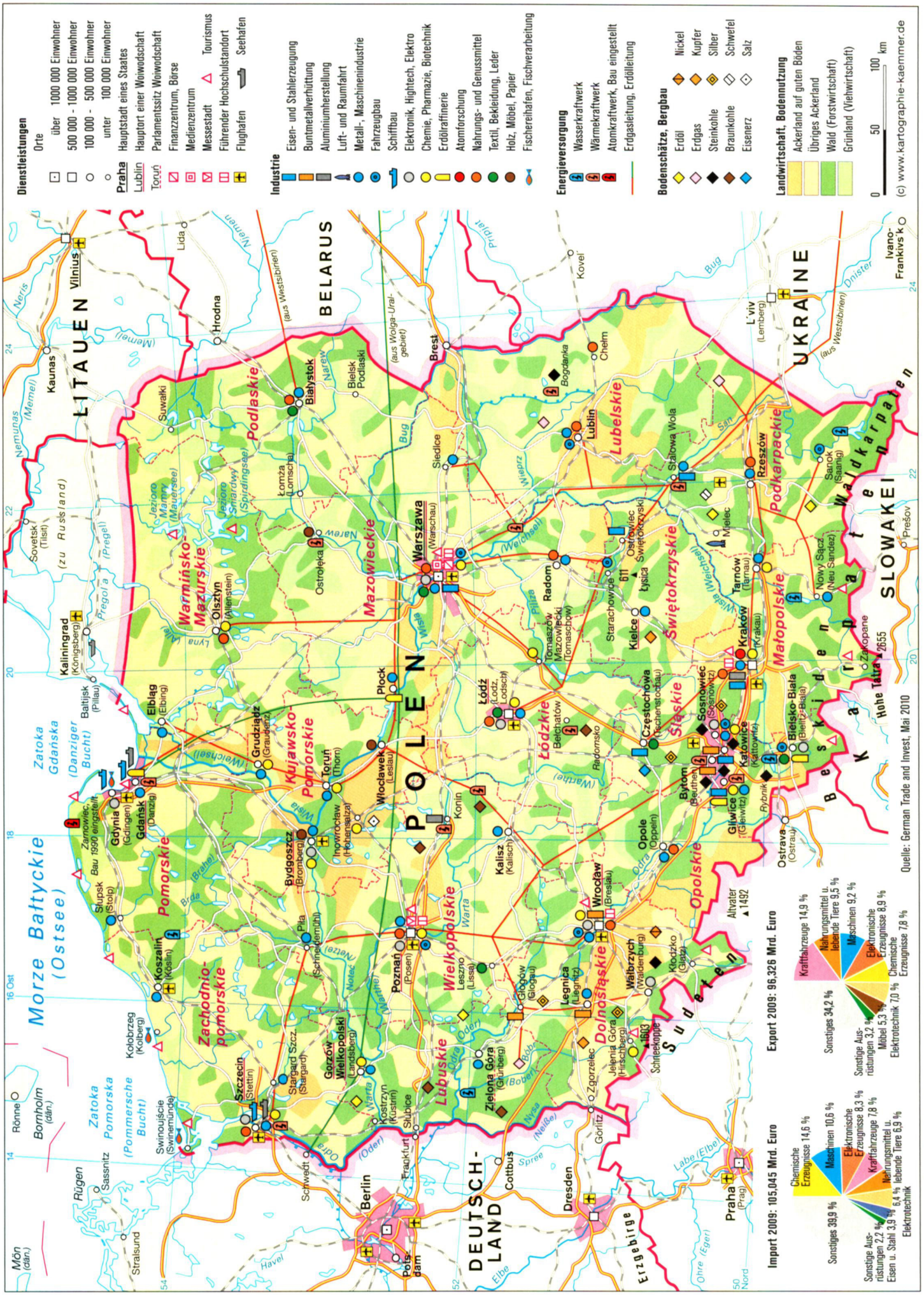
Michael Sontheimer, „Abschied von Vorurteilen", in: Der Spiegel Nr. 9 vom 25. Februar 2008

Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2011

Polen - Physische Übersicht, Administration und Verkehr

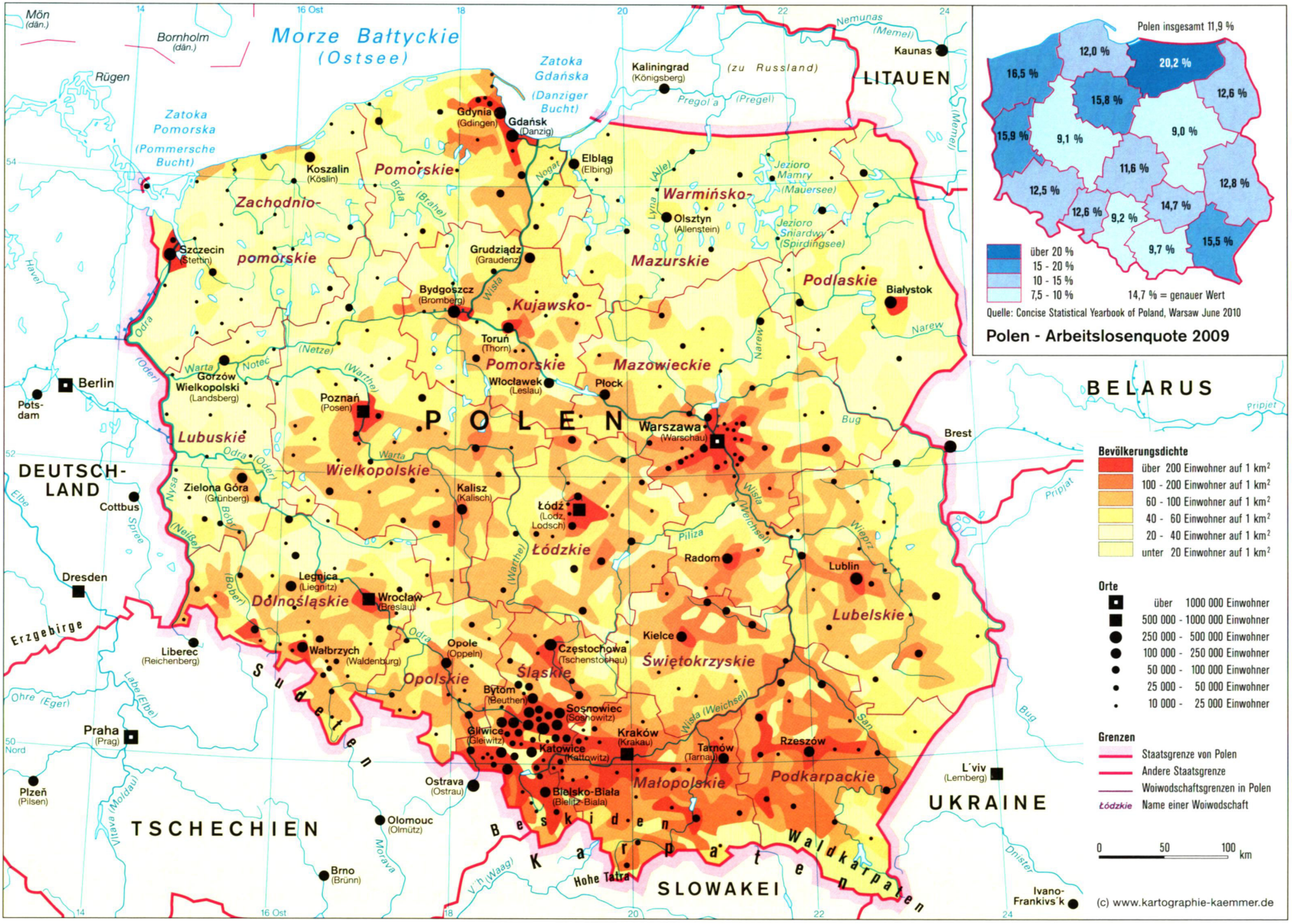
Informationen zur politischen Bildung Nr. 273/2011

Polen - Wirtschaft, Import und Export



Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2011

Polen - Bevölkerungsdichte und Arbeitslosigkeit



Informationen zur politischen Bildung Nr. 273/2011

Polen - Historische Entwicklung

Informationen zur politischen Bildung Nr. 273/2011

Ingenieurbüro für Kartographie Dr. H.-J. Kämmer, Berlin 2011

Dieter Bingen

Gesellschaftliche Strukturen

Die Rolle der katholischen Kirche, das Erbe der Solidarność-Bewegung, die Integration nationaler Minderheiten und der Umgang mit ökologischen Problemen – Polens Gesellschaft steht einer Vielzahl aktueller Herausforderungen gegenüber.

Sean Gallup / Getty Images

Die polnische Gesellschaft ist facettenreich und spannt sich vom nationalkonservativen Spektrum bis zu jungen Subkulturen: Besucher des Internationalen Woodstock Festivals in Kostrzyn (Küstrin), August 2008

Demographie und sozialer Wandel

Nach den Bevölkerungsverlusten und den dramatischen Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung durch den Zweiten Weltkrieg (1939–1945) und die Ereignisse unmittelbar danach hatte Polen in seinen Nachkriegsgrenzen im Jahre 1946 nur noch 23,9 Millionen Einwohner. Namentlich die Ermordung von 85 bis 90 Prozent der jüdischen Bevölkerung und der Verlust von zwölf Prozent der ethnisch-polnischen Bevölkerung, darunter besonders Vertreter der polnischen Intelligenz (in den Grenzen Polens von 1939, ohne Berücksichtigung der Bevölkerungsverluste unter den Ukrainern, Weißrussen und

Drei Generationen

Tereza Sawerska sitzt mit ihrer Tochter Monika und ihrer Enkelin Marta in einem der elegantesten Warschauer Cafés und erinnert sich an das 20. Jahrhundert in Polen. In den frühen vierziger Jahren stapfte sie als Kind mit ihrem Vater auf der Suche nach einem Stück Brot über die Feldwege, als die Massaker der Nazi-Besatzung Polen verschlangen, und stahl von den Feldern Mohrrüben und Kartoffeln. In den Sechzigern marschierte sie als junge Mutter kilometerweit durch Warschau. Während die Bereitschaftspolizei revoltierende Studenten einkesselte, kämpfte sich Tereza durch Tränengas und Straßensperren, um ihre Tochter vom Kindergarten abzuholen. [...]

Marta, ihre 24-jährige Enkelin, seufzt ungeduldig. Sie hat das alles schon oft gehört. „Ich kenne dieses Polen nicht. Das ist alles Geschichte und vorbei." [...]

Martas Großmutter Tereza hat die autoritäre Republik zwischen den Weltkriegen, 45 Jahre Sozialismus und 20 Jahre Demokratie erlebt. Ihre Tochter Monika, 48 Jahre alt, von Beruf Bankangestellte, meint, die Jahre der Volksrepublik erschienen ihr heute wie ein ferner Traum.

[...] 20 Jahre nach Solidarność, *Wałęsa und Wende sind Marta und ihre Generation zu karrierebewusst, zu beschäftigt, zu sehr vom Willen zum Aufstieg in Anspruch genommen, um darüber nachzudenken, wie sie dorthin kamen, wo sie heute sind. „Ich weiß, dass Polen sich unglaublich verändert hat. Aber ich erfahre das über neue Technologien, durch Mobiltelefone und das Internet.* Solidarność? *Ich weiß noch nicht einmal, wer und was den Wandel damals eingeleitet hat." [...]*

Die vermeintlich größte Segnung der gewonnenen Liberalität, die Reisefreiheit, habe sich (der Meinungsforscherin Małgorzata Fałkowska-Warska zufolge – Anm. d. R.) durch das Fernweh einer ganzen Generation paradoxer Weise als einer der beunruhigendsten Umstände erwiesen. Es sei zur größten Abwanderung aus Polen seit Jahrhunderten gekommen.

[...] „Keiner hat damit gerechnet, dass der Abwanderungssog so viele Menschen mitreißt, obwohl doch augenscheinlich keine Notwendigkeit mehr bestand, aus Polen weg zu gehen. Sie verließen ein freies Land", meint Krystyna Iglicka, eine der Galionsfiguren der polnischen Demographie. Ihre Statistiken belegen, dass nach 2004 jeder Fünfte aus der Altersgruppe der 21- bis 35-Jährigen das Ausland dem „freien Polen" vorzog.

Übersetzung: Christine Käppeler
Ian Traynor, „Auf der Flucht", in: der Freitag Nr. 47 vom 19. November 2009

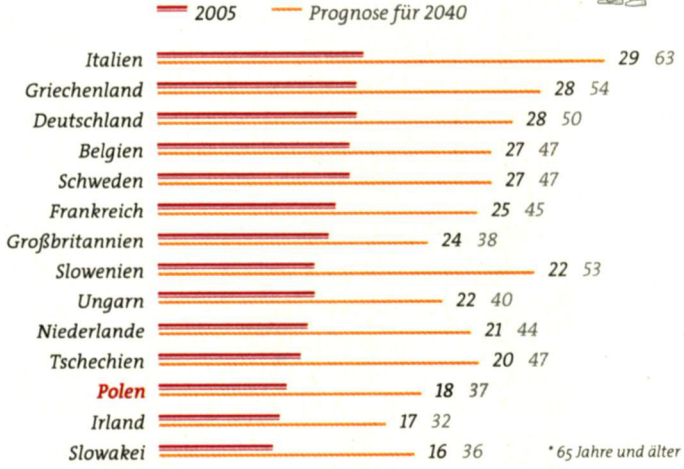
Nachwuchs

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in ausgewählten europäischen Ländern

Eurostat, © Globus 3889

Europa wird grau

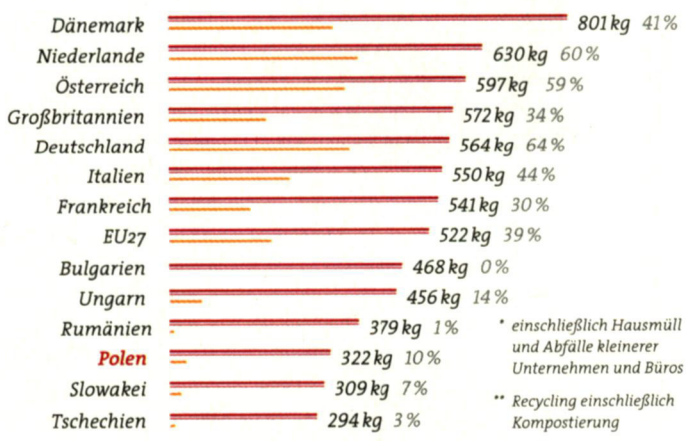
*Auf je 100 Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren kommen so viele Ältere**



UN, VDR, © Globus 9902

Was für ein Müll

So viel Müll wurde im Jahr 2007 erzeugt (pro Kopf)*
*davon wurde recycelt** (in Prozent)*



Eurostat, © Globus 2700

Deutschen innerhalb der Vorkriegsgrenzen Polens), dezimierten die Bevölkerung Polens. Hinzu kamen die Grenzverschiebung nach Westen und die durch Flucht und Vertreibung verursachten Migrationen. Millionen Deutsche in den bisherigen deutschen Ostprovinzen mussten ihre Heimat verlassen. Ein Teil der im Südosten lebenden Ukrainer wurde bei Kriegsende in die sowjetische Ukraine ausgesiedelt. Polen wandelte sich zu einem ethnisch weitgehend homogenen Staat. Vor dem Krieg waren von den 35 Millionen Staatsbürgern der amtlichen Sprachenstatistik von 1931 zufolge nur 69 Prozent Polen. Rund 14 Prozent der Bevölkerung waren Ukrainer, 8,6 Prozent Juden, 3,1 Prozent Weißrussen, 2,3 Prozent Deutsche.

Die Bevölkerung Polens zählte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den mobilsten Europas. Das lag einerseits an den Außen- und Binnenwanderungen im Zuge der Westverschiebung und andererseits an der Industrialisierung und Verstädterung. In der Zeit von 1945 bis 1964 zogen über drei Millionen Beschäftigte vom Land in die Städte. Die konzentrierte Ansiedlung der industriellen Produktion in den Städten – vergleichbar mit der Entwicklung in anderen vor 1939 stark agrarisch geprägten Staaten Ostmittel- und Südeuropas – ließ den Anteil der städtischen Bevölkerung von 31,8 Prozent im Jahr 1946 auf 61 Prozent im Jahr 2009 wachsen. Statistisch gesehen hat jeder Einwohner Polens nach 1945 etwa dreimal seinen Wohnsitz gewechselt.

Zu der kriegsbedingten Entvölkerung und anschließenden Wiederbesiedlung der vormals deutschen Gebiete kamen als weitere Elemente des demographischen Wandels eine höhere Lebenserwartung und eine sinkende Säuglingssterblichkeit hinzu. Vor allem seit Mitte der 1960er Jahre war ein vergleichsweise hoher natürlicher Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Im Vergleich zu Deutschland ist die polnische Bevölkerung wegen der bis in die 1980er Jahre hohen Geburtenraten deutlich jünger. Seit Mitte der 1980er Jahre geht die Geburtenrate jedoch fast kontinuierlich zurück (1980: 19,5 Geburten pro 1000 Einwohner; 1998: 10,2; 2009: 11,2; zum Vergleich Deutschland 2009: 7,9).

Umweltprobleme und Umweltstandards

Dieter Bingen / Dariusz Kiełczewski

Die hohen Umweltbelastungen beziehen sich auf alle Bereiche: Luft, Wasser, Boden und Wald. Besonders betroffen sind die Industriezentren und die großen Ballungsgebiete. In den ausgewiesenen „Gebieten der ökologischen Bedrohung", die elf Prozent der Gesamtfläche Polens ausmachen, lebt ein Drittel der Bevölkerung. Darunter befinden sich vier „Katastrophengebiete": das oberschlesische Industrierevier, Krakau, das Kupferbecken Liegnitz-Glogau und die Danziger Bucht. Teilweise stehen die Gebiete vor dem ökologischen Kollaps, auch wenn seit den 1990er Jahren die Schadstoffemission wegen der Schließung von Betrieben oder durch Umrüstung um über 50 Prozent zurückgegangen ist. Dennoch ist der Zustand der Luft immer noch schlechter als im Durchschnitt der Europäischen Union; die Situation ist allerdings besser als in den meisten der neu in die EU aufgenommenen Länder. Während die industrielle Umweltverschmutzung nachgelassen hat, ist die Verschmutzung aufgrund des enorm angestiegenen Kraftfahrzeugverkehrs angewachsen.

Auch die Reinheit der Gewässer liegt in Polen unter dem EU-Durchschnittswert, obwohl in diesem Bereich Fortschritte zu

verzeichnen sind. Besondere Erfolge hat Polen dabei erzielt, hohe Standards beim Bau von Kläranlagen und Wasserleitungen zu setzen. Die Qualität des Trinkwassers für die privaten Haushalte ist jedoch immer noch nicht ausreichend. Die Qualitätsprobleme der Wasserwirtschaft werden vor allem durch den hohen Anteil der ungeklärten, teilweise durch Schwermetalle und Stickstoffverbindungen verunreinigten Abwässer verursacht. Die unzureichende Abwasserreinigung ist für die sehr hohe Verschmutzung der polnischen Flüsse verantwortlich – auch eine Hinterlassenschaft der planwirtschaftlichen Modernisierung, die kaum Rücksicht auf die Folgen für die natürliche Umwelt nahm.

Das Waldsterben in vielen Regionen Polens ist eine unmittelbare Konsequenz der hohen Luftbelastung und konzentriert sich stark in den Gebirgsregionen. Die Ausmaße und die Geschwindigkeit des Hochwassers in Schlesien und in Kleinpolen im Juli 1997 und im Mai 2010 wurden nicht zuletzt durch die Bodenerosion in den Sudeten (Riesengebirge u.a.) und in den Beskiden infolge des Waldsterbens verursacht.

Einen positiven Effekt hatte allerdings der wirtschaftliche Entwicklungsrückstand Polens zur Zeit der Volksrepublik: Vielerorts konnte sich eine große Artenvielfalt erhalten. In Polen befinden sich die letzten natürlichen oder naturnahen Ökosysteme Europas, und die Anzahl der Pflanzen- und Tierarten ist europaweit die höchste. Hier ist die größte Anzahl endemischer (auf einen spezifischen Lebensraum beschränkter) bzw. bedrohter Arten ansässig. Der größte Reichtum an unberührter Natur ist im Nordosten des Landes zu finden. Dennoch werden in Polen nur begrenzte Naturschutzziele verfolgt. Dies bezeugt der Umstand, dass für das Programm NATURA 2000 nur vier Prozent des Staatsgebiets vorgesehen wurden, und zwar ausschließlich Flächen mit den wertvollsten Biotopen. Dieser Wert liegt sogar unter dem EU-Durchschnitt, obwohl die zu bewahrende Artenvielfalt in Polen bedeutend größer ist.

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Natur- und Umweltschutzzielen liegen darin, dass die polnische Gesellschaft einen Nachholbedarf im Hinblick auf einen hohen Lebensstandard hat und auf Einschränkungen zugunsten der Umwelt häufig skeptisch bis negativ reagiert. Zivilgesellschaftliche Werte und ein Verantwortungsbewusstsein für den Zustand der natürlichen Umwelt haben sich erst spät entwickelt. Noch überwiegt die Überzeugung, dass der Staat für den Schutz der Umwelt verantwortlich sei, während das individuelle Verhalten keine besondere Rolle spiele. Das macht es schwierig, die Konsumenten zu einem umweltbewussten Verhalten anzuleiten.

Zu den Negativtrends in Sachen Umweltschutz gehören die wachsende Menge an Abfällen, während zugleich ein einheitliches System der Müllbewirtschaftung fehlt, die wachsende Abgasbelastung durch den Kraftfahrzeugverkehr, der wachsende Materialverbrauch der Wirtschaft und die mangelnde Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes bei vielen Privatisierungen. Hinzu tritt eine nachlassende Unterstützung für den Umweltschutz in der Gesellschaft: Zwar war in den 1980er Jahren die Sensibilität für die Umweltproblematik angesichts der in bestimmten Regionen (Niederschlesien, Oberschlesien) dramatischen Luft- und Wasserverschmutzung gewachsen, doch sind daraus niemals starke Ökobewegungen entstanden, wie sie beispielsweise in Bulgarien Ende der 1980er Jahre zur Demokratisierungsbewegung beitrugen.

Auch der Beitritt zur EU hat sich als Herausforderung für den Umweltschutz in Polen erwiesen. Die meisten polnischen Standards waren vor dem Beitritt mit den europäischen Standards nicht zu vereinbaren. Das macht es notwendig, die polnischen Normen in vielen Bereichen zu verschärfen. Die Prinzipien der

picture-alliance / dpa / Rafal Milach

Umweltschäden belasten vor allem Ballungsgebiete und Industriezentren. Abgestorbene Bäume nahe einer Kohlehalde in Knurow, Oberschlesien

Wojtek Radwanski / AFP / Getty Images

Bodenerosion und Waldsterben verstärken das Ausmaß von Naturkatastrophen: Im verheerenden Hochwasser im Mai 2010 versinken ganze Landstriche.

Caro / Bastian

Intakte Ökosysteme und der größte Artenreichtum Europas kennzeichnen den Nordosten des Landes. Ein Wolf im Nationalpark Bialowieza

neuen Umweltschutzgesetzgebung sind in dem 1999 verabschiedeten Regierungsdokument „Die Zweite Umweltpolitik des Staates" niedergelegt. Dazu gehört, umweltpolitische Prinzipien in allen politischen Bereichen zu berücksichtigen; der Bevölkerung unabhängig vom Wohnort den Zugang zur natürlichen Umwelt zu ermöglichen; die Verantwortung für die Einhaltung umweltpolitischer Prinzipien zu dezentralisieren; das Verursacherprinzip durchzusetzen (d.h.: Wer die natürliche Umwelt belastet, muss auch für den Schadensausgleich sorgen); das Präventionsprinzip; das Prinzip der Umsicht; das Prinzip der Anwendung der besten zur Verfügung stehenden Techniken und Technologien und das Subsidiaritätsprinzip. Diese Prinzipien des Umweltschutzrechts spiegeln sich in der polnischen Gesetzgebung der letzten 15 Jahre wider.

Bei der Abfallwirtschaft etwa stützt sich die polnische Gesetzgebung auf EU-weite Regelungen. Allerdings sind die polnischen Normen weniger streng als diejenigen der Europäischen Union, da Polen Übergangsfristen ausgehandelt hat. Kritiker bemängeln zudem, dass es eine gewisse Überregulierung gebe, die auf dem übermäßigen Gewicht bürokratischer Instrumente gegenüber ökonomischen Anreizen beruhe. Der Gesetzgeber vertraut mehr auf Gesetze und Verbote als auf Anreize und Märkte. Ein Nebeneffekt dieser Herangehensweise an den Umweltschutz ist seine instrumentelle Behandlung: Die Veränderung von gesellschaftlichen Einstellungen und Verhaltensweisen, die Druck „von unten" erzeugen und eine offensive Umweltschutzpolitik des Staates einfordern würden, spielen eine untergeordnete Rolle. Bis heute ist der aktive Einsatz für die Erhaltung der natürlichen Umwelt die Sache kleiner NGOs geblieben, die in der Regel auf keine breite gesellschaftliche Resonanz und mediale Öffentlichkeit hoffen dürfen, sieht man einmal auf die landesweit wahrgenommenen Aktionen gegen die Durchschneidung des Rospuda-Tals im Nordosten Polens durch eine Schnellstraße ab. Seinerzeit bezog sogar die Gattin des Staatspräsidenten Lech Kaczyński zugunsten der Umweltaktivisten Stellung.

Kacper Pempel / AFP / Getty Images

Umweltaktivisten verhindern 2007 den Bau einer Autobahn durch das Naturschutzgebiet Rospuda – solche Erfolge sind für die sehr kleine polnische Ökobewegung selten.

Nationale und ethnische Minderheiten

Dieter Bingen / Peter Oliver Loew

Der Zweite Weltkrieg veränderte die nationale und ethnische Landkarte Polens radikal. Die jüdische Bevölkerung wurde von den deutschen Besatzern deportiert und vernichtet; Polen wurden umgesiedelt und „Volksdeutsche" angesiedelt. Es folgten die Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit. Der Anteil der nationalen und ethnischen Minderheiten ging von über 30 Prozent vor dem Zweiten Weltkrieg auf circa drei Prozent zu Beginn des 21. Jahrhunderts zurück. Dabei weist der Zensus von 2002 (s. Tabelle) durchgehend niedrigere Zahlen aus, als sie Experten der Minderheitenorganisationen angeben.

Für die polnische Politik war es nach 1944/45 ein Leitziel, ethnische Homogenität durch Zwangsaussiedlungen und Assimilationspolitik durchzusetzen. Erst um 1960 erhielten nationale Minderheiten gewisse Rechte wie muttersprachlichen Schulunterricht (mit Ausnahme der Deutschen und der in Pommerellen westlich und südwestlich von Danzig siedelnden westslawischen Minderheit der Kaschuben). Nach einer neuerlichen Phase größerer Restriktionen setzte in den 1980er Jahren eine Liberalisierung ein, die schließlich in der Verfassung von 1997 kodifiziert wurde (Art. 35.1). Zusätzlich geschützt werden nationale Minderheiten durch entsprechende Bestimmungen in den bilateralen Verträgen mit den Nachbarstaaten Polens.

Das am 6. Januar 2005 verabschiedete „Gesetz über die nationalen und ethnischen Minderheiten sowie über die Regionalsprache" definiert die nationalen und ethnischen Minderheiten Polens und legt ihre Rechte fest. Das Gesetz regelt außerdem den Gebrauch der Minderheitensprachen und sieht staatliche Unterstüt-

Angehörige nationaler und ethnischer Minderheiten

	in Tausend	*Anteil an der Gesamtbevölkerung (%)*
Bevölkerung insgesamt	*38230,1*	*100,0*
Angehörige der Minderheiten insgesamt	*268,85*	*0,7*
Schlesier[1]	*173,2*	*0,45*
Deutsche	*152,9*	*0,4*
Belarussen	*48,7*	*0,13*
Ukrainer	*31,0*	*0,08*
Roma	*12,9*	*0,03*
Russen	*6,1*	*0,02*
Ruthenen	*5,9*	*0,02*
Litauer	*5,8*	*0,02*
Kaschuben[1]	*5,1*	*0,02*
Slowaken	*2,0*	*0,01*
Juden	*1,1*	*< 0,01*
Armenier	*1,1*	*< 0,01*
Tschechen	*0,8*	*< 0,01*
Tataren	*0,5*	*< 0,01*
Karaimer	*0,05*	*< 0,01*

1) Keine anerkannte nationale oder ethnische Minderheit

Anm.: Die Zahlen wurden im Rahmen der Volkszählung 2002 in Polen erhoben.

Mniejszości narodowe i etniczne w Polsce. Informator 2003, Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Warszawa 2003; Dieter Bingen

Artikel 35

(1) Die Republik Polen gewährleistet den polnischen Staatsangehörigen, die nationalen und ethnischen Minderheiten angehören, die Freiheit der Erhaltung und der Entwicklung der eigenen Sprache, der Erhaltung von Bräuchen und Traditionen sowie der Entwicklung der eigenen Kultur.

(2) Nationale und ethnische Minderheiten haben das Recht auf Bildung eigener Ausbildungs- und Kultureinrichtungen sowie der Einrichtungen, die dem Schutz der religiösen Identität dienen. Sie haben auch das Recht an Entscheidungen in solchen Angelegenheiten beteiligt zu werden, die ihre kulturelle Identität betreffen.

zung für kulturelle Aktivitäten der Minderheiten vor. Seit 1993 sind die nationalen Minderheiten bei den Sejmwahlen von der Fünf-Prozent-Hürde befreit, ähnlich wie dies bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein für den Südschleswigschen Wählerverband gilt, der dort die dänische nationale Minderheit vertritt.

Deutsche Minderheit

Bis zum Systemwechsel war von offiziellen Stellen die Existenz einer nennenswerten deutschen Minderheit in Polen geleugnet worden. Mit dem Zerfall des kommunistischen Herrschaftssystems und der Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geriet auch die Politik gegenüber den Deutschen in Polen unter einen neuen Legitimierungszwang und veränderte sich grundlegend.

Bei den Deutschen in Polen handelt es sich nach der deutschen Gesetzgebung überwiegend um deutsche Staatsbürger bzw. deren Nachkommen, die durch die Westverschiebung Polens im Jahr 1945 zu einer Minderheit in Polen wurden.

Nach der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Polen und Osteuropa kam es in den östlichen Territorien des historischen deutschen Siedlungs- und Staatsgebietes zu einer dramatischen Bevölkerungsverschiebung. Bereits vor der Unterzeichnung des Potsdamer Protokolls vom 2. August 1945 waren circa 400 000 Deutsche aus ihren Siedlungsgebieten in den Grenzen Deutschlands von 1937, also vor Beginn der gewaltsamen nationalsozialistischen Expansionspolitik, „wild" vertrieben worden. Mit den Menschen, die auf Befehl der deutschen Behörden, der Wehrmacht oder aus eigenem Entschluss vor der Roten Armee geflohen waren, belief sich am Ende die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Pommern, Ostpreußen, Ostbrandenburg und Schlesien auf knapp sieben Millionen Personen. Hinzu kamen 1,3 Millionen Volksdeutsche aus Polen in den Vorkriegsgrenzen.

Bei etwa 1,1 Millionen deutschen Staatsbürgern wurde durch eine „Verifizierung" die Zugehörigkeit zum polnischen Volk festgestellt. Sie durften weiterhin als „Autochthone" (Alteingesessene) in Polen leben und sollten in die polnische

Annäherung in der Provinz

Betend und singend kommt der menschliche Lindwurm zum Klostertor heraus und bewegt sich zum Dorf hinunter. Unten liegt Schlesien: Felder, Sonne, und hinten die Bischofskoppe. Aus dem Tal ragt der Zwiebelturm von Lesnica, das jetzt auch wieder Leschnitz heißen darf, rechts stößt die Kokerei von Zdzieszowice, einstmals Deschowitz, ihren Qualm ins Blau. Es ist Fronleichnamsprozession auf dem Sankt Annaberg. [...] Weiter hinten sieht man die Schornsteine von Blechhammer (Blachownia Slaska), wo früher Häftlinge aus dem nahen Auschwitz synthetischen Treibstoff herstellten.

Nach dem Ersten Weltkrieg, als das so lange geteilte Polen wieder unabhängig wurde, stand der kleine Wallfahrtsort Sankt Annaberg im Brennpunkt der Geschichte. Oberschlesien, das Ruhrgebiet des Ostens, hatte seit Generationen zu Preußen gehört, und nach der Wiedergründung Polens hatte ein Plebiszit denn auch eine Mehrheit für Deutschland ergeben. Als sich dennoch im Mai 1921 polnische Freischärler auf dem Sankt Annaberg verschanzten, um im „Dritten Schlesischen Aufstand" Berg, Dorf und Wallfahrtskirche für Polen zu reklamieren, entlud sich die Spannung in Gewalt. [...] Der Ort der Einkehr und des Gebets wurde zum Symbol eines unversöhnlichen Volkstumskampfs. [...]

Piotr Gorecki, Hornbläser, Dorfvorsteher und Gemeinderat auf der Liste der Deutschen Minderheit in Polen, steht am Dorfeingang unter einem nagelneuen grünen Schild. „Gora Swietej Anny" heißt es dort auf Polnisch und darunter „Sankt Annaberg". Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass dieses Schild hier steht, auch wenn noch heute an die 280 000 Deutsche in Polen leben, die meisten von ihnen hier im Oppelner Schlesien. Nach dem Krieg brauchte man sie in Kokereien und Bergwerken, und so ließ man zumindest hier die Leute in ihren Häusern. Allerdings waren die verbliebenen Deutschen einer unnachgiebigen Assimilierung ausgesetzt.

[...] Am 4. Juni 1989, dem Tag der ersten halbfreien Wahlen in Polen, die das Ende der kommunistischen Alleinherrschaft einläuteten, war hier auf dem Annaberg die deutsche Minderheit wieder ans Licht getreten. [...] Seither ist vieles besser geworden. Durch ein besonderes Wahlprivileg kann die deutsche Minderheit Abgeordnete ins Warschauer Parlament schicken, im Oppelner Schlesien stellt sie knapp dreißig Bürgermeister und Landräte, und unten in Leschnitz hat sie die Mehrheit im Rat. Die Schulen unterrichten Deutsch für Deutsche, und seit neuestem gibt es nach langem Behördenkrieg sogar dieses zweisprachige Schild. [...]

Die Prozession zieht über den Dorfplatz, und Pater Blazej Kurowski mit seinen Franziskanern zieht mit. Der Prior, ein freundlicher Mann mit gemütlichem Doppelkinn, fühlt sich als echter Pole. Seine Familie hat schon zu preußischen Zeiten hier gelebt, sein Großvater war als „deutscher" Soldat im Ersten Weltkrieg, und nach dem Zweiten verschleppten die Sowjets den „Deutschen" zur Zwangsarbeit in die Stahlwerke von Dnjepropetrowsk. Die Kurowskis haben teuer bezahlt für dieses Deutschtum, das sie nicht gewählt hatten. Bei Pater Blazej ist trotzdem keine Bitterkeit zurückgeblieben. [...]

In Polen wirkt das Trauma der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik immer noch nach, und die deutsche Minderheit ist davon nicht unberührt geblieben. [...] Oben am Sankt Annaberg hat man davon gottlob nicht viel bemerkt. Wie so oft, wenn die Völker nah beieinander leben, haben nationalistische Parolen hier wenig Chancen.

Konrad Schuller, „Ausharren am Annaberg", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juli 2009

Gesellschaft integriert werden. Der noch in Polen verbliebenen deutschen Restbevölkerung verweigerten die polnischen Behörden seit Ende der 1950er Jahre die Gewährung von Minderheitenrechten. Sie waren an der möglichst vollständigen Aussiedlung dieser Deutschen interessiert.

Dem Minderheitenschutz sind im „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit" vom 17. Juni 1991 die Artikel 20 bis 22 gewidmet. Die größte Dachorganisation der deutschen Minderheit in Polen ist heute der – auch aus deutschen öffentlichen Mitteln unterstützte – „Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen", dem als größter Mitgliedsverein die „Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien" mit 180 000 Mitgliedern angehört. Kleinere Gesellschaften gibt es beispielsweise in Danzig, Allenstein und Stettin. Bei der Volkszählung von 2002 erklärten gut 200 000 Polen, sie sprächen zu Hause Deutsch; nach Schätzungen lebten zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwischen 300 000 und 500 000 Menschen in Polen, die sich zur deutschen Minderheit rechnen. In 28 Gemeinden Polens leben nach den Zensusdaten mehr als 20 Prozent Deutsche. In 13 oberschlesischen Gemeinden ist Deutsch seit 2006 offiziell als Hilfssprache im behördlichen Verkehr anerkannt.

Da die deutsche Minderheit im Oppelner Gebiet und Oberschlesien geschlossen siedelt, hat sie die Möglichkeit, die Instrumente der lokalen Selbstverwaltung zu nutzen, da die Wahlgesetze für die Minderheiten Privilegien vorsehen. Die Wahlkomitees der nationalen Minderheiten werden auf Wunsch von der Fünf-Prozent-Sperrklausel befreit. Im *Sejm* ist die Minderheit nach den Wahlen von 2007 mit einem Abgeordneten vertreten.

Weitere Minderheiten

Die Zahl der Ukrainer in Polen wird zwischen 160 000 und 300 000 geschätzt. Die Assimilation dieser Gruppe ist sehr weit fortgeschritten. Die früher im heutigen Südostpolen (Galizien) siedelnden Ukrainer – ihnen wurde pauschal die Unterstützung der „terroristischen" Ukrainischen Aufstandsarmee angelastet, mit der sich die polnische Armee im Bürgerkrieg befand – wurden in Folge der Zwangsumsiedlung („Aktion Weichsel") im Jahre 1947 über Polen zerstreut und leben heute insbesondere in den ehemals deutschen Gebieten im Norden und Westen (Stettin/Pommern). Die Mehrheit der Ukrainer (80 Prozent) gehört der unierten (griechisch-) katholischen Kirche an.

Nach den Zensusdaten von 2002 leben in Polen knapp 50 000 Belarussen (Weißrussen), während Schätzungen von bis zu 300 000 Belarussen ausgehen. Sie gehören größtenteils der polnischen autokephalen (also Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchen wahrenden) orthodoxen Kirche an und siedeln geschlossen in Gebieten in der Nähe von Białystok in Ostpolen. In den größeren Städten ist ihre Assimilierung in der polnischen Mehrheit weit fortgeschritten.

Etwa 20 000 bis 25 000 Litauer wohnen in ihren historischen Siedlungsgebieten vornehmlich in drei Gemeinden Nordostpolens (Puńsk, Sejny, Szypliszki), stellen jedoch nur in einer, Puńsk, mit 70 Prozent die Mehrheit. Kleine Gruppen wohnen in großen Städten ganz Polens. Ebenso wie in den Nachbarschaftsverträgen mit der Ukraine (1992) und mit Belarus (1992) wurden im polnisch-litauischen Freundschaftsvertrag von 1994 die Rechte der nationalen Minderheiten festgeschrieben, zu denen auch das Minderheitenschulwesen gehört.

Kleinere und kleinste nationale bzw. ethnische Minderheitengruppen bilden die Lemken, die sich zum Teil als Ukrainer definieren und seit der „Aktion Weichsel" mehrheitlich im Westen und Norden Polens leben (rund 5000), die Slowaken (rund 10–20 000), die überwiegend ihre historischen ländlichen Siedlungsgebiete in der nördlichen Zips und in der Region Orawa an der polnisch-slowakischen Grenze bewohnen, die Tschechen (bis zu 3000) sowie die Roma (15–20 000). Daneben gibt es muslimische Tataren (rund 5000), Russen (gut 10 000) und Armenier (5–8000). Die rund 200 Karaime in Polen sind Nachkommen einer im 14. Jahrhundert in Litauen angesiedelten jüdischen Glaubensgemeinschaft von der Krim.

Die westlich und südwestlich von Danzig siedelnden Kaschuben identifizieren sich nicht nur über kulturelle Eigenarten, sondern auch über ihre Sprache, die im polnischen Minderheitengesetz von 2005 als „Regionalsprache" anerkannt wurde. Während sich nur gut 5000 Personen zur kaschubischen Nationalität bekannten, gaben über 50 000 an, Kaschubisch zu sprechen. Schätzungen gehen allerdings von rund 300 000 Kaschuben aus, die sich in ihrer Mehrheit offensichtlich zuerst als Polen fühlen und erst in zweiter Linie als Kaschuben. Der in Danzig gebürtige (1957) polnische Ministerpräsident Donald Tusk entstammt einer kaschubischen Familie, die Mutter des 30 Jahre zuvor in Danzig geborenen Günter Grass war kaschubischer Herkunft. Für die Belange der Kaschuben setzt sich seit 1956 der „Kaschubisch-Pommerische Verband" ein, der – ebenso wie das wissenschaftlich arbeitende „Kaschubische Institut" – in Danzig angesiedelt ist.

Die „Ślązacy" bzw. „Ślônzoki" (Oberschlesier) sind weder als nationale noch als ethnische Minderheit anerkannt, und ihr Dialekt genießt auch nicht den Status einer „Regionalsprache", obwohl viele Bewohner Oberschlesiens bereits von einer „schlesischen Sprache" sprechen. Wichtigste politische Akteurin der Oberschlesier ist die 1990 gegründete „Bewegung für eine Autonomie Oberschlesiens", die bei Wahlen antritt. Im Vorfeld der letzten Volkszählung von 2002 versuchte die Bewegung, die Einwohner Oberschlesiens davon zu überzeugen, sich in der Rubrik „Nationalität" als Oberschlesier zu bezeichnen. Immerhin mehr als 170 000 Polen taten dies. Dieses Ergebnis wurde von den Autonomisten als Beweis für die Existenz einer oberschlesischen Nation gewertet. Ähnlich wie die Kaschuben werden die Oberschlesier vor allem von der polnischen Rechten bisweilen der Illoyalität bzw. des Separatismus bezichtigt.

Religionsgemeinschaften

Schon in der Zwischenkriegszeit (1919–1939) hatte die römisch-katholische Kirche aufgrund ihrer Bedeutung für die nationale und kulturelle Identität in der Zeit der Teilungen eine privilegierte Stellung inne. Aber damals waren nur zwei Drittel der Bevölkerung Polens katholisch. Aufgrund der nationalen Zusammensetzung gab es ein Nebeneinander zahlreicher Glaubensgemeinschaften. Heute sind nach Verfassung und Recht alle Kirchen und Religionsgemeinschaften grundsätzlich gleichgestellt.

Römisch-katholische Kirche

Vom Sommer 1980 bis zur Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 fungierte die katholische Kirche als eine von der politischen Macht und von der oppositionellen *Solidarność* angerufene vermittelnde dritte Kraft. Bei den Gesprächen am „Runden Tisch" (Februar bis April 1989) nahmen zwei Bischöfe als Beobachter teil. Ein Gesetz über das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche wurde am 17. Mai 1989 im *Sejm* verabschiedet. Im Juli erfolgte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen (Apostolischen) Stuhl und der Volksrepublik Polen, die seit der Aufkündigung des Konkordats durch die polnische Regierung im September 1945 unterbrochen waren; im August folgte die Ernennung eines Nuntius in Warschau. Damit hatte die katholische Kirche in Polen ein Höchstmaß an Rechtssicherheit und an Wirkungsmöglichkeit erreicht.

Seit der demokratischen Wende 1989 kämpft die katholische Kirche um ihren Platz in der polnischen Demokratie. Sie machte vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ihren Einfluss in der Tagespolitik geltend und lässt bis heute nicht davon ab, in das politische Geschehen einzugreifen. Ein prägnantes Beispiel dafür waren die erbitterten Auseinandersetzungen um die politische Instrumentalisierung eines Gedenkkreuzes vor dem Amtssitz des polnischen Präsidenten nach dem Absturz der Präsidentenmaschine bei Smolensk (10. April 2010) durch den Vorsitzenden der PiS, Jarosław Kaczyński, und seine Anhänger.

Die Auseinandersetzungen drehten sich seit 1990 insbesondere um den schulischen Religionsunterricht, die Abtreibungsgesetzgebung, das 1993 unterzeichnete und erst 1998 ratifizierte Konkordat, das die Rechtsstellung der katholischen Kirche in Polen regelt, um christliche Werte in den Massenmedien und in der Verfassung, aber auch um steuer-

picture-alliance / dpa / Grzegorz Jakubowski

Der Glaube ist allgegenwärtig und spielt auch eine Rolle in der Politik: Anhänger des verunglückten Präsidenten Kaczyński protestieren im Jahr 2010 erbittert gegen die Verlegung eines Gedenkkreuzes vor dem Präsidentenpalast ...

Wojtek Laski / Laski Diffusion / Getty Images

... und Abtreibungsgegner fordern mit Verweis auf kirchliche Autoritäten strengere Gesetze gegen Schwangerschaftsabbrüche.

Politik und Katholizismus

Als Danzig 1980 streikte, rief Kardinal Wyszyński bekanntlich dazu auf, innezuhalten. Die Streikenden hörten jedoch nicht auf ihn. Sie veranstalteten vielmehr tagtäglich Messen auf dem Gelände der Werft, die von Priestern zelebriert wurden. Ein Streikender berichtete später: „An den Messen nahmen wir mit Tränen in den Augen teil, denn uns war klar, dass es so etwas in unserem Land bisher noch nicht gegeben hat: Während eines Streiks findet eine heilige Messe statt, aber es zeigte sich, dass es möglich ist, was uns viel gab, um trotz vieler Gerüchte, die wir vernahmen, auszuharren."

Am Eingangstor zur Werft hingen mit Blumen geschmückte Bilder der Mutter Gottes und des Papstes. Man konnte sich an einen Altar zu den Fronleichnamsfeierlichkeiten erinnert fühlen. Über dem Verhandlungstisch in der Werft hing ein großes Kreuz. Lech Wałęsa, der davor saß, hatte sich ein kleines Bild der Mutter Gottes an sein Revers geheftet. Das Abkommen mit der Regierungsdelegation, das zur Gründung von Solidarność führte, unterzeichnete er mit einem großen Stift, auf dem das Bildnis von Johannes Paul II. zu sehen war.

Im Ausland stieß das religiöse Moment der Streikbewegung im Allgemeinen auf Unverständnis, denn man sah darin lediglich Rückwärtsgewandtheit. In Wirklichkeit stellte es die einzige Möglichkeit dar, sich auf der symbolischen Ebene vom herrschenden Regime zu distanzieren und Eigenständigkeit zu demonstrieren. Mit dem Kreuz, der Mutter Gottes und dem Papst wurde eindeutig darauf hingewiesen, dass es Dinge gibt, die dem Machtbereich der Kommunistischen Partei entzogen waren.

Welche Macht die Kirche in Volkspolen auszuüben begann, hatte man bereits im Frühjahr 1978 erkennen können. Am 29. April 1978 hatte der gerade erst in Danzig gegründete Freie Gewerkschaftsbund (WZZ) [...] eine Deklaration veröffentlicht, in der es unter anderem hieß, dass es seit dreißig Jahren keine Gewerkschaften gäbe, die die Interessen der Arbeitnehmer verträten. Es sei notwendig, wieder zu einer demokratischen Ordnung zurückzukehren.

Die polnische Stasi schlug sehr schnell zu. Am 28. Mai verhaftete sie mehrere Mitglieder dieser Vereinigung, unter ihnen auch Błażej Wyszkowski, der kurz darauf in Hungerstreik trat. Viele Menschen standen auf seiner Seite, Tausende von illegal gedruckten Flugblättern wurden vor den Kirchen und Toren der Großbetriebe verteilt. Und vom 3. Juni an wurde jeden Tag in der Danziger Marienkirche laut für die Freilassung von Wyszkowski gebetet. Damit war eine neue Form des Protests der Arbeitnehmer gegen die Willkür der staatlichen Organe gefunden: das gemeinschaftliche laute Gebet. Diese Protestform sollte später immer wieder angewandt werden. [...]

Angesichts all dessen sollte man sich über die enge Verbindung von Katholizismus und politischem Leben in Polen nicht wundern, die bis in die Gegenwart anhält.

Karol Sauerland, „Die Verhaftung der Schwarzen Madonna", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. August 2010

liche Privilegien und die Rückerstattung von nach 1945 verstaatlichtem kirchlichem Eigentum. In allen diesen Kontroversen ging es um die Durchsetzung christlicher Werte in der staatlichen Gesetzgebung und gegen das liberale Paradigma der „Trennung von Staat und Kirche". Dabei spricht sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung jedoch gegen die Einflussnahme der katholischen Kirche in Politik und öffentlichem Leben aus und richtet sich oftmals nicht nach kirchlichen Empfehlungen.

Ein Grundproblem im Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Polen liegt nach den Erfahrungen mit der kommunistischen Herrschaft darin, gegenseitig zu akzeptieren und zu verinnerlichen, dass die demokratische und pluralistische Ordnung und die Kirche keine Gegnerinnen sind. Die katholische Kirche hatte zu lernen, dass sie den Staat nicht als einen Verfügungsbereich beanspruchen durfte, sondern als einen Rahmen, in dem sie sich frei bewegt und um die Einhaltung bestimmter Werte wirbt. Die Säkularisierungsdebatte tritt verschärft auf, weil die Trennung von Kirche und Staat – Prozesse, die in den west- und südeuropäischen Staaten über viele Jahrzehnte in demokratischen Systemen verliefen – die stark traditionalistisch orientierte katholische Kirche in Polen nach der raschen Demokratisierung schockartig vor eine für sie völlig neue Situation der Pluralisierung des gesellschaftlichen Lebens stellte. Dagegen hatte sie im Sozialismus – wie paradox das auch klingen mag – auf die vom westlichen Werterelativismus noch wenig „infizierten" Gläubigen einen großen Einfluss ausüben können.

Inzwischen lässt auch in Polen die kirchliche Bindung der Katholiken nach, insbesondere in den großen Städten, in der jungen Generation und bei höheren Bildungsschichten. Freilich vollzieht sich der Säkularisierungsprozess in Polen bisher langsamer, als es von den einen sehnsüchtig erwartet und den anderen befürchtet worden war. Aber gerade diejenigen, die ein Sinken von Einfluss und Ansehen der Kirche besonders befürchteten, die Bischöfe und der Klerus, haben durch eine Negativauswahl ihres Personals, vor allem auch in Bischofsämtern, durch zunehmende innere Zerrissenheit und wachsende Auseinandersetzungen um den Kurs der Kirche dazu beigetragen, dass sich nunmehr immer mehr Menschen von ihr enttäuscht und befremdet abwenden.

Die römisch-katholische Kirche ist in 14 Erzdiözesen und 27 Diözesen untergliedert. Die Polnische Bischofskonferenz umfasst 132 Bischöfe (2007). 29 854 Geistliche (2008) betreuen 33,69 Millionen (2008) getaufte Gläubige, also rund 90 Prozent der Bevölkerung, in 10 108 Pfarreien (2008).

Andere christliche Gemeinschaften

Ein großer Teil der Ukrainer griechisch-katholischen Bekenntnisses wurde nach der Vertreibung aus ihren ursprünglichen Wohngebieten im Südosten Polens vor allem in den ehemaligen deutschen Ostgebieten angesiedelt. Die Lage der Unierten wurde noch dadurch erschwert, dass die römisch-katholische Kirche sie zwar nicht offiziell, aber faktisch katholisieren und polonisieren wollte. Erst 1991 wurde Iwan Martyniak als erster Diözesanbischof für die griechisch-katholische Kirche berufen. Die Zahl der unierten Gläubigen wird mit 55 000 (2008) angegeben, die von 74 Geistlichen in 134 Pfarreien und kirchlichen Gebäuden betreut werden. Im Zuge der Neustrukturierung der römisch-katholischen Kirche Anfang 1992 wurde das

Die Jungen wenden sich von der Kirche ab

Verwestlichung und Säkularisierung der Gesellschaft sind nicht aufzuhalten. Die Kirche gehört also zu den großen Verlierern der Wende, die an der Weichsel vor zwanzig Jahren einsetzte. Nach dem Untergang des Parteiregimes hatten sich die Bischöfe zunächst auf der Siegerseite gesehen. Sie hatten gehofft, auf die Politik unmittelbar Einfluss nehmen zu können und klare Forderungen gestellt. Sie hatten geglaubt, sich dabei auf das Volk stützen zu können. Denn mehr als 80 Prozent der Polen hatten in den Jahren vor der Wende an der Sonntagsmesse teilgenommen.

Zwei Jahrzehnte später aber müssen die Bischöfe nun zur Kenntnis nehmen, dass sich im Landesdurchschnitt die Zahl der Gottesdienstbesucher halbiert hat. [...]

Bei der jungen Generation zwischen 20 und 32 Jahren sind diese Zahlen noch niedriger. Nur noch jeder Dritte geht jeden Sonntag zur Kirche, in den großen Zentren wie Warschau, Krakau, Breslau oder Danzig ist es gar nur jeder Fünfte.

Eine Umfrage für die Warschauer Zeitung Metro zeigt, wonach die jungen Städter streben: die Hälfte hofft auf ein erfülltes Liebesleben, ein Drittel möchte in Wohlstand leben, aber nur drei Prozent setzen ein Leben streng nach den Regeln der katholischen Kirche ganz oben auf ihre Prioritätenliste. [...]

Der Soziologe Tomasz Karon, Autor einer Studie über die Religiosität der Polen, erklärte, es fehle heute der Kirche an einer unbestritten Autorität, so wie sie Johannes Paul II. ausgestrahlt habe. [...]

So gehen von den Bischöfen nur wenige Impulse aus, Brücken zwischen dem katholischen Reformlager um die Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny" und den Nationalkatholiken um „Radio Maryja" zu bauen.

Soziologen weisen darauf hin, dass die Kirche heute nicht mehr, wie in den Zeiten der Fremdherrschaft und Besatzung, in ihrer traditionellen Rolle als Garant des Polentums wahrgenommen wird. Denn seit der demokratischen Wende von 1989 [...] ist die Zahl derjenigen drastisch zurückgegangen, die den Bestand der Nation bedroht sehen.

Die Folge dieser veränderten Einstellung schlagen sich laut den Untersuchungen besonders deutlich in der heutigen Schülergeneration nieder.

[...] Der Krakauer Soziologe Zbigniew Nęcki vertritt die Ansicht, dass die junge Generation keineswegs antireligiös sei. „Doch glauben immer mehr junge Leute, sie könnten Gott nicht in der Kirche finden", sagt Nęcki.

[...] Der Kirche wird generell vorgeworfen, sich immer mehr von der Lebenswirklichkeit zu entfernen, den Suchenden zu wenig Antworten zu geben und stattdessen das Leben der Gläubigen mit zu vielen Verboten und Geboten regeln zu wollen.

Thomas Urban, „Der Glaube schwindet", in: Süddeutsche Zeitung vom 14. April 2009

picture-alliance / dpa / Artur Reszko

Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomäus I., mit Pilgern am Wallfahrtsort Grabarka. Die autokephale orthodoxe Kirche ist die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft in Polen.

unierte Bistum Przemyśl dem römisch-katholischen Primas in Warschau unterstellt, was wiederum zahlreiche Proteste der Unierten hervorrief. Schließlich wurden vom Heiligen Stuhl dem Wunsch der Unierten entsprechend zwei eigene griechisch-katholische Diözesen eingerichtet, die Diözese Przemyśl-Warschau und die Diözese Breslau-Danzig.

Die autokephale orthodoxe Kirche ist nach der römisch-katholischen Kirche die zweitstärkste Glaubensgemeinschaft (504 150) in Polen, obwohl sich durch die Westverschiebung des Staates die Bevölkerung weißrussischer und ukrainischer Nationalität und damit die Anhängerschaft dieser Konfession stark verringerte. Der Sitz des Metropoliten der orthodoxen Kirche ist Warschau. Erst mit dem Gesetz vom 4. Juli 1991 über die Beziehungen des Staates zur orthodoxen Kirche erhielt diese den Status einer rechtlichen Person, vergleichbar mit der römisch-katholischen Kirche. Die polnische Kirchenprovinz ist in sechs Eparchien (Diözesen) eingeteilt. Die Gläubigen werden von 404 (2008) Geistlichen in 232 Pfarreien seelsorgerisch betreut.

Die Gedanken der Reformation erreichten Polen sehr früh. Das erste evangelische Bistum wurde 1565 in Großpolen gegründet. Im 16. Jahrhundert trat die schlesische Bevölkerung in der Region von Teschen (Cieszyn) zum Protestantismus über. Bis heute leben in diesem Gebiet die meisten polnischen Protestanten. In den letzten zwei Jahrhunderten erschwerte die ungerechtfertigte Gleichsetzung des Protestantismus mit der deutschen Nationalität das Leben der Evangelischen in Polen. Das Verhältnis zwischen dem Staat und der evangelisch-augsburgischen Kirche regelt ein am 13. Mai 1994 verabschiedetes Gesetz. Diese Kirche zählt 75 000 Mitglieder (2008) und gliedert sich in sechs Diözesen. Den 134 (2008) Gemeinden dienen 186 Geistliche als Seelsorger.

Die relativ geringe Bereitschaft der katholischen Kirche zu einem wirklich intensiven Dialog und zur Anerkennung der Rolle der nicht-römisch-katholischen christlichen Konfessionen in Polen, die sich im Polnischen Ökumenischen Rat (außer den genannten noch die polnisch-katholische Kirche 2008 mit 18 804 Gläubigen, die altkatholische Kirche der Mariaviten mit 23 662, die evangelisch-reformierte Kirche/Calvinisten mit 3506, die evangelisch-methodistische Kirche mit 4481, Christen-Baptisten mit 4818 Gläubigen) zusammengetan haben, ist durch das erdrückende Übergewicht der Katholiken in der Gesellschaft bedingt.

Juden

Nach der Wiedergeburt des polnischen Staates 1918 konnten sich die polnischen Staatsbürger jüdischen Glaubens politisch relativ frei entfalten. Sie hatten eigene politische Parteien, und Abgeordnete dieser Parteien (sozialistische, nationale, zionistische) waren in fast allen Parlamentsperioden im *Sejm* vertreten. In der Wirtschaftskrise seit Ende der 1920er Jahre verschärfte sich der Antisemitismus. In den 1930er Jahren wurde in Parteien und in der römisch-katholischen Kirche über die „jüdische Frage", über die „Schuld der Juden" an der Krise geraunt. In der Mitte des Jahrzehnts kam es zu mehr als 100 lokalen antijüdischen Tumulten, in denen bis zu 20 Menschen (darunter sechs Polen) starben und bis zu 2000 verletzt wurden. Besonders in der rechten und rechtsextremen Presse häuften sich Vorschläge, wie man Juden zur Emigration drängen könne. Für jüdische Studenten wurde ein Numerus clausus eingeführt, der dazu führte, dass der Anteil der Juden an den Studierenden von über 20 Prozent Mitte der 1920er Jahre auf zehn Prozent unmittelbar vor dem Kriegsausbruch fiel. 1937 wurden jüdische Studenten auf separate Sitzbänke („Ghetto-Bänke") gezwungen.

Die Tragödie der Juden in Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus spielte sich vorwiegend auf polnischem Boden ab, wo die Nazis seit 1941 ihre Vernichtungsmaschinerie aufgebaut hatten. Von den insgesamt 3,3 Millionen Juden, die 1939 auf polnischem Boden lebten, überlebten nur zehn Prozent den Holocaust.

„Nachbarn" (Sąsiedzi), die Buchveröffentlichung des polnisch-jüdisch-amerikanischen Historikers Jan Tomasz Gross, stellt die Instrumentalisierung antijüdischer Einstellungen vieler Polen durch die deutsche Besatzungsherrschaft am Beispiel von Jedwabne dar. In der nordöstlich von Warschau gelegenen Ortschaft ermordeten Polen ihre jüdischen Nachbarn am 10. Juli 1941 unter den Augen der deutschen Uniformierten. Die Veröffentlichung führte 2001 zu einem lebhaften und wichtigen „Historikerstreit" sowie öffentlichen Diskussionen in Polen, die mit entsprechenden deutschen historischen Debatten der letzten Jahrzehnte verglichen wurden und von denen viele Teilnehmer sich eine selbstkritische Reflexion des Selbstbildes der polnischen Gesellschaft erhofften. Die Thematisierung der Beteiligung nicht-jüdischer Polen an der Judenverfolgung stößt in Polen immer wieder auf Ablehnung – wegen der Befürchtung, dass dadurch die polnische Opfergeschichte in den Hintergrund gedrängt würde. Jedoch ändern auch die Enthüllungen um das Massaker von Jedwabne nichts an der ungeteilten Verantwortung der deutschen Besatzer für

Alexis Duclos / Gamma-Rapho via Getty Images

Nach der fast vollständigen Vernichtung durch die Nationalsozialisten kehrt die jüdische Kultur langsam zurück. Jüdischer Gottesdienst in der Warschauer Synagoge

den industriellen Massenmord, der auf polnischem Boden begangen wurde.

Derzeit bestehen 15 jüdische Gemeinden, die zur „Kongregation mosaischen Glaubens" zusammengeschlossen sind und 1220 Mitglieder haben. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begannen eine Wiederentdeckung des jüdischen Erbes in Polen und eine verstärkte Pflege der jüdischen Kultur (Synagogen, Friedhöfe). Im akademischen Milieu führte in der jüngsten Zeit die Rückbesinnung von Polen der jüngeren Generation auf ihre jüdische Herkunft zu einer zarten Wiederbelebung jüdischer Traditionen, ohne dass die jüdischen Gemeinden dadurch sichtbar gestärkt wurden.

Geschichtsmythen, Antisemitismus und späte Aufarbeitung

Schon zweimal entlarvte (der Historiker Jan T., Anm. d. R.) Gross in den letzten Jahren einige Geschichtsmythen Polens als Legenden, die mit der Realität nicht allzu viel zu tun haben.

Sein schmales Buch „Die Nachbarn" löste 2001 die größte historische Debatte aus, die Polen jemals geführt haben. In der nordostpolnischen Kleinstadt Jedwabne hatten 1941, direkt nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer, katholische Polen ihre jüdischen Nachbarn ermordet. „Entweder ihr macht das oder wir", hatte zuvor ein Deutscher in SS-Uniform erklärt. In ein paar Tagen sei man wieder da. Tatsächlich trieben die polnischen Einwohner die jüdischen Nachbarn in eine Holzscheune, verbrannten sie und teilten das Eigentum der Opfer unter sich auf. Die offizielle Version, die auch auf einem Gedenkstein verewigt war, sprach davon, dass 1600 Juden einem Nazimassaker zum Opfer gefallen wären. Erst Jahrzehnte später kam durch Jan T. Gross die Wahrheit ans Licht. Insgesamt gab es in der Gegend etwa dreißig Pogrome.

2006 löste das Buch „Die Angst" von Gross erneut eine heftige Debatte aus. Denn auch bei dem Pogrom von Kielce direkt nach dem Krieg ging es letztendlich um das Eigentum der Juden. Als die Überlebenden des Holocaust in ihre Heimatstadt zurückkehrten, fanden sie ihre Wohnungen besetzt vor. Sie wurden in das Haus an der Plantystraße 7 einquartiert. Als dann ein kleiner Junge zu Hause erzählte, dass ihn Juden im Keller dieses Hauses festgehalten hätten, um Matzenbrot aus ihm zu backen, stürmten die Kielcer los und ermordeten 42 ihrer früheren jüdischen Nachbarn.

Dabei sieht Gross die Polen durchaus in erster Linie als Opfer der deutschen und sowjetischen Besetzung. Er erkennt auch die Rettung vieler Juden durch katholische Polen an. [...] Gross lässt keinen Zweifel daran, dass die Haupttäter die Nazideutschen waren und es ohne sie die Schoah nicht gegeben hätte. Dennoch dürfe man nicht die Augen davor verschließen, dass es Mittäter und Nutznießer des Massenmords an den Juden gegeben habe.

[...] Nach der Liquidierung der Lager und dem Abzug der Deutschen hätten sich viele regelrechte Claims abgesteckt und in Asche, Schlamm und Leichenresten nach Ringen, Goldklümpchen und anderen wertvollen Dingen gesucht. Das Wort „Grabschändung" schien kaum jemandem in den Sinn gekommen zu sein. [...]

Kurz vor dem Überfall Polens durch die Deutschen hatte selbst die katholische Kirche Polens den Boykott jüdischer Läden befürwortet. „Die Juden" wurden im Vorkriegspolen als unliebsame Konkurrenz wahrgenommen. Aus den Berufsvereinigungen und Handwerkskammern wurden Juden ausgeschlossen. Als die deutschen Besatzer 1940 die Arisierung des jüdischen Eigentums anordneten, stiegen Polen zunächst zu Verwaltern der jüdischen Wohnungen, Häuser, Läden, Werkstätten, Restaurants, Hotels und Fabriken auf, schließlich zu deren neuen Besitzern. Es gab viel zu verteilen: das Eigentum von 3,5 Millionen polnischen Juden. [...]

Viele Polen wollen diese Tatsachen, die durch Zeugenaussagen und Dokumente vielfach belegt sind, nicht wahrhaben.

Gabriele Lesser, „Goldrausch in Treblinka", in: taz vom 17. Januar 2011

Gewerkschaften und andere Interessengruppen

Dieter Bingen / Clemens Rode

Die Anerkennung der 1980 gegründeten „Unabhängigen, Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität" (NSZZ *Solidarność*) führte zur Auflösung des parteiabhängigen Zentralrats der Gewerkschaften (CRZZ), die in sozialistischer Zeit als Befehlsempfängerinnen der regierenden Partei fungierten. Da die Partei ihrem Selbstverständnis nach die Arbeiterklasse vertrat, waren Streiks seit Ende der 1940er Jahre unnötig und praktisch verboten. Während des Kriegsrechts wurde die *Solidarność* zuerst suspendiert und im Oktober 1982 verboten; der kontrollierte Neuaufbau staatsabhängiger Gewerkschaften wurde eingeleitet. Von den Betrieben aus wurden Branchengewerkschaften geschaffen, zu deren Koordinierung 1984 ein gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband (OPZZ) als Dachorganisation der weitgehend autonomen Branchen- und Betriebsgewerkschaften eingerichtet wurde.

Der OPZZ blieb nach der Wende von 1989 der stärkste Gewerkschaftsbund, verzeichnete aber ebenso wie alle anderen Gewerkschaften einen dramatischen Rückgang der Mitgliederzahlen. Waren Mitte der 1990er Jahre noch rund 4,5 Millionen Menschen im OPZZ organisiert gewesen, so waren es im Jahr 2007 nur noch 750 000. Die NSZZ *Solidarność* hatte im Herbst 1981 zehn Millionen Mitglieder. Sie konnte nach ihrer erneuten Legalisierung im April 1989 nicht ihre ursprüngliche Bedeutung und Mitgliederzahl wiedergewinnen. Im August 2010 hatte sie noch rund 680 000 Mitglieder. Dabei gibt es drastische Unterschiede zwischen den öffentlichen Unternehmen und Diensten, wo immerhin 28 Prozent der Beschäftigten organisiert sind, und dem Privatsektor, in dem es nur noch drei Prozent sind. Von 1981 bis 2008 ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad also von etwa 80 auf 13 Prozent gefallen. Dieser geradezu dramatische Rückgang hat dazu geführt, dass Polen eines der Länder in der EU mit dem geringsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad ist.

Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass die traditionellen Branchen und Bereiche stark geschrumpft sind. Die jungen, häufig akademisch gebildeten Belegschaften in technologieorientierten Unternehmen, etwa im IT-Bereich, sind eher gewerkschaftsfern. Und wegen des relativ hohen Grundsockels der Arbeitslosigkeit haben viele Arbeitnehmer Angst, den Weg in eine gewerkschaftliche Organisation zu wagen und damit womöglich den Arbeitgeber zu verärgern. Darüber hinaus waren die Gewerkschaften über die ganze Transformationsperiode hinweg hoch politisiert. Die mit der Reformpolitik der 1990er Jahre verbundene Verarmung bestimmter Bevölkerungsgruppen, Entlassungen und steigende Arbeitslosigkeit wurden daher nicht nur den Regierungen der letzten 20 Jahre, sondern auch den sie jeweils unterstützenden Gewerkschaften (*Solidarność* unter den „rechten" Regierungen 1989–93, 1997–2001 und seit 2005, und OPZZ unter den „linken" Regierungen 1993–97, 2001–2005) zugeschrieben. Dazu kommt, dass alle Gewerkschaften trotz der neuen Funktionen und Aufgaben seit 1989 ihre alten Strukturen beibehalten haben. Die Dachverbände und Branchenorganisationen leiden trotz zahlreicher Reformversuche unter diesen Strukturen, mit denen es nicht möglich ist, den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Obwohl beispielsweise die Branchengewerkschaften für politische Reformen werben, sind sie bezüglich ihrer eigenen Organisationsstrukturen und Finanzen konservativ und reformresistent. Sie passen vielfach eher zu der alten Staatswirtschaft als zu der heutigen globalisierten Marktwirtschaft.

Die NSZZ *Solidarność* besteht heute aus 38 Regionalverbänden und 16 Branchengewerkschaften. Der OPZZ umfasst etwa 90 Fachgewerkschaften in neun Branchengruppen sowie 16 regionalen Woiwodschaftsräten. Mit den Organisationen der Zivilgesellschaft haben die Gewerkschaften bisher nur in begrenztem Maße zusammengearbeitet. Die strukturkonservativen Gewerkschaften sind generell vorsichtig bis misstrauisch gegenüber Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen. Zudem sind auch polnische Gewerkschaften häufig unfähig, auf neue Herausforderungen rechtzeitig zu reagieren. Andere Nichtregierungsorganisationen kommen ihnen oft zuvor. Manche Entwicklungen und Probleme des heutigen Arbeitsmarkts, wie Genderfragen, Mobbing, Schutz der Interessen der durch die Personalpolitik der großen Handelsketten geschädigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Zeitarbeit oder Leiharbeit, sind zunächst dank der Zivilgesellschaft, der Medien sowie ad hoc entstandener gesellschaftspolitischer Vereinigungen zu Themen der öffentlichen Debatte geworden – oftmals bei anfänglicher Zurückhaltung seitens der strukturkonservativen Gewerkschaften und ihrer Funktionäre.

Auch die noch ungelösten Probleme der Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt, in Politik und Gesellschaft werden weniger von Gewerkschaften als von Betroffenen-Gruppen und

picture-alliance / dpa / Pawel Supernak

Gesellschaftliche Interessengruppen, etwa Frauenorganisationen, melden sich zu Wort: Solidaritätsveranstaltung für Frauen mit Brustkrebs in Warschau, Oktober 2010

unter Druck von der Politik selbst aufgegriffen. Der Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes für Frauen und Männer wurde insgesamt sieben Mal geändert und es ist bis heute noch nicht verabschiedet worden, trotz entsprechender EU-Verpflichtungen Polens. Die Gleichstellungsbeauftragte der Regierung Tusk machte im September 2010 durch ihre Verteidigung der Diskriminierung Homosexueller auf sich aufmerksam.

Obwohl in den letzten Jahren zahlreiche gesellschaftliche Organisationen in Polen entstanden sind und ihre Zahl ständig zunimmt, ist doch nicht zu übersehen, dass es noch an Verständnis für die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen mangelt. Sie werden eher als Klienten und Konsumenten gesellschaftlicher Fonds oder als Lobbies betrachtet, die sich um finanzielle Unterstützung bemühen. Das Verständnis dafür, dass gesellschaftliche Organisationen und Interessengruppen das Gewebe der Bürgergesellschaft bilden, ist auch 20 Jahre nach dem Systemwechsel noch wenig entwickelt. Die politische und gesellschaftliche Basisbewegung *Solidarność*, der in den 1980er Jahren hoffnungsvoll vorausgesagt wurde, Nukleus zivilgesellschaftlicher Entwicklung zu werden, hat im demokratischen Alltag nach 1990 keine Früchte in Gestalt der Wiedergeburt bürgerschaftlichen Engagements für das *bonum commune* getragen.

Das mentale Erbe des Sozialismus wirkt bis heute nach. Der polnische Soziologe Ireneusz Krzemiński verweist auf Untersuchungen, die besagen, dass es den Menschen an Vorbildern für das Handeln, an Wissen über die Möglichkeiten, sich zu organisieren, und an staatsbürgerlichem Verhalten fehle. Er beobachtet zwei andere Phänomene: Erstens verließen in den Jahren des Kriegszustandes und später in den 1980er Jahren zahlreiche Bürger Polen – ein Teil davon gezwungenermaßen –, und das waren die aktivsten Teile der Gesellschaft, nämlich die ehemaligen Gewerkschaftsaktivisten. Außerdem emigrierten viele dynamische, aktive und unternehmerische junge Menschen. Zweitens hatten die mentalen Veränderungen eine signifikante Bedeutung: Die in der Zeit des politischen Umbruchs ungewöhnlich positive, auf die Antike zurückgehende Definition von Politik (in der es um das öffentliche Wohl geht) wurde im Laufe der Transformation durch ein Denken über Politik als ein Intrigenspiel ersetzt, bei dem Finesse und Zynismus siegen. Dabei denken viele Polen an ihre Erfahrungen mit den Politikern und politischen Parteien in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten, die so gar nicht zu dem Ideal der Demokratie passen wollen. Die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln und den Sinn für zivilgesellschaftliche Aktivitäten haben diese Entwicklungen ganz wesentlich geschwächt.

Medienlandschaft und Medienpolitik

Dieter Bingen / Andrzej Stach

Im März 1990 wurde das staatliche Pressemonopol aufgegeben und die mit der früheren Staatspartei PZPR verknüpfte Verlagsgenossenschaft „Ruch" aufgelöst. Bereits in den ersten vier Monaten nach der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien mussten über 90 Zeitschriften eingestellt werden. 71 Publikationen wurden Redaktionsgenossenschaften überlassen, weitere 78 – darunter fast alle politisch wichtigen Blätter – wurden im Wege der Ausschreibung verkauft, acht Publikationen gingen in staatlichen Besitz über.

Heute spiegelt die polnische Presselandschaft alle Bereiche des freien Pressemarktes wider. Dies betrifft sowohl die politische und thematische Vielfalt als auch die Zeitungsformate und die Ausrichtung auf diverse Konsumentengruppen. Zu den wichtigsten Tageszeitungen in Polen gehört bereits seit ihrer Gründung die *Gazeta Wyborcza* („Wahlzeitung", Auflage über 500 000), die vom Konzern Agora verlegt wird und links-liberal orientiert ist. Rechte und konservative Positionen übernahm die *Rzeczpospolita* („Republik", Auflage über 200 000). Das Auftauchen der vom Konzern Axel Springer Polska herausgegebenen konservativen Tageszeitung *Dziennik* („Tageszeitung", Auflage um 250 000), deren deutsches Vorbild „Die Welt" war, erweiterte das Spektrum an Tageszeitungen, die ausschließlich mit ausländischem Kapital finanziert werden.

Ähnliche Entwicklungen gab es auf dem Markt der Boulevard-, Wochen- und Monatszeitungen sowie der lokalen bzw. regionalen Presse (Gruner + Jahr, Bauer, Burda, Passauer Neue Presse, norwegischer Orkla-Konzern). Unter den Wochenzeitungen konnte die bereits vor 1989 erscheinende links-liberale *Polityka* („Politik", Auflage über 200 000) ihre führende Rolle weitgehend behaupten. Im rechten Spektrum tut das vor allem die konservative Wochenzeitung *Wprost* („Direkt", Auflage über 200 000). Als das liberale Wochenblatt der Mitte gilt die polnische Ausgabe von *Newsweek* (Axel Springer Polska, Auflage über 200 000). Hohes Ansehen genießt weiterhin das bereits 1945 gegründete katholisch-liberale Blatt *Tygodnik Powszechny* („Allgemeine Wochenzeitung", Auflage um 50 000), das allerdings in den vergangenen Jahren einen starken Einbruch bei der verkauften Auflage zu verzeichnen hatte. Außerdem erscheinen zahlreiche Wochenblätter populären Charakters.

Nach der Aufhebung des staatlichen Rundfunk- und Fernsehmonopols im Oktober 1992 erfuhr die polnische Medienlandschaft eine weitere Umwandlung. Aus dem ehemaligen Staatsfernsehen wurde im Februar 1993 das nach Art einer Aktiengesellschaft als „Einpersonengesellschaft" des Fiskus organisierte öffentliche Polnische Fernsehen (*Telewizja Polska*, TVP). Die bedeutendste Maßnahme zur Beseitigung des staatlichen Monopols im Bereich der audiovisuellen Medien war die Zulassung von Privatsendern. Die Erlaubnis zur Ausstrahlung eines überregionalen Fernsehprogramms erhielten in den 1990er Jahren u.a. folgende Sender bzw. Sendergruppen: *Polsat*, TVN, *Canal Plus Polska*. Lizenzen auf regionaler Ebene erhielten u.a. *Telewizja Dolnośląska* (TeDe – Niederschlesisches Fernsehen), *Telewizja Zielonogórska* TV51 (in Zielona Góra – Grünberg) sowie *TV Niepokalanów*, ein katholischer Sender, der 2001 in *TV Puls* umgewandelt wurde.

Einige hundert Programme, darunter polnischsprachige Versionen von *Discovery* oder *Planete*, werden in Polen per Satellitenschüssel empfangen, wie z. B. *TV Polonia*, *TV Kultura* und *Polonia 1*. Außerdem verbreiten hunderte private Kabelbetreiber Fernsehprogramme von polnischen und ausländischen Anbietern. Die größten privaten Fernsehanstalten sind polnische Mediengruppen wie TVN und *Polsat*. Zu TVN gehören einige in Polen sehr populäre Programme, darunter der Nachrichtensender

TVN24 und das Spielfilmprogramm TVN *Siedem* (TVN Sieben). Für die Übersetzung der in Polen ausgestrahlten ausländischen Spielfilme gibt es drei Varianten: die Synchronisation, die Synchronverdolmetschung (eine Stimme wird über den Originalton gelegt, der im Hintergrund noch hörbar ist) und die Originalversion mit polnischen Untertiteln.

Ähnlich wie beim Privatfernsehen gestaltete sich auch die Zulassungspraxis im Hörfunkbereich, in dem sich Anfang der 1990er Jahre unzählige Piratensender tummelten, darunter 46 kirchliche, wie z.B. der klerikal-nationalistische Sender *Radio Maryja*, dessen Eigentümer, dem Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk, auch der Fernsehsender *Telewizja Trwam* (TV „Ich halte durch") und die rechte Tageszeitung *Nasz Dziennik* („Unsere Tageszeitung") gehören. Die tagespolitischen Einlassungen und Kommentierungen des Senders verursachen mit ihren religiös-nationalistischen, antipluralistischen, xenophoben und antisemitischen Tendenzen seit Jahren immer wieder Proteste und sind in Polen stark umstritten, ohne dass die Amtskirche gegen die Hetze vorginge – offenbar, weil ein bedeutender Teil der polnischen Bischöfe Sympathien für den Sender hegt.

Allein zwischen Juni und September 1993 erteilte der Nationale Rundfunk- und Fernsehrat 154 Sendelizenzen, darunter Lizenzen für einige Dutzend ehemalige Piratensender. Durch Beteiligungen, Fusionen oder Neugründungen entstanden außerdem einige Radiogruppen, etwa die 1996 geschaffene *Grupa AGORA* (vom Agora-Konzern), die heute 28 lokale Radiostationen in den größten polnischen Städten sowie die überregionale Radiostation *TOK FM* besitzt, die sich mit Informationen und Publizistik an höher gebildete Zuhörer wendet.

Eines der wichtigsten Segmente der Medienlandschaft in Polen sind die elektronischen Medien mit ihren Internetportalen, die entweder eigenständigen Internetfirmen gehören, sich hauptsächlich aus Werbeeinnahmen und ihren Serviceangeboten finanzieren oder aber Teil des Angebots der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten bzw. der privaten Sender, Verlage und Zeitungen sind. Dort haben viele namhafte Publizisten und Politiker ihre Seiten, Blogs oder gar Fernsehsendungen, und dort finden die schärfsten politischen Auseinandersetzungen und Diskussionen statt, die von einem Millionenpublikum verfolgt und aktiv mitgestaltet werden. Da das Internet in Polen so weit verbreitet ist wie in Westeuropa (bereits 2006 lag Polen mit 13,1 Millionen Nutzern auf dem neunten Platz in Europa), hat sich auch eine sehr aktive unabhängige Blogger-Szene etabliert.

Das Ende des kommunistischen Systems in Polen bedeutete keinesfalls das Ende der Begehrlichkeit, insbesondere auf das öffentliche Fernsehen politischen Einfluss zu nehmen. Dies zeigte sich immer wieder bei der Besetzung des Landesrundfunk- und Fernsehrates *(Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji, KRRiT)* mit eigenen Leuten. Dem neunköpfigen KRRiT obliegt die Aufsicht über Radio und Fernsehen und die Vergabe von Sendelizenzen an private und kirchliche Betreiber. Seine Mitglieder werden von den politischen Parteien in *Sejm* und Senat und vom Präsidenten auf sechs Jahre entsendet. Die Versuchung, die Unabhängigkeit und Kontrollfunktion der Medien einzuschränken, ist über die 20 Jahre der Demokratie hinweg bei Parteien aller politischen Farben ungebrochen. Dies hat gerade in den letzten Jahren zu einem starken Ansehensverlust des Ersten Programms des Senders TVP geführt, das seit der Besetzung mit von PiS entsandten Räten als eine Art Parteiorgan wahrgenommen wurde. Diese Einschätzung bestätigte sich noch in der Berichterstattung nach dem Flugzeugunglück bei Smolensk im April 2010 und im Präsidentschaftswahlkampf im Mai/Juni 2010, da die zwischen 2005 und 2007 eingesetzten Räte weiterhin ihre Funktionen ausübten.

Während beim Fernsehen vor allem das Problem direkter politischer Einflussnahme besteht, wird im Hinblick auf die Presselandschaft über die Gefahren wirtschaftlicher Macht und Konzentration diskutiert. Im Zeitungswesen galt dem hohen Anteil ausländischen Kapitals über Jahre hinweg ein besonderes Augenmerk, ohne dass sich die polnische Öffentlichkeit – ungeachtet von Instrumentalisierungsversuchen und Warnungen vor allem aus dem rechten politischen Spektrum – durch die starke deutsche Beteiligung auf Dauer beunruhigt zeigte. Die deutschen (Mit-)Eigentümer haben sich, was die innere Gestaltung der Printmedien betraf, meistens äußerste Zurückhaltung auferlegt.

Unabhängig von politischen Abhängigkeiten sind nach 20 Jahren Medientransformation die Fragen journalistischer Professionalität und Ethik angesichts finanzieller Verlockungen, zunehmender Konkurrenz und politischer Liebedienerei aktuell.

Die polnische Presselandschaft ist vielfältig und meinungsstark. Zahlreiche Blätter gehören ausländischen, vor allem deutschen Medienkonzernen.

ullstein bild – Joker/Eckenroth

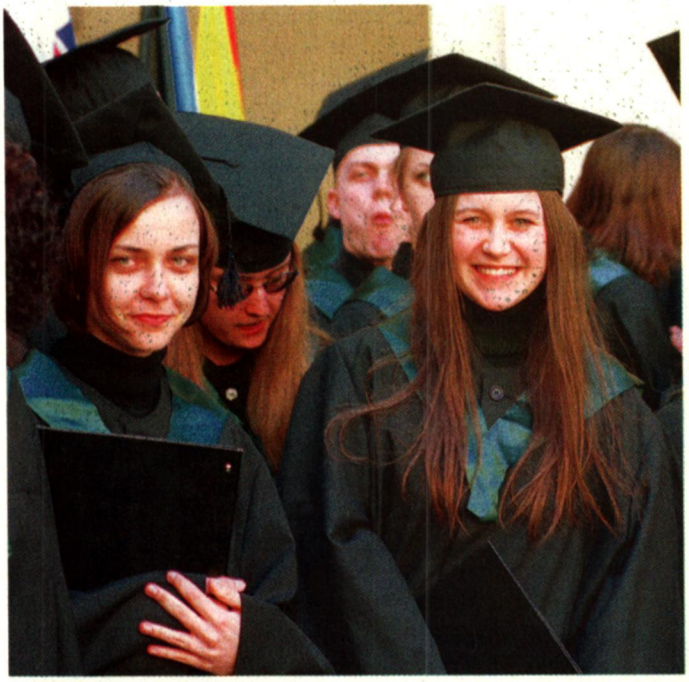
Nah am Geschehen und unter politischem Druck sowie wirtschaftlichen Zwängen: Journalisten während eines Pressetermins der Partei PiS im Sejm.

picture-alliance / dpa / epa pap Pawel Kula

Sonja Steier

Bildung, Wissenschaft und Hochschulen

Das horizontal gegliederte Schulsystem legt großen Wert auf eine breite Grundbildung. Vor allem im Hochschulbereich ist die Bildungslandschaft derzeit stark von privaten Einrichtungen geprägt.



ullstein bild – CARO/Bastian

Bildungsboom in Polen: Knapp die Hälfte eines Jahrgangs erwirbt einen Hochschulabschluss – deutlich mehr als in Deutschland. Absolventinnen einer Warschauer Wirtschaftshochschule

Der politische Umbruch des Jahres 1989 löste im polnischen Bildungs- und Hochschulbereich einen tiefgreifenden Wandel aus, welcher mit den neuen politischen, sozialen und insbesondere marktwirtschaftlichen Erfordernissen einherging. Dieser Wandel zeichnete sich durch institutionelle und konzeptionelle, anfangs teilweise unkoordinierte oder auch widersprüchliche Reformelemente aus. Sie brachten nicht nur die Loslösung vom sozialistischen Erbe mit sich, sondern schrieben vor allem neue bildungspolitische Ziele und Prinzipien sowie neue ideelle Vorgaben für das sich modernisierende Bildungswesen fest. Als zentrale Aufgabe des Bildungswesens gilt seitdem die Vorbereitung künftiger Generationen auf Demokratie und Pluralismus in einer freien Gesellschaft. Zehn Jahre später, im Januar 1999, mündeten die vielfältigen Maßnahmen in einer grundlegenden systemischen Reform, die hauptsächlich mit der bevorstehenden EU-Integration (1. Mai 2004) und mit der territorialen Reform der zentralstaatlichen Verwaltung begründet wurde.

Alle nachfolgenden bildungspolitischen Neuerungen setzten konsequent an der 1999 begonnenen strukturellen Bildungsreform an. Diese löste z. B. im Pflichtschulbereich die noch aus der sozialistischen Ära stammende, für alle obligatorische achtjährige Grundschule ab. Seitdem hat sich die Dynamik dieser Prozesse jedoch weiter beschleunigt, und viele der Reformansätze im Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftssektor folgen inzwischen nicht nur den Linien europäischer Bildungspolitik, sondern sind auch – ähnlich den deutschen Entwicklungen – als Lösungsversuche für den verschärften internationalen Wettbewerb zu werten. Dieser inzwischen über zwei Jahrzehnte währende Veränderungsprozess kann deshalb treffend auch mit dem Begriff der „rollenden Bildungsreform" beschrieben werden.

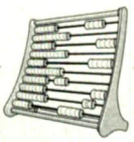
Gliederung des Schulwesens

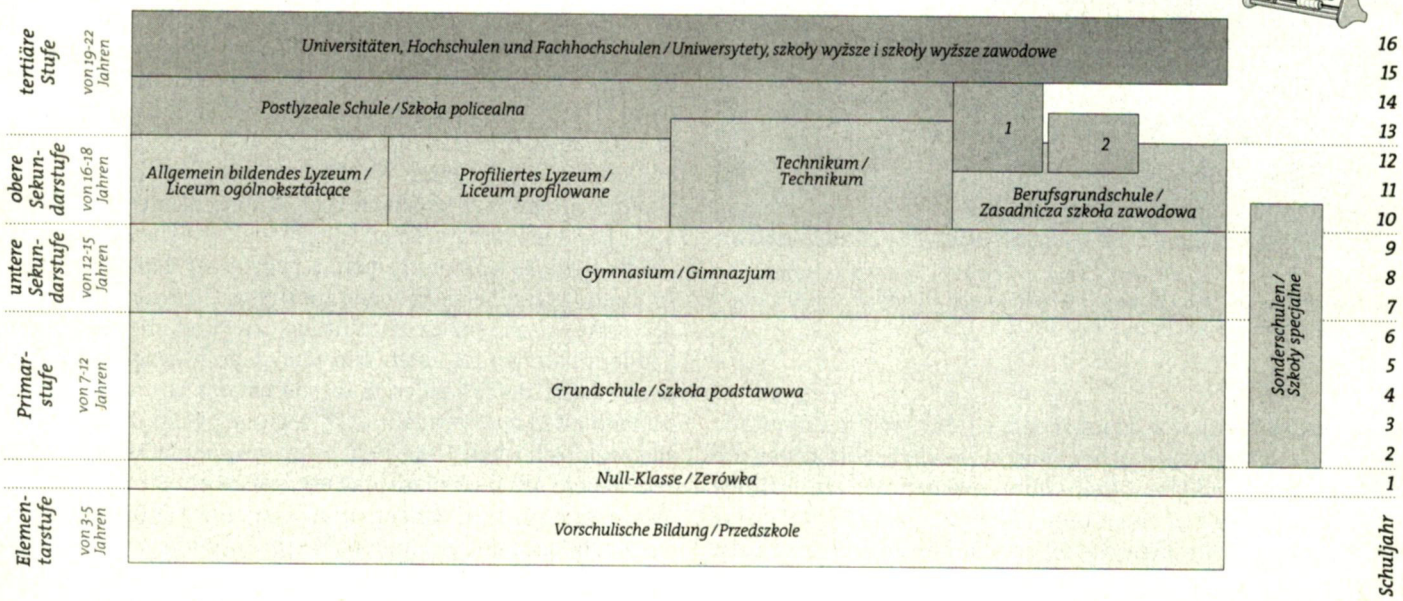
Das polnische Bildungswesen weist im Unterschied zu Deutschland einen horizontalen Aufbau auf. Die Basis bildet auf der sogenannten Primarstufe die sechsjährige Grundschule. Darauf baut die untere Sekundarstufe mit dem dreijährigen Gymnasium auf, und schließlich setzen unterschiedliche weiterführende Schulen der oberen Sekundarstufe die horizontale Gliederung fort. Die staatlichen Schulen in Polen sind unentgeltlich. Allerdings müssen Eltern für die Lehrbücher ihrer Kinder in der Regel selbst aufkommen. Das Schuljahr beginnt landesweit am 1. September und endet in der zweiten Junihälfte. Die Schulnoten in Polen umfassen eine sechsstufige Skala, die von sechs – die Bestnote (ausgezeichnet) – bis zu eins – ungenügend – reicht und sich genau umgekehrt zur deutschen Notenskala verhält. Traditionsgemäß werden in polnischen Schulen, ähnlich den „Kopfnoten" einiger deutscher Bundesländer, Noten für das Betragen des Schülers vergeben. Die Finanzierung und Organisation des gesamten Bildungssystems obliegt der zentralen Kompetenz des polnischen Bildungsministeriums *(Ministerstwo Edukacji Narodowej, MEN)*. Im Jahr 2008 betrugen die öffentlichen Bildungsausgaben 3,9 Prozent des BIP, das ist im internationalen Vergleich immer noch relativ wenig (Deutschland: 6,2 Prozent).

Vorschulerziehung

Die vorschulische Erziehung und ihre Einrichtungen wie Kindergärten oder Vorschulabteilungen in den Grundschulen sind, anders als in Deutschland, fester Bestandteil des polnischen Bil-

Schema des polnischen Bildungssystems





1 ergänzendes Technikum / Technikum uzupełniające (3-jährig) | 2 ergänzende allgemein bildende Lyzeen / Uzupełniające licea ogólnokształcące (2-jährig)

Schulpflicht bis zum 9. Schuljahr

entnommen und bearbeitet nach: Hörner, W.: Polen, in: Döbert, Hans u.a. (Hg.): Die Bildungssysteme Europas, 3. Aufl., Baltmannsweiler 2010. S. 586.

dungswesens. Es gibt sowohl staatliche als auch nicht-staatliche (konfessionelle, private u.a.) vorschulische Einrichtungen, wobei – ebenfalls im Unterschied zu Deutschland – die Mehrzahl in staatlicher Trägerschaft liegt. Die Vorschulerziehung sichert neben der Betreuung auch die Vorbereitung auf das schulische Lernen und soll damit Bildungsbenachteiligungen, die durch soziale bzw. familiale Defizite bedingt sind, ausgleichen und zugleich auch helfen, spezifische Begabungen möglichst früh zu erkennen. Der Besuch einer Vorschuleinrichtung ist im Umfang von fünf Stunden täglich kostenlos. Ein darüber hinausreichendes Angebot ebenso wie die Mahlzeiten sind dagegen kostenpflichtig. Die Elementarbildung umfasst Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. Der Kindergartenbesuch ist, abgesehen vom Vorschuljahr, freiwillig. Die Schulpflicht beginnt seit dem Schuljahr 2009 für polnische Kinder, die Zustimmung der Eltern vorausgesetzt, mit sechs Jahren. Ab dem Schuljahr 2012 müssen alle Kinder mit sechs Jahren zur Schule gehen. Gleichzeitig hat jeder Fünfjährige das Recht auf einen Kindergartenplatz. Auf eine Erzieherin oder einen Erzieher im Kindergarten kommen in der Regel 23 Kinder, in den Vorschulabteilungen der Grundschulen hingegen 16 Kinder.

Pflichtschulbildung

Anders als in den meisten deutschen Bundesländern beginnt in Polen die Pflichtschulbildung auf der Primarstufe mit einer sechsjährigen Grundschule *(szkoła podstawowa)*. In den Klassen eins bis drei wird integrierter Fachunterricht (Klassenlehrerprinzip) und in den Klassen vier bis sechs Blockunterricht (Naturwissenschaft, Sprache, Sozialkunde, Technik – Fachlehrerprinzip) angeboten. In der fünften Klasse setzt der Unterricht in der ersten Fremdsprache in der Regel mit Englisch ein. Die sechsjährige Grundschule schließt mit einer verpflichtenden, jedoch nicht-selektiven Prüfung ab, einem sogenannten 60-minütigen Grundschultest nach der Klasse sechs. Der Test soll Auskunft über die individuelle Entwicklung eines jeden Schülers geben (Diagnoseinstrument für Lehrer, Eltern und Schüler). Unabhängig von dem erzielten Prüfungsergebnis – die polnische Primarstufe kennt das Sitzenbleiben nicht – besuchen die Schülerinnen und Schüler auf der unteren Sekundarstufe für drei Jahre ein allgemein bildendes Gymnasium (*gimnazjum*).

Im Gegensatz zum deutschen ist das polnische Gymnasium keine zum Abitur führende Schule mit unterer und oberer Sekundarstufe, sondern nur eine Schule der Sekundarstufe I, die einen Teil der Schulpflicht abdeckt. Das relativ dichte Netz der Gymnasien soll einen leichten Zugang zur Bildung für alle Schichten sicherstellen und eine hochwertige Grundbildung vermitteln. Die polnische Gymnasialbildung wird mit einer standardisierten zweitägigen Prüfung *(egzamin gimnazjalny)* nach der Klasse neun abgeschlossen. Die Prüfungsaufgaben werden von einer externen Regionalen Prüfungskommission und nicht von den Lehrern der Schule gestellt. Diese verpflichtende Prüfung setzt sich aus einem humanistischen (erster Prüfungstag) und einem mathematisch-naturwissenschaftlichen (zweiter Prüfungstag), jeweils 120 Minuten umfassenden Testteil zusammen. Im Wesentlichen werden Fähigkeitsüberprüfungen (Lesen, Interpretation, Produktion und Reproduktion, in punktueller Anlehnung an PISA) und innerfachlich orientierte Wissensaufgaben (Physik, Chemie, Mathe) vorgenommen. Damit reagierte die polnische Bildungspolitik auf die teilweise schlechte Platzierung in den internationalen Leistungsvergleichsstudien. Die zuletzt erzielten Ergebnisse polnischer 15-jähriger Schüler (PISA 2009) bestätigen die Reformmaßnahmen: Gegenüber PISA 2000 haben sich die polnischen Schüler im Lesen um 21 Punkte, in Mathematik und Naturwissenschaften um jeweils 25 Punkte verbessert. Mit dem teilweisen Wegfall der Eingangsprüfung beim Übergang zu den weiterführenden Schulen stieg die Bedeutung dieser externen Gymnasialprüfung in Richtung einer Selektionsfunktion.

Der gesamte Pflichtschulbereich, d.h. die Grundschulen und die Gymnasien, befindet sich in der Trägerschaft der Gemeinde. Eine Ausnahme bildet dabei das nicht-staatliche Schulwesen, das sich in unterschiedlicher Trägerschaft befinden kann (pri-

ullstein bild – aslu

Lernen mit neuen Medien ist Alltag in Polens Schulen, die Ausstattung entspricht aber noch nicht ganz internationalen Standards. Chemieunterricht an einem Lyzeum in Złatoryja

vat, gesellschaftlich, konfessionell u.a.), das jedoch quantitativ eine eher marginale Erscheinung ist. Beide Schulformen, die Grundschule und das Gymnasium, machen die neunjährige Schulpflicht aus. Auf einen Lehrer kommen hier in der Regel 13 bis 17 Schüler. Das polnische Pflichtschulwesen ist seit einigen Jahren von einem allmählichen Geburtenrückgang betroffen, der sowohl in der Grundschule als auch im Gymnasium sinkende Schüler- und Absolventenzahlen zur Folge hat. Dies führte vor allem zur Schließung von Grundschulen in dünn besiedelten ländlichen und in manchen städtischen Gebieten (ähnlich den neuen deutschen Bundesländern), hatte bisher jedoch noch keine Auswirkungen auf das Schulnetz der Gymnasien.

Schulvielfalt

Bis 1990 bestand im polnischen Bildungssystem ein Monopol des Staates. Seit dem politischen Umbruch ist das Schulwesen mit Blick auf die Pluralität der Trägerschaften und die Vielfalt der pädagogischen Konzepte viel bunter geworden. Zugleich entspricht es mit seinem differenzierten Schulangebot den unterschiedlichen Bedürfnissen heterogener gesellschaftlicher Gruppen. Vereine, Stiftungen, Gesellschaften, Verbände und Privatpersonen, aber auch konfessionelle Organisationen können Schulträgerinnen sein. Der Anteil letzterer macht fast die Hälfte aller nichtstaatlichen Schulen aus, das gilt insbesondere für die allgemein bildenden Gymnasien und Lyzeen (der Schultyp Lyzeum ist mit der deutschen gymnasialen Oberstufe zu vergleichen).

Die Zahl nicht-staatlicher Schulen, vornehmlich der Grundschulen und der Gymnasien, sowie die ihrer Schüler wächst seit 1990 zwar langsam, aber stetig. Inzwischen machen 6,3 Prozent aller Grundschulen mit 2,6 Prozent aller Schüler und 9,7 Prozent aller Gymnasien mit 3,6 Prozent aller Schüler den privaten Bildungssektor aus. Dies ließe sich, gemessen an kontinentaleuropäischen Maßstäben (im Durchschnitt 10 bis 20 Prozent aller Schulen und etwa fünf bis acht Prozent aller Schüler), als ein Normalisierungsprozess (mit Ausnahme von den Niederlanden und Skandinavien) bezeichnen.

So konnten alternative, freie Schulen oder Schulen mit reformpädagogischem Profil wie Montessori oder Freinet entstehen, die von basisdemokratischen Bildungsinitiativen getragen wurden und vor allem die Kind- und Schülerorientierung zum Credo ihrer Arbeit machen. Diese Schulen sind in der Regel kleiner, besser ausgestattet und verfügen über gut ausgebildetes, junges Personal. Die nicht-staatlichen Schulen dürfen keinen Gewinn erwirtschaften. Die laufenden Kosten werden bis zu 100 Prozent aus dem Staatshaushalt bestritten. Dies entspricht weitgehend der europäischen Norm der Gleichbehandlung, ähnlich wie in Frankreich oder in den Niederlanden. Eltern entrichten zwar Beiträge für unterschiedliche, auch zusätzliche Leistungen, aber kein Schulgeld im Sinne von Schulgebühren. Den Schulen geht es weniger um wirtschaftliche Interessen als um die Vermittlung von Werten und Einstellungen, die im Falle der Konfessionsschulen dem christlichen Menschenbild verpflichtet sind. Die nicht-staatlichen Schulen verstehen sich vor allem als eine zivilgesellschaftliche Bewegung „von unten". Die Klientel nicht-staatlicher Schulen stammt zumeist aus wohlhabenden Mittelschichten großstädtischer Regionen wie Warschau oder anderen urbanen Zentren.

Eine neue Anerkennungspolitik gegenüber den Minoritäten im Lande und eine weitgehend freizügige Gründungspraxis erleichterten nach 1992 die Einrichtung von Minderheitenschulen. Seitdem nahmen sie einen schnellen Aufschwung. Ihr Ausbau wurde zuletzt durch das Gesetz über die nationalen und ethnischen Minderheiten aus dem Jahr 2005 begünstigt, das das Recht auf muttersprachlichen Unterricht in nationalen, ethnischen und regionalen Minderheitensprachen auf allen Stufen des Bildungssystems, vom Kindergarten bis zum Abitur, garantiert. Die auffälligste Entwicklung nahmen von Anfang an die Schulen der größten Minderheit in Polen, nämlich die der Deutschen. Sie machen mehr als 40 Prozent aller Minderheitenschulen im Pflichtschulbereich (sechsjährige Grundschulen und Gymnasien) aus; etwa 70 Prozent aller Minderheitenschüler gehören zur deutschen Minderheit. Es gibt aber auch Schulen für die ukrainische, weißrussische, tschechische, litauische und jüdische Minderheit sowie andere. Während der Pflichtschulbereich über ein ausgebautes Netz von Minderheitenschulen verfügt und sich einer regen Nachfrage erfreut, ist das Interesse an muttersprachlichen Angeboten im weiterführenden Bildungsbereich eher gering. Dennoch haben die autochthonen Minderheiten in Polen an kultureller Bedeutung gewonnen, und das Schulwesen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung ihrer Identität und zum neuen Selbstbewusstsein dieser Gruppen.

Zu den weiteren auffälligen Neuerungen gehört auch der Einzug des Computers in die polnischen Schulen. Die Ausstattung mit Computern hat sich seit der Reform 1999 auf allen Stufen des Bildungswesens enorm verbessert. Das gilt auch für den Zugang zum Internet. Auf der Ebene der Grundschule erreichte der Grad der Computerisierung 95,7 Prozent (2009/10). Auch die Gymnasien sowie die postgymnasialen (weiterführenden) Schultypen haben aufgeholt und ihr Angebot an neueren Informationstechnologien erweitert. Beinahe unverändert abgeschlagen bleiben lediglich profilierte Lyzeen und Berufsgrundschulen. An den allgemein bildenden Lyzeen sieht die Situation entspannter aus. Im Schuljahr 2009/10 besaßen 78,1 Prozent aller Lyzeen dieses Typs eine Computerausstattung. Über 90 Prozent aller Computer an allgemein bildenden Lyzeen haben einen Internetanschluss. Im internationalen Vergleich steht Polen dabei aber immer noch im unteren Feld. Im OECD-Ranking zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien belegte Polen im Untersuchungsjahr 2006 von 28 Ländern Platz 22 vor Portugal und nach Estland, Deutschland rangierte auf Platz 18.

Weiterführende Schulen

Auf der oberen Sekundarstufe des polnischen Schulwesens finden sich allgemein bildende, berufliche und doppelt qualifizierende Schulen mit unterschiedlicher Dauer. Davon führen nur drei Schultypen zum Abitur, so dass polnische Schüler im Regelfall das Abitur nach zwölf Schuljahren abgelegt haben. Der Zugang erfolgt nur

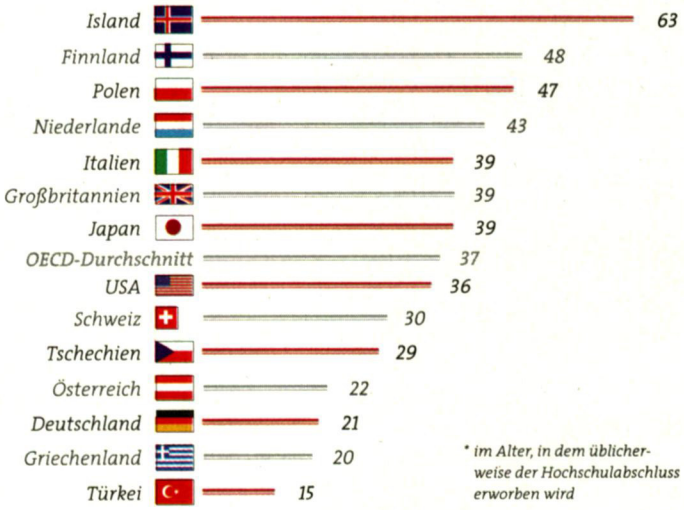
noch bei der berufsbildenden Schule über eine Aufnahmeprüfung. Alle weiterführenden Schulen werden von den 1999 neu eingeführten Landkreisen getragen. Diese an das dreijährige Gymnasium anschließende obere Sekundarstufe (auch Sekundarstufe II genannt) differenziert sich seit dem Schuljahr 2002/03 in vier Schultypen:

- Das allgemein bildende Lyzeum *(liceum ogólnokształcące)* führt nach drei Jahren zum Abitur und bildet den klassischen Zugang zum Hochschulwesen (95 Prozent der Abiturienten im Schuljahr 2007/08).
- Das profilierte Lyzeum *(liceum profilowane)*, das als ein völlig neuer Schultyp in 15 Profilen (z.B. Mechatronik, Informatik, Umwelttechnik, Verwaltung und Ökonomie) ebenfalls nach drei Jahren zum Abitur führt, stieß seit seiner Einführung auf eher verhaltenes Interesse. Dies hängt u.a. damit zusammen, dass dieser Schultyp lediglich eine breite Berufsfeldorientierung und keine konkrete Berufsausbildung vermittelt. Nur knapp fünf Prozent aller Gymnasiasten wechseln zu diesem Schultyp. Nur 76,9 Prozent aller Absolventen erhielten im Schuljahr 2008/09 das Abiturzeugnis, alle übrigen verließen das Lyzeum mit einem Abgangszeugnis.
- Das Technikum *(technikum)* ist ein doppelt qualifizierender Bildungstyp, der parallel zur Technikerqualifikation (z.B. im Landschaftsbau oder Gesundheitswesen) nach vier Schuljahren auch das Abitur verleiht. Das Technikum erfreut sich in Polen seit Jahrzehnten, d.h. schon in der sozialistischen Ära, einer breiten gesellschaftlichen Anerkennung, vor allem seitens der Eltern und der Wirtschaft. Diese schlägt sich in einer relativ stabilen Beschulungsquote von 30 Prozent nieder.
- Die Berufsgrundschule *(zasadnicza szkoła zawodowa)* vermittelt in zwei bis drei Jahren eine Facharbeiterausbildung in Ausbildungsberufen wie Landwirt, Bergmann, Bauarbeiter, Maschinenbauer oder Metallarbeiter. Sie berechtigt mit ihrem Abschluss zum Übergang auf die 2004/05 neu eingeführten, zwei- bzw. dreijährigen ergänzenden Ausbildungsformen (der o.g. Schultypen). Die polnische Berufsgrundschule unterscheidet sich deutlich vom deutschen beruflichen zweigliedrigen (dualen) Ausbildungssystem. Die Ausbildung ist vollzeitschulisch organisiert und ein Bestandteil des Sekundarschulsystems, also nicht betriebsgestützt. Es gibt nur wenige berufspraktische Elemente.

Neu ist, dass alle weiterführenden Schulen mit zentralen Abschlussprüfungen, dem Zentralabitur, enden. Damit einher ging auch die Abschaffung der Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen. Am Ende der Sekundarstufe II stehen also einerseits das Zentralabitur *(egzamin maturalny)* und andererseits die externe Berufsprüfung *(egzamin zawodowy)*. Im Vergleich zu früher erfüllt das Abitur nun zusätzlich eine Allokations- bzw. Selektionsfunktion: Mit dem neuen Zentralabitur erfolgt die Zuweisung der Studienplätze hauptsächlich nach der im Abitur erreichten Punktzahl.

Jung-Akademiker: Spitzenkräfte für den Arbeitsmarkt

Von je 100 jungen Menschen haben erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen in*



* im Alter, in dem üblicherweise der Hochschulabschluss erworben wird

Quelle: OECD-Bildungsbericht 2008 (Stand 2006), © Globus 2342

Hochschulen und Wissenschaften

Staatliches Hochschulwesen

Nach dem Abitur können die Absolventen der weiterführenden Schulen ein Studium an einer der zahlreichen polnischen Hochschulen oder Fachhochschulen beginnen. Dabei haben sie die Wahl zwischen einer staatlichen oder privaten Einrichtung. Das akademische Jahr besteht aus zwei Semestern und beginnt in der Regel zum Wintersemester, jeweils am 1. Oktober, und endet Anfang bis Mitte Februar. Das Sommersemester beginnt schon im Februar und endet im Juni.

Die Universitäten und Hochschulen bieten drei- und/oder vierjährige Studiengänge an. Sie schließen neuerdings mit dem Bachelor ab und können gegebenenfalls mit einem zweijährigen Masterstudiengang fortgesetzt werden. Parallel dazu gibt es aber weiterhin noch das einheitliche fünfjährige Magisterstudium. Daran kann sich auf der dritten Stufe des Hochschulstudiums eine Promotion anschließen. Die polnischen Fachhochschulen vergeben dagegen in der Regel nach drei Studienjahren den Abschluss Lizentiat *(licencjat)* oder auch den Titel Ingenieur. Das Studium ist in der Regel gebührenfrei. Die formale (strukturell-organisatorische) Hauptform des Studiums bildet das Tages- oder Präsenzstudium. Allerdings erfreut sich vor allem das Fern- und Abendstudium, das für viele Studienrichtungen angeboten wird, in Polen einer besonderen Beliebtheit. Mehr als die Hälfte aller Studenten absolviert ein gebührenpflichtiges Fernstudium. Fast 20 Prozent aller Hochschuleinnahmen speisen sich aus den Gebühren für didaktische Tätigkeit, vor allem aus den Fernstudien. Die Frage der Studiengebühren bleibt im polnischen Hochschulwesen weiterhin umstritten und sorgt immer wieder für lebhafte Auseinandersetzungen. So gibt es (Kompromiss-)Pläne, das bisher gebührenfreie Studium (Tages- und Präsenzstudium) für Langzeitstudenten (nach dem 12. Fachsemester) und Multi-Studenten (mehrere Fachrichtungen parallel) zu begrenzen.

Die tertiäre Ebene des polnischen Bildungssystems unterscheidet drei Hochschultypen:

1. akademische Hochschulen mit dem Recht zur Verleihung des Doktortitels und mit Habilitationsrecht (= Universitäten), 2. nicht-akademische Hochschulen ohne solche Berechtigung, in der Regel viele nicht-staatliche Hochschulen, und 3. Fachhochschulen *(wyższe szkoły zawodowe)*. Neben der renommierten Jagiellonen-Universität in Krakau (gegr. 1364) hat sich vor allem die Katholische Universität Lublin in besonders prestigeträchtiger Weise der polnischen Öffentlichkeit ins Gedächtnis eingeschrieben. Sie wurde 1918 im Gründungsjahr der Republik Polen errich-

tet. Die Universität war in der Zeit der Volksrepublik die einzige nicht-staatliche Hochschule im gesamten „Ostblock", die – vom sozialistischen Staat unter Beobachtung stehend und, je nach politischer Großwetterlage, mal mehr, mal weniger schikaniert – geduldet wurde. Einige weitere klassische Universitäten und spezialisierte Hochschulen in Krakau, Warschau, Posen, Thorn oder Breslau genießen einen besonders guten Ruf. Seit 1997 gibt es, ähnlich wie in Deutschland, eine Reihe von Fachhochschulen. Sie bilden die zweite Säule des polnischen Hochschulsystems. Ihre Gründung erfolgte zumeist in kleineren Städten und in wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen. Davon versprach man sich mehr wirtschaftliche Prosperität und hoffte zugleich, bildungsfernen Schichten einen besseren und leichteren Zugang zur höheren Bildung zu eröffnen. Diese Erwartungen haben sich nur teilweise erfüllt.

Die polnischen Hochschulen und die studentischen Milieus waren zwar Trägerinnen der Transformation und der damit einhergehenden progressiven Veränderungen, inzwischen ist die studentische Jugend jedoch nicht mehr so politisch aktiv wie vor 20 oder 30 Jahren. Auch hier greifen, wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, starke Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen.

Entwicklungen und Kritik

Die Entwicklungen im Hochschulwesen zeichnen sich durch eine bemerkenswerte Expansionsdynamik aus. Zu Beginn der Transformation, im Jahr 1990/91, gab es insgesamt 112 Hochschulen. Inzwischen hat sich ihre Zahl vervierfacht. Im Studienjahr 2009/10 gab es insgesamt 454 Hochschulen (davon 18 Universitäten), von denen 131 staatlich sind, mit insgesamt 1,9 Millionen Studierenden, davon 58,2 Prozent Studentinnen. Insgesamt 40 Prozent aller Studierenden belegen vor allem Gesellschaftswissenschaften, Handel und Recht (der OECD-Durchschnitt liegt bei 30 Prozent). Diese Entwicklungen werden inzwischen immer mehr zum Anlass genommen, über einen allgemeinen Konsolidierungskurs nachzudenken, um die Anzahl der Hochschulen zu reduzieren und die Qualität der Hochschulbildung zu verbessern.

Auch die ungebremste Steigerung der Studentenzahlen und das Studienwahlverhalten zugunsten der Geisteswissenschaften bieten häufig Anlass zur Kritik. Schon der OECD-Bericht aus dem Jahre 2007 mahnte an, die Studentenströme stärker in wenig ausgelastete Studienrichtungen wie Medizin oder Ingenieurwissenschaften zu lenken. Denn nur knapp ein Fünftel der Studenten sind in den mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächern vertreten. Ihnen kommt jedoch nach Meinung der führenden polnischen Hochschulakteure eine Schlüsselfunktion beim Aufbau einer „wissensbasierten Wirtschaft" zu. Durch eine engere Einbindung der Wirtschaft in die Ausbildung soll das Hochschulwesen deshalb gezielter auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes hin orientiert werden. Vor allem Technische Hochschulen werden ermuntert, spezielle Auftragsstudiengänge einzurichten, um für den Bedarf der Unternehmen auszubilden. Zudem wird bemängelt, dass das allgemeine Niveau der Hochschulabsolventen sinkt. Dies wird teilweise vielen Hochschulneugründungen angelastet und auch der Tatsache, dass inzwischen 51 Prozent eines Abiturientenjahrgangs studieren (Deutschland 2009: 43,3 Prozent). Die sogenannte Vermassung der Hochschulbildung, so der Tenor der Kritik, habe bisher keine weitreichenden Effekte auf Polens Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Erfindungen, Patente, Gebrauchsmuster, Hightech-Produkte für den Export, Zitationsindex oder Nobelpreise) gezeigt. Im Gegenteil, die Kritiker befürchten, dass sich die Situation mit den geburtenschwachen Jahrgängen weiter zuspitzen könnte. Ihren pessimistischen Prognosen zur Folge könnten die Hochschulen im Wettkampf um die abnehmenden Studentenzahlen die Standards weiter senken.

Aktuelle Hochschulpolitik

Ein breit angelegtes Grundstudium war bis zur Bologna-Reform das besondere Merkmal des polnischen Studiums, das nun durch die angestrebte konsekutive Studienstruktur (Bachelor- und darauf aufbauende Masterabschlüsse) und kürzere Studiendauer zu verschwinden droht. Ansonsten scheint die organisatorische Umstellung der Studiengänge infolge von Bologna viel reibungsloser verlaufen zu sein als in Deutschland, was möglicherweise mit der ohnehin stärker verschulten Studienform und dem insgesamt straffer organisierten Studentenleben zu tun hat. Generell zielen, ähnlich wie in den anderen europäischen Staaten, auch in Polen die hochschulischen Veränderungen auf Internationalisierung und Ökonomisierung des Hochschul- und Wissenschaftssystems ab. Darunter werden zuvorderst Effizienzsteigerung, Abschöpfung des intellektuellen Kapitals und Wettbewerb zwischen den Hochschulen verstanden. Diese Entwicklungen, die dem Vorbild angelsächsischer Hochschul- und Wissenschaftskultur folgen, werden allerdings in den Hochschulkreisen mit viel Skepsis betrachtet und sind keinesfalls unumstritten. Regierungsinitiativen im Wissenschaftsbereich, unter anderem das Hochschulgesetz und das Akademiegesetz, deuten jedoch an, dass auch in Zukunft weitere Reformen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich zu erwarten sein werden.

Internationaler Vergleich

Die polnischen Hochschulen werden im internationalen Vergleich kaum wahrgenommen. Im sogenannten *Shanghai Ranking* der 500 bekanntesten Universitäten weltweit *(Academic Ranking of World Universities 2010)* finden sich lediglich die Universitäten Krakau und Warschau (auf den Rängen 301–400), wobei die erstere auch in der deutschen Öffentlichkeit ein positives Ansehen genießt.

Auch die polnische Hochschulpolitik widmet neuerdings der Internationalisierung zunehmend ihre Aufmerksamkeit, vor allem der Anwerbung ausländischer Studenten. Die Zahl ausländischer Studenten an polnischen Hochschulen wächst zwar allmählich, insgesamt betrachtet ist sie jedoch marginal. Im Studienjahr 2009/10 betrug sie lediglich 17 000 Studierende. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden im Studienjahr 2008/09 lag bei 0,5 Prozent und ist im internationalen Vergleich sehr niedrig (OECD-

Naturwissenschaftlerinnen werden dringend gesucht. Spielerische Einblicke bietet das Wissenschaftsmuseum Centrum Nauki Kopernik in Warschau.

Janek Skarzynski / AFP / Getty Images

Durchschnitt: 7,1 Prozent, deutscher Durchschnitt: 8,4 Prozent). Die meisten von ihnen kommen aus der Ukraine (2831) und Weißrussland (1902), gefolgt von Norwegen (1169), Tschechien (900), Schweden (830) und Litauen (528). Mit 500 deutschen Studierenden, darunter 135 polnischer Herkunft, kommt Deutschland unter den europäischen Ländern auf Rang sieben.

Polnische Studenten nehmen ebenfalls zunehmend ein Auslandsstudium wahr. Die meisten von ihnen werden durch staatliche Mittel oder aus EU-Programmen gefördert; das Erasmus-Programm etwa nehmen 13000 polnische Studenten in Anspruch, um ins europäische Ausland zu gehen. Bevorzugte Zielländer junger Polen waren Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Vor allem Kinder von Akademikern studieren gerne an britischen Elite-Schmieden, bevorzugt an der *London School of Economics*. Ein beliebter Studienort polnischer Studenten in Deutschland ist neben der Humboldt-Universität zu Berlin vor allem die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), auch wenn die Studentenzahlen dort gegenüber den Anfangsjahren sinken. Im Sommersemester 2010 machten polnische Studenten lediglich 13,5 Prozent (= 813) aller Studierenden der Viadrina aus. Die rückläufige Tendenz hängt möglicherweise mit der Öffnung des Landes nach dem EU-Beitritt sowie dem damit einhergehenden Abbau von Mobilitätsschranken zusammen, der vielen jungen Polen andere attraktive ausländische Hochschulstandorte eröffnet. Dennoch ist die Viadrina seit ihrer Gründung 1992 das Vorzeigeobjekt der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in einer Grenzregion. Gemeinsam mit der Adam-Mickiewicz-Universität Posen wird auf der polnischen Seite zudem eine wissenschaftliche Einrichtung, nämlich das *Collegium Polonicum*, unterhalten. Es setzt sich für die grenzüberschreitende Kooperation in Forschung und Lehre sowie für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen ein.

Eine zentrale und zugleich international angesehene, außeruniversitäre Forschungseinrichtung ist die Polnische Akademie der Wissenschaften *(Polska Akademia Nauk, PAN)* mit 350 ordentlichen und korrespondierenden sowie ausländischen Mitgliedern. Sie hat, wie viele andere Forschungseinrichtungen, etwa die polnische Nationalbibliothek, ihren Sitz in Warschau. Die Akademie unterhält zahlreiche Außenstellen und Institute an vielen Orten des Landes sowie Filialen im Ausland. Im Jahr 2006 nahm in Deutschland beispielsweise das Zentrum für Historische Forschung Berlin der PAN seine Tätigkeit auf.

Nicht-staatliche Hochschulen

In den 1990er Jahren wurden überwiegend private Hochschulen gegründet, was als Antwort auf das jahrzehntelange Monopol des Staates zu interpretieren ist. Der Ausbau des nicht-staatlichen Hochschulsektors geht auf das Recht zur Gründung nicht-staatlicher Hochschulen (1991) zurück. Die Zahl der nicht-staatlichen Hochschulen stieg von anfangs zwölf auf 325. Viele von ihnen sind in kleineren Städten gegründet worden, weil dort die Unterhaltungskosten relativ niedrig sind. 34 Prozent der 1,9 Millionen Studierenden in Polen studieren an privaten Hochschulen. Damit ist Polen OECD-Spitzenreiter, gefolgt von den USA mit 26 und Portugal mit 25 Prozent (2008). In Deutschland studiert hingegen weniger als ein Prozent der Studierenden an privaten Einrichtungen (2008). Diese relativ hohen Studentenquoten gehen auch auf die bisher gängige Praxis staatlicher Hochschulen zurück, Aufnahmeprüfungen durchzuführen. Auch wenn nun mit dem Zentralabitur die Aufnahmeprüfungen der staatlichen Hochschulen weitgehend entfallen, gibt es eine hohe Anzahl von Fächern mit *Numerus clausus*, die einen ähnlichen Effekt erzeugen. Die nicht-staatlichen Hochschulen hingegen haben von Anfang an auf Aufnahmeprüfungen verzichtet. Die Dynamik hängt auch mit der gesellschaftlichen Vorstellung zusammen, dass Hochschulbildung besser vor Arbeitslosigkeit schütze. Die steigende gesellschaftliche Nachfrage nach entsprechenden Abschlüssen konnte von den staatlichen Hochschulen allein nicht befriedigt werden.

Die nicht-staatlichen Hochschulen bieten ihre Studienangebote häufig in Modulen an, und zwar in vielen für polnische Studenten immer noch attraktiven Bereichen wie Marketing, Management oder Finanzen oder auch in besonders „exotischen" Studienrichtungen wie Militärwissenschaft oder öffentliche Gesundheit. In der Regel dominieren Wirtschaftshochschulen, die meisten von ihnen befinden sich in der Hauptstadt. An den nicht-staatlichen Hochschulen werden einige Studiengänge in Englisch angeboten, so an der 1994 gegründeten und recht angesehenen Polnisch-Japanischen Hochschule für Informatik mit Sitz in Warschau. Das Studium an den nicht-staatlichen Hochschulen ist kostenpflichtig und kann von 4000 bis 13000 Złoty (1000–3250 Euro) pro Studienjahr betragen. In den neuesten Reformplänen des Hochschulministeriums wird erwogen, Studierenden dieser Hochschulen in Präsenzstudiengängen finanzielle Unterstützung zu den Studiengebühren zu gewähren. In dem Zusammenhang wird generell über neue Hochschulfinanzierungsmodelle für staatliche und nicht-staatliche Hochschulen beraten, die nach messbaren Kriterien um Haushaltsmittel konkurrieren sollen. Viele der privaten Einrichtungen sind relativ klein, verfügen über kein Stammpersonal, manche kämpfen gar mit Personalproblemen, und sie haben auch kein Promotionsrecht. Sie sind reine, zumeist fachlich eng spezialisierte Lehranstalten, und ihre Ausbildungsprogramme basieren nicht auf Forschung. So sind auch die Qualität dieser Hochschulen und ihr öffentliches Ansehen recht differenziert. Weiterhin führen abwechselnd die beiden staatlichen Universitäten Krakau und Warschau das polnische Hochschulranking an.

Forschung und Lehre über Grenzen hinweg: Die Universitäten in Frankfurt/Oder und in Poznań unterhalten gemeinsam das Collegium Polonicum in Słubice.

vario images

Ausblick

Das polnische Bildungssystem wird seit zwei Jahrzehnten von einer „rollenden Reform" begleitet, die vor allem seit dem Beitritt Polens in die EU 2004 im Zeichen des Wettbewerbs, der Qualitätssteigerung, der Leistungsorientierung und der Internationalisierung steht. Im Vergleich zu Deutschland zeigt sich vor allem im Schulbereich eine hohe Reformbereitschaft. Der Hochschul- und Wissenschaftsbereich soll hingegen noch enger an die zukünftige nationale Modernisierungsstrategie des Landes gekoppelt werden.

Wolfgang Schlott

Kultur und Kulturpolitik in Polen nach 1989

Nach 1989 wurden die Künstler frei von staatlicher Bevormundung, sahen sich aber auch stärker den Unwägbarkeiten des Marktes ausgesetzt. In den Großstädten gedeihen neben innovativen Kunstszenen die kommerziellen Angebote.

Caro / Jandke

Polnische Kulturgüter finden auch Zuspruch über die Landesgrenzen hinaus: Plakatwerbung für das Filmfestival filmPOLSKA in Berlin

Umbruch und Transformation: die neue Kulturpolitik

Parallel zu dem seit Herbst 1989 einsetzenden Umbruch zeichnete sich eine lebhafte Diskussion über die Ausgestaltung einer pluralistisch ausgerichteten Kulturpolitik ab. Die Erfahrungen mit der „Kulturpolitik" im sozialistischen Polen, in dem Kunst und Kultur im Wesentlichen als Dienstleistung für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus bewertet worden waren, beeinflussten die Bemühungen um eine Neugestaltung. Dabei ging es um die Demokratisierung des kulturellen Lebens, vor allem um die Förderung aller Minderheitenkulturen in der Republik Polen, die Bewahrung der Bürgerrechte und der religiösen Freiheit, die Schaffung einer pluralistischen Kulturpolitik, die als Wirtschaftsfaktor in die kommunalen Haushalte integriert werden sollte, und den internationalen Austausch von Kulturgütern. Solche an die programmatischen Forderungen der UNESCO angelehnten Zielvorstellungen zeichneten sich in den Parteiprogrammen zu den ersten freien Wahlen nach 1989 ab. Allerdings erwies sich deren Umsetzung als schwierig. Drei grundsätzliche Ursachen kristallisierten sich als Hemmnisfaktoren heraus und sorgten für Verzögerungen:

- Der von der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) manipulierte Begriff der „Kulturpolitik" wurde von den meisten entstehenden Parteien mit diffusen Zielsetzungen und Inhalten besetzt.
- Die kulturpolitischen Programme der ersten Koalitionsregierungen erlaubten keine konstruktive Verarbeitung grundlegender kulturpolitischer Überlegungen.

picture-alliance / PAP / Marian Sokolowski

Kunst als verlängerter Arm der Politik: Ausstellung im Warschauer Przebendowski-Radziwiłł-Palast anlässlich des Lenin-Jahres 1970

- Die als Erbe des kommunistischen Regimes übernommenen immensen Staatsschulden und die schwache Effizienz der Wirtschaft zwangen den *Sejm* und die oft wechselnden Regierungen Anfang der 1990er Jahre zu einer Absenkung des prozentualen Kulturanteils im Staatshaushalt auf etwa ein Prozent (1991) und im Jahr 1993 auf 0,76 Prozent. Erst die allmähliche Aufstockung der Grundfinanzierung für den Kulturhaushalt zwischen 2001 und 2008 um etwa 45 Prozent, was einer Steigerung von 938 Millionen Złoty auf 1,487 Milliarden Złoty entsprach, führte zu einer gewissen Entspannung der Haushaltslage.

Gegenwärtig sind rund 0,5 Prozent aller Ausgaben im Staatshaushalt pro Jahr für Kultur vorgesehen. Im Vergleich dazu erweist sich in Deutschland der Kulturanteil an den Haushalten in Bund und Ländern mit 1,9 Prozent (2009) bzw. einem Betrag von rund 1,1 Milliarden Euro als weitaus höher. Allerdings fließt in Polen neben der staatlichen Förderung ein nicht spezifizierbarer Betrag zusätzlich in die Finanzierung des Kulturbetriebes: von Seiten öffentlicher und privater Stiftungen, staatlicher und transnationaler Fonds sowie aufgrund der Dezentralisierung der institutionellen Kulturförderung. Zwanzig Jahre nach dem politischen Umbruch zeichnen sich in diesem Bereich größere Ungleichheiten ab: Die Haushalte in den Großstädten weisen die höchsten Ausgaben pro Kopf auf, während die Kultureinrichtungen in den mittelgroßen Städten (50 000 bis 100 000 Einwohner) erheblich unterfinanziert sind. Nur rund 60 Prozent aller Ausgaben werden subventioniert. Deshalb setzen die kommunalen Selbstverwaltungseinrichtungen seit 2000 immer mehr auf die Zusammenarbeit mit NGOs (*Non-Governmental Organizations*, dt.: Nichtregierungsorganisationen), deren Leistungen auf der Grundlage von nationalen Kulturfonds, transnational funktionierenden Kulturgesellschaften und des persönlichen, meist unterbezahlten Engagements ihrer Mitglieder erbracht werden.

Finanzielle Förderung und Kooperation

Das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe (bis 1999 Ministerium für Kultur und Kunst) hat sich seit Beginn der 1990er Jahre aus der unmittelbaren Lenkung von Kultur zurückgezogen. Es ist in finanzieller Hinsicht nur noch verantwortlich für die allerwichtigsten Kulturinstitutionen auf nationaler Ebene und für die Zusammenarbeit mit den Institutionen der kulturellen Selbstverwaltung in den Kommunen. Im Zusammenhang mit der institutionellen Transformation wurden auch die Finanzmittel von der zentralen auf die lokale Ebene umverteilt. Die Finanzierung von Kultur in den Selbstverwaltungen der Gemeinden erfolgt nunmehr durch eigene Budgets und durch staatliche Mittel.

Seit Mitte der 1990er Jahre zeichnete sich ein markanter Wandel ab: Schon im Haushaltsjahr 1996 übertrafen die Ausgaben der polnischen Gemeinden im Bereich der Kultur mit 51 Prozent die staatlichen Budgetmittel zum ersten Mal. Seit dem 1. Januar 1999 setzte eine weitergehende Dezentralisierung ein: Aufgaben, die das Ministerium und die Kulturabteilungen in den 16 Woiwodschaften ausgeübt hatten, wurden von den Selbstverwaltungsorganen in den Gemeinden übernommen. Sie entwickelten je nach regionalen Bedürfnissen unterschiedliche kulturpolitische Aufgabenstellungen: In den östlichen Woiwodschaften und in Kleinstädten ging es um die Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Rahmenbedingungen (Einübung elementarer demokratischer Grundregeln); wirtschaftliches Wachstum stand im Mittelpunkt der Kulturpolitik in den südöstlichen Regionen; der sozioökonomische Rekonstruktionsfaktor bildete das wesentliche Strukturelement in den oberschlesischen Kommunen, während die Förderung regionaler Identität in der Woiwodschaft Wrocław/Breslau im Vordergrund aller Bemühungen stand. Für die sechs polnischen Großstädte Warszawa, Poznań, Wrocław, Kraków, Lublin und Gdańsk ging es um die Absicherung des hohen kulturellen Niveaus ihrer Infrastrukturen, die mittelpolnische Großstadt Łódź hingegen strebte, einschließlich ihrer gleichnamigen Woiwodschaft, seit Beginn der 1990er Jahre eine strukturelle Integration an, von der vor allem ihre Kulturpolitik profitieren sollte. Ungeachtet der Vielfalt an kulturpolitischen Strategien zeichnete sich jedoch ein Mangel an Kooperation und Koordinierung sowohl in der Konzeptionsphase als auch bei der konkreten Umsetzung ab. Dies galt auch für die uneinheitliche und unklar ausformulierte Kulturpolitik von Seiten des Staates.

Auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltungen haben sich deshalb – auch mit Blick auf westeuropäische kulturpolitische Erfahrungen – vielfältige, pragmatisch begründete Modelle herausgebildet. Dazu gehört die Transformation von Kulturinstitutionen in Körperschaften, die von Sponsoren gefördert werden, gemeinsame institutionelle Aktivitäten von Galerien und Theatern oder die funktionale Einbeziehung von lokalen politischen Autoritäten in den Transformationsprozess von Kultureinrichtungen, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen und Fachkreisen genutzt werden. In besonders finanzschwachen Regionen übernehmen sogenannte QUANGOs, *Quasi-non-Governmental Organizations*, oft Teilbereiche der Kulturförderung, indem sie Kulturprogramme entwickeln und umsetzen. Sie verbinden ihr kulturpolitisches Engagement mit der Forderung nach Erhöhung des prozentualen Anteils für Kulturförderung im Staatshaushalt auf ein Prozent, wie zum Beispiel die Organisation „Kulturbürger".

Einen großen Anteil an der Förderung von Kultur im Austausch mit benachbarten Ländern haben auch die Deutsch-Polnischen Gesellschaften. Auf der Grundlage der deutsch-polnischen Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 14. November 1990 und 17. Juni 1991 kam es in den vergangenen 20 Jahren zu einem intensiven Ausbau kultureller Beziehungen. Neben den Beziehungen auf der höchsten staatlichen Ebene und den Verträgen zwischen Bundesländern und Woiwodschaften auf der mittleren Ebene entfalteten sich auf der untersten Ebene besonders produktive Kontakte: Schulen, künstlerische Institutionen und Verbände organisieren den direkten Austausch von Ausstellungen, Film-, Musik- und Theaterproduktionen wie auch die gegenseitige Beteiligung an Festivals. Vor allem nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union hat die bilaterale Vernetzung der kulturellen Beziehungen dazu beigetragen, das deutsch-polnische Verhältnis zu verbessern.

Kulturelle Infrastruktur

Die Transformation des staatlich gelenkten Kultursektors erfolgte zwischen 1989 und 1993 in einer Reihe durchgreifender Maßnahmen. Das staatliche Verlagswesen wurde grundlegend privatisiert, die Anzahl der rasch entstandenen privaten Buch- und Zeitungsverlage übertraf bereits Anfang 1990 die der ehemaligen Staatsverlage. Viele der entstandenen Mini-

Xinhua

Kunst und Architektur als Botschafterinnen des modernen Polens: der aufwendig gestaltete Landespavillon auf der EXPO 2010 in Shanghai.

Süddeutsche Zeitung Photo / Caro

In den urbanen Zentren des Landes wachsen alternative und avantgardistische Kulturszenen. Straßentheater auf dem Marktplatz in Poznań

verlage, die auch aus den Reihen der ehemaligen Untergrundverlage stammten, konnten sich trotz anfänglicher Erfolge nicht halten. Das polnische Film- und Kinowesen erlebte tief greifende Veränderungen, die sich in der Gründung neuer Institutionen (z.B. Institut für Filmkunst), neuer Filmförderungsmethoden (staatliches, gesellschaftliches Stiftungs- und ausländisches Kapital) wie auch der Privatisierung des Filmvertriebs niederschlugen.

Im Galerie- und Museumsbereich war die finanzielle Situation zum Zeitpunkt des politischen Umbruchs besonders schwierig. Die bereits Mitte der 1980er Jahre entstandenen privaten Galerien erhielten hohe steuerliche Auflagen, die sie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, nicht zuletzt aufgrund fehlender Käufer, oft zur Geschäftsaufgabe zwangen. Die miserable finanzielle Lage der staatlichen Museen verhinderte den Aufkauf zeitgenössischer Kunst wie auch die Förderung des Kunstbetriebs. Trotz dieser Hindernisse entstanden Anfang der 1990er Jahre einige renommierte Auktionshäuser, wie in Warschau „Rempex", „Unicum" oder „Agra-Art".

Mit einer ebenso schwierigen Situation waren die Schauspielhäuser, Kindertheater und Musiktheater konfrontiert. Aufgrund der bis 1995 abnehmenden staatlichen Subventionen waren die meisten gezwungen, sich mit Hilfe von Kommerzialisierungsstrategien (Vermietung von Räumen, Gaststättenbetrieb, Werbeagenturen) und radikaler Senkung der laufenden Kosten (beispielsweise Einschränkung des Personalbestandes, Minimierung der Ausgaben für die Infrastruktur, Nutzung von Förderungsanträgen bei Stiftungen) über Wasser zu halten. Auch der phonographische Markt entwickelte sich nach 1990 unter schwierigen Bedingungen. Weil kein Schutz von Urheberrechten durchgesetzt wurde, eroberte der Piratenmarkt bis zum Jahr 1992 einen Anteil von 95 Prozent im Musikbereich. Bis 1997 sank dieser Anteil auf etwa zwölf Prozent. Internationale Musikkonzerne hatten zu diesem Zeitpunkt bereits 49 Prozent der Marktanteile erobert, während die einheimischen privaten Musik-Agenturen noch 39 Prozent des Marktes abdeckten.

Schwerwiegende Einschnitte ihres Bestandes erlebte die Kinobranche. 1980 hatte sie noch über 2228 Abspielstätten verfügt, 1990 nur noch über 1589, um innerhalb von rund 20 Jahren ihren Bestand auf 492 (2008) Kinotheater herunter zu fahren. Dieser quantitative Verlust war vor allem auf die Entstehung von Multiplex-Kinoketten in Groß- und mittleren Städten bei gleichzeitiger Schließung von mehr als 1000 veralteten Lichtspielhäusern zurückzuführen. Trotz dieses Verlustes an kultureller Substanz stieg die Zahl der Kinobesucher zwischen 1995 (22,6 Millionen) und 2006 (32,3 Millionen) um fast zehn Millionen. Diese überraschende Bilanz war vor allem dem erfolgreichen Vertrieb amerikanischer und westeuropäischer Spielfilme, der wachsenden Begeisterung Jugendlicher für Animations- und Zeichentrickfilme und der Anziehungskraft der modernen Kinoketten zuzuschreiben. Weitaus weniger Zulauf erlebten die polnischen Spiel- und Dokumentationsfilme, die – mit wenigen Ausnahmen – meist nur in Programmkinos liefen.

Eine Aufwärtstendenz verzeichnete der Bestand an Sprech- und Musiktheatern: von 143 Spielstätten im Jahr 1990 auf 187 im Jahr 2008. Die Steigerungsrate um mehr als 25 Prozent war vor allem auf die Etablierung von Musik- und Varietétheatern zurückzuführen, um den wachsenden Bedarf an allen Ausdrucksformen von Rockmusik und Musicals für ein breites, nicht nur jugendliches Publikum zu befriedigen. Eine ähnlich positive Bilanz konnte die Museumssparte nach 1989 aufweisen. Der sich seit Mitte der 1990er Jahre entwickelnde Kunstmarkt und die trotz steuerlicher Belastungen florierenden Galerien erweckten das Interesse vor allem an Kunst aus westeuropäischen Ländern. Die Gründung historischer Museen folgte dem Ziel, pluralistische Deutungen der polnischen Geschichte zu ermöglichen, die bis 1989 unterdrückt wurden. Zwischen 1990 und 2009 entstanden in Polen mehr als 140, zum großen Teil modern ausgestattete Museen.

Eine leichte Aufwärtstendenz zeichnete sich bei Kulturhäusern und Vereinsheimen ab. Dieser bis 1989 hoch subventionierte Bereich der Massenkulturförderung (Film- und Musikveranstaltungen, Freizeitgestaltung) hat sich auch im demokratischen Polen mit einer Anzahl von rund 4100 Einrichtungen (2008) bewährt. Starke Impulse für die Belebung der Freizeitkultur und für die Förderung individueller Interessen gehen seit Beginn der 1990er Jahre auch von den mehr als 1000 gemeinnützigen Vereinen und Kulturgesellschaften aus.

Abgebaut wurde hingegen der Bestand der Bibliotheken. Der Verlust von 1780 Institutionen zwischen 1990 (10 200) und 2008 (8420) ist sowohl auf fehlende finanzielle Ressourcen als auch

auf den rapiden Wandel der Lesegewohnheiten zurückzuführen. Dieser Abwärtstrend widerspricht der nach 1990 rasant gestiegenen Produktion von Bücher- und Broschürentiteln: von 10 200 Titeln im Jahr 1990 auf 28 248 im Jahr 2008 bei zugleich sinkender Auflage von 115 Millionen auf rund 80 Millionen Exemplare. Auch auf dem Zeitungsmarkt fand in diesem Zeitraum eine starke Ausdifferenzierung statt: Die Zahl der 1990 existierenden 130 Titel sank auf 58 (2008), während die Zeitschriftentitel auf 7171 im gleichen Zeitraum anstiegen (alle Angaben: Statistisches Jahrbuch Polen, 2009).

AP Photo / M. Spencer Green

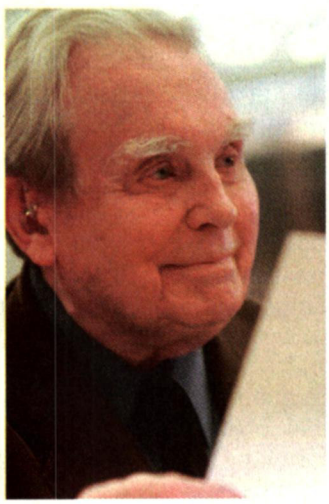
Prominente Vertreterinnen und Vertreter der Kulturszene des Landes: Die Bildhauerin Magdalena Abakanowicz vor einer ihrer Installationen in Chicago, ...

Künstlerisches Schaffen in der Marktwirtschaft

Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen in der kulturellen Infrastruktur auf den Prozess der ästhetischen Wertschöpfung? Wie in allen ehemaligen sozialistischen Ländern hat sich auch in Polen der Stellenwert künstlerischer Produkte im gesellschaftlichen Kontext stark verändert. Nicht mehr das staatliche Mäzenatentum mit ideologisch-politischen Auflagen, sondern die Marktmechanismen bestimmen meist über den Erfolg neuer Produkte in den einzelnen Kunstbereichen. Auch ästhetisch innovative, religiöse und andere kulturhistorische Inhalte sind vertreten und können unterschiedlichen Konsumentengruppen angeboten werden – wenngleich dies unter dem Druck ökonomischer Erwartungen zum Teil nur durch Subventionen gelingt.

Auch in der polnischen Bevölkerung zeichnet sich, in Abhängigkeit von dem gestiegenen Bildungsniveau, ein starker Wandel im kulturellen Wertesystem ab. Konsumenten älterer Jahrgänge schätzen tradierte und wieder gewonnene kulturhistorische Güter, während die Generation der 20- bis 40-Jährigen einem tief greifenden Wandel ihrer kulturellen Werte ausgesetzt ist. Sie reagieren auf innovative Kultur- und Kunstproduktionen mit dem vergleichenden Blick auf andere Welten, mit denen sie aufgrund von Arbeitsmigration, neuer Ausbildungsinhalte und medialer Erfassung fremder Kulturen in den vergangenen 20 Jahren konfrontiert wurden.

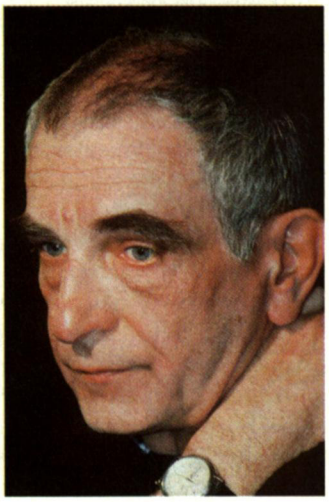
Für die Architekten der neuen Kulturpolitik bedeutet diese Aufspaltung in der Wahrnehmung und Verarbeitung kultureller Werte im Massenbewusstsein eine doppelte Herausforderung: Zum einen sollen alle Produktionen gefördert werden, die die polnische kulturelle Identität stärken, und anerkannte polnische Werke sollen einem internationalen Publikum so präsentiert werden, dass sie einen markanten Platz in der globalen Kulturgesellschaft finden – wie zum Beispiel die Veranstaltungen im polnischen Pavillon auf der EXPO in Shanghai (Juni 2010), wo die Besucher polnische Folklore in Kombination mit der Musik von Frédéric Chopin in raffinierter medialer Aufbereitung begeistert aufnahmen. Zum anderen sollen neben der Pflege nationaler kultureller Werte, etwa auf Buchmessen oder transnationalen Kunstausstellungen, auch die experimentellen Theater- und Kunstszenen gefördert werden, die den Ruf der polnischen Kultur auch über die Grenzen Europas hinaus gestärkt haben. Erfolgreich kann eine vielseitige Kulturpolitik nur dann sein, wenn nicht nur die Werke bedeutender Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Czesław Miłosz oder Wisława Szymborska, Künstlerinnen und Künstler wie Tadeusz Kantor und Magdalena Abakanowicz oder Filmregisseure wie Andrzej Wajda oder Krzysztof Kieślowski vermarktet werden, sondern auch die schöpferische Schubkraft der jungen Künstler und Literaten.



STR / AFP / Getty Images

picture-alliance / dpa / Arne Dedert

picture-alliance / dpa / Jens Kalaene



picture-alliance / dpa

... die Literatur-Nobelpreisträger Czesław Miłosz († 2004) und Wisława Szymborska sowie die Regisseure Andrzej Wajda und Krzysztof Kieślowski († 1996).

Kai-Olaf Lang

Polens Rolle in der internationalen Politik

Mit der Integration in die Nato und dem Beitritt zur Europäischen Union hat Polen wesentliche außenpolitische Ziele erreicht. Die Beziehung zu Deutschland ist kooperativ aber verwundbar, die Klärung des Verhältnisses zu Russland ist eine bleibende Aufgabe.

Hayden Verry / VISUM

Ein fester Teil Europas: Seit dem Umbruch 1989 geht Polens politischer Weg in Richtung Westen. Deutsch-Polnischer Grenzübergang bei Stettin

Gestalterisch oder defensiv, konstruktiv oder trotzig? Es scheint noch nicht ganz klar zu sein, welches dieser Verhaltensmuster Polens Außenpolitik dominiert. Denn das demokratische Polen zeigte sich nach 1989 sowohl als Schwungrad der internationalen und europäischen Politik als auch als hartgesottener Verfechter nationaler Interessen. Während die Teilnahme an zahlreichen Stabilisierungsmissionen auf der ganzen Welt und Warschaus Engagement zugunsten der Ukraine und anderer osteuropäischer Staaten wichtige Beispiele für eine aktive Außenpolitik sind, zeigten mehrfach vorgetragene Veto-Drohungen in der EU, dass Polen bei zentralen außen- oder europapolitischen Fragen entschlossen seinen Weg geht – und auch bereit ist, dafür ernsthafte Verstimmungen mit seinen Partnern in Kauf zu nehmen. Ungeachtet des jeweiligen Kurses steht fest: Polen gehört zu den außenpolitischen Schlüsselakteuren in Europa. Und seit der Mitgliedschaft in NATO und EU hat es nachdrücklich einen außenpolitischen Mitführungs- und Gestaltungsanspruch für den Kontinent und im transatlantischen Verbund angemeldet.

Die „Rückkehr nach Europa", also die Herauslösung aus dem sowjetischen oder postsowjetischen Herrschaftsbereich und die Eingliederung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens, war das Leitmotiv der außenpolitischen Neuorientierung Polens nach der großen Wende des Jahres 1989. Doch wie dieser Prozess konkret verlaufen sollte blieb zunächst ungewiss, denn das Ende der bipolaren Weltordnung warf zahlreiche außenpolitische Ungewissheiten auf. Die von Premierminister Tadeusz Mazowiecki geführte erste nicht-kommunistische Regierung Polens musste bei der Formulierung ihrer Außenpolitik nicht nur äußere Unwägbarkeiten, sondern auch verschiedene interne Restriktionen berücksichtigen: den rasanten innenpolitischen Wandel, teils widerstreitende Vorstellungen über die Ziele der Außen- und Sicherheitspolitik und die Schwierigkeiten der sozial-ökonomischen Transformation. Der Außenminister der Regierung Mazowiecki, Krzysztof Skubiszewski, erklärte Ende September 1989 in seiner ersten Rede vor internationalem Publikum, was in Anbetracht der besonderen strategischen Lage Polens zunächst im Zentrum der neuen Außenpolitik stehen würde: die Schaffung „äußerer Souveränität und innerer Unabhängigkeit."

Der Weg in EU und NATO

Polens demokratische Regierungen agierten daher zunächst umsichtig. Sie artikulierten ihre außen- und westpolitischen Zielvorstellungen klar, aber besonnen; sie hüteten sich davor, Moskau zu erbosen und gegenüber dem Westen als Faktor der Destabilisierung zu erscheinen. In der Sache konzentrierte sich Warschau zu Beginn der 1990er Jahre einerseits darauf, die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarn (Polen hatte vor 1989 drei Nachbarländer, innerhalb kürzester Zeit wurden daraus sieben neue Staaten) auf neue vertragliche Grundlagen zu stellen. Neben dem deutsch-polnischen Verhältnis hatten dabei die Beziehungen zur Sowjetunion bzw. zu Russland Vorrang. Besonders wichtig war für Polen der im September 1993 abgeschlossene Abzug sowjetischer/russischer Truppen – da deren Anwesenheit die limitierte Souveränität Polens versinnbildlichte. Neben den Beziehungen zu den Nachbarn ging es Polen um die Einbindung in das wirtschaftliche und sicherheitspolitische Gefüge des Westens.

Das Auseinanderbrechen der Sowjetunion und der Putschversuch gegen Russlands Präsidenten Jelzin im August 1991 beschleunigten in Polen die Hinwendung zur NATO. Dem polnischen Drängen standen große Vorbehalte aus den Reihen der NATO-Mitglieder gegenüber, da diese eine Verschlechte-

ullstein bild – Reuters

Mit US-amerikanischer Unterstützung streben die osteuropäischen Staaten in die NATO: Gipfeltreffen mit (v.l.n.r.) Aleksander Kwaśniewski (Polen), Bill Clinton (USA), Václav Havel (Tschechien) und Gyula Horn (Ungarn) im Juli 1997

Süddeutsche Zeitung Photo / Caro

Symbolische Stimmabgabe in Wrocław: 2003 stimmt die Mehrheit der Polen in einem Referendum für den EU-Beitritt, das zweite außenpolitische Hauptziel.

rung der Beziehungen zu Russland fürchteten. Gerade in Washington wollte man die „Friedensdividende" nach dem Ende des Kalten Krieges nicht durch Zerwürfnisse mit Moskau aufs Spiel setzen. Neuer Zwist mit Russland, so die Überlegung, wäre mit einem Rückfall in alte Konfliktmuster verbunden und würde dadurch die Rolle der Vereinigten Staaten beim Aufbau einer neuen globalen Ordnung erschweren.

Ein Stimmungswandel in den USA unter der Clinton-Administration und das entschlossene Plädoyer Deutschlands stießen für Polen das Tor zur NATO auf. Nicht zuletzt in den USA obsiegte das stabilitäts- und sicherheitspolitische Argument, demzufolge die Ausdehnung der Allianz die jungen Demokratien im östlichen Europa stärken und die Gefahr eines Sicherheitsvakuums bannen würde. Die „neue NATO" sollte „alten Hass überwinden, Integration voranbringen, ein sicheres Umfeld für Wohlstand schaffen und Gewaltanwendung behindern", so US-Außenministerin Madeleine Albright. Die Anfang 1994 gegründete „Partnerschaft für den Frieden", der die NATO-Staaten und zahlreiche osteuropäische und asiatische Länder angehören, war für Polen ein erster Schritt in Richtung Mitgliedschaft. Die NATO-Länder einigten sich dann formell auf einem im Juli 1997 abgehaltenen Gipfeltreffen in Madrid darauf, Polen zusammen mit Tschechien und Ungarn im März 1999 in das Bündnis aufzunehmen.

Die Eingliederung in die NATO bietet für Polen die Gewähr, nicht in russische Einflusszonen hineingezogen zu werden, in den Genuss der Sicherheitsgarantien der Bündnispartner zu kommen und dadurch auch unter den militärischen und nuklearen Schutzschirm der USA zu gelangen. Die zweite Säule der polnischen Westbindung, die Europäische Gemeinschaft (EG) bzw. die EU, war für Polen demgegenüber vornehmlich ein Kooperationsverbund, durch den eine sozialökonomische Entwicklungslücke geschlossen werden sollte.

Wie im Fall der NATO bestanden auch in der EG/EU lange Aversionen gegenüber der Aufnahme neuer Mitglieder. Furcht vor Machtverlust, Angst vor Entscheidungsstillstand und Abneigung gegenüber den Kosten waren wichtige Ursachen für diese Zurückhaltung. Doch auch hier betrat Polen einen Pfad, der zum Beitritt führen sollte. Ein frühzeitig eingeschlagener Pflock war das bilaterale Europaabkommen vom 16. Dezember 1991, durch das Polen mit den Europäischen Gemeinschaften assoziiert und der gegenseitige Handel sukzessive liberalisiert wurde. Vor allem aber enthielt der Vertrag ein gemeinsames Bekenntnis zur späteren Mitgliedschaft Polens in den Gemeinschaften – die auch im Interesse Deutschlands lag, das angesichts seiner Randlage in der EG die Ausdehnung der europäischen Stabilitäts- und Prosperitätszone nach Osten anstrebte.

Die Staats- und Regierungschefs der EU stellten im Juni 1993 die Weichen: Bei Erfüllung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Kriterien sollten die Länder aus Ostmittel- und Südosteuropa Mitglied der EU werden können. Im Herbst 1998 begann die EU konkrete Beitrittsverhandlungen. Polen durchlief ein umfassendes Anpassungsprogramm, bei dem es darum ging, das polnische Rechtssystem mit dem rechtlichen Besitzstand der EU zu harmonisieren und die Ökonomie Polens marktwirtschaftlich zu erneuern. Dabei prallten beachtliche Interessengegensätze aufeinander, die z.B. die Finanzierung der Erweiterung betrafen: Polen drängte darauf, seine Landwirte von Anfang an voll in das System der Gemeinsamen Agrarpolitik einzubeziehen, musste sich aber mit einer schrittweisen Integration zufrieden geben. Vor allem auf Betreiben Deutschlands und Österreichs wurde eine siebenjährige Übergangsperiode für die Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeitsuchende aus Polen und anderen neuen Mitgliedsländern festgeschrieben.

Auf einem im Dezember 2002 abgehaltenen Treffen des Europäischen Rates in Kopenhagen wurden die letzten strittigen Fragen beigelegt. Polen konnte der EU am 1. Mai 2004 beitreten. Die letzte Hürde auf diesem Weg war die Ratifizierung des Beitrittsvertrags, die in Polen per Referendum ermöglicht werden musste. Bei einer Wahlbeteiligung von 58,8 Prozent sprachen sich 77,4 Prozent für Polens Beitritt aus. Dieses eindeutige Votum war auch eine politische und kulturelle Richtungsentscheidung, mit der der polnische Souverän die Integrationsbemühungen seiner Regierungen eindrucksvoll legitimierte.

Polen in der EU: Bremser oder Schrittmacher?

Der Beitritt zur Europäischen Union markierte für Polen die Vollendung seiner außenpolitischen „Rückkehr" in den Westen. Doch mit der Mitgliedschaft ergaben sich neue Herausforderungen: Jetzt musste sich das Land als europapolitischer Akteur neu aufstellen – was nicht ganz einfach war, da sich der parteiübergreifende Konsens in Sachen Mitgliedschaft nach Erlangung dieses Ziels aufzulösen schien. Gleichzeitig befand sich die EU in einem Prozess „nachholender" institutioneller Reform: Ein quasi-konstitutionelles Dokument, der sogenannte Verfassungsvertrag für Europa, sollte die Handlungsfähigkeit der größeren EU sichern. Ein Kernelement dieser Konstruktion war die Einführung schlankerer Abstimmungsmechanismen, insbesondere der sogenannten doppelten Mehrheit bei Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Diese sah zunächst vor, dass ein Beschluss dann gefasst ist, wenn mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten zustimmt und diese Ländergruppe mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in der EU repräsentiert. Gegen dieses Ansinnen leistete Polen lange Widerstand, weil es sich ein „Kontrollpaket" sichern

AP Photo / Pablo Martinez Monsivais

Die enge Anlehnung an die USA gehört zu den Eckpfeilern polnischer Außenpolitik – auch um den Preis von Verstimmungen in Moskau, Berlin und Paris. Komorowski im Weißen Haus mit US-Präsident Obama, Dezember 2010

picture-alliance / dpa / Imre Foeldi

Polen baut seine Kooperationsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten aus: Treffen der „Visegrád-Gruppe" im Juli 2010 mit Petr Nečas (Tschechien), Iveta Radičová (Slowakei), Viktor Orbán (Ungarn) und Donald Tusk (v.l.n.r.).

wollte, das ihm insbesondere Schutz vor den „Schwergewichten" in der EU sichern würde, die durch die doppelte Mehrheit begünstigt würden.

Polen hatte deswegen auf einem EU-Gipfel vom Dezember 2003 (formal noch als Nicht-Mitglied, das aber wie alle Kandidatenländer vorab in den Reformprozess einbezogen wurde) sein „Nein" zur doppelten Mehrheit formuliert (unterstützt von Spanien). Zwar ermöglichte die polnische Regierung nach wachsendem Druck aus der EU im Juni 2004 einen Kompromiss (mit modifizierten Entscheidungswerten: 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten müssen), doch nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden versuchte Polen (nun geführt von den europakritischen Zwillingen Lech und Jarosław Kaczyński), in den Verhandlungen zur Rettung des Abkommens abermals Änderungen durchzusetzen. Nach zähem Ringen, bei dem Premier Jarosław Kaczyński die Berücksichtigung von sechs Millionen polnischen Kriegsopfern bei der Stimmengewichtung forderte, lenkte Warschau bei einem entscheidenden EU-Gipfel am 21. und 22. Juni 2007 ein.

Im Gegenzug konnte Polen die spätere Einführung der doppelten Mehrheit (ab 2014) und einen Abbremsmechanismus in Streitfällen (die „Ioannina-Formel") erwirken. Außerdem bekam Polen ein *„Opt-out"* bei der Grundrechtecharta, das heißt, diese ist in Polen de facto nicht anwendbar. Hintergrund waren polnische Befürchtungen, die Charta könne etwa dem Europäischen Gerichtshof die Kompetenz geben, gleichgeschlechtliche Ehen im polnischen Recht zu verankern, was die damalige Regierung verhindern wollte.

Trotz einer ambivalenten Haltung des Staatspräsidenten und der von ihm gegründeten Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ratifizierte Präsident Lech Kaczyński im Oktober 2009 das jetzt Lissabon-Vertrag genannte Dokument. Mit seiner Unterschrift entsprach das Staatsoberhaupt der vorherrschenden Stimmung im Land. Als Polens Parlament im Frühjahr 2008 dem Vertrag zugestimmt hatte, sah mehr als die Hälfte der Befragten den Präsidenten in der Pflicht, nun grünes Licht zu geben, nur weniger als ein Zehntel hingegen hätte es lieber gesehen, wenn Lech Kaczyński seine Paraphe verweigert hätte. Dies entsprach der seit Jahren insgesamt EU-freundlichen Haltung der polnischen Bevölkerung.

Das entschlossene Auftreten bei der Reform der EU-Institutionen, aber auch die unmissverständlichen Positionen in der Russlandpolitik oder die sicherheitspolitische Anlehnung an die USA brachten Polen bald das Image eines sperrigen Partners ein. Dieses verdichtete sich während der Regierungszeit der PiS, als Polen seine Europapolitik aus einer Position des Misstrauens gegenüber wichtigen Partnern wie Deutschland, aber auch gegenüber Brüssel führte.

Außenpolitik der Regierung Tusk

Der Regierungswechsel vom Herbst 2007 brachte spürbare Änderungen. Während Polen sich im Verlauf der Kaczyński-Ära zunehmend ins Abseits manövriert hatte, stellte die neu ins Amt gewählte Regierung von Donald Tusk einen proeuropäischen Schwenk in Aussicht. Und tatsächlich betreibt Polen seither eine Europapolitik, die auf der Revitalisierung der Beziehungen zu Berlin und Paris und dem Ausbau guter Kooperationsbeziehungen mit kleineren Mitgliedstaaten (etwa aus Ostmitteleuropa und speziell mit den Ländern der „Visegrád-Gruppe", also mit der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn) beruht. Dieser Stil darf nicht mit Nachgiebigkeit verwechselt werden – auch die „europafreundliche" Regierung Tusk hat konsequent polnische Interessen verfolgt: durch die Lancierung außenpolitischer Initiativen wie der „Östlichen Partnerschaft" (s.u.), aber auch durch neue „Blockadeallianzen", etwa eine Koalition neuer Mitgliedstaaten, die sich Ende 2008 formierte und eine für sie günstigere Lastenteilung in der europäischen Klimapolitik durchsetzen konnte.

Donald Tusk und auch der im Juli 2010 gewählte Staatspräsident Bronisław Komorowski wollen Polen im Zentrum des europäischen Integrationsgeschehens verankern und sein Gewicht durch eine starke EU aufwerten. Im Gegensatz zur souveränitätsbedachten PiS hat die PO prinzipiell kein Problem mit dem *Pooling* (= Zusammenlegung) von nationalen Hoheitsrechten im europäischen Verbund.

Das übergeordnete europapolitische Ziel aller polnischen Regierungen in den nächsten Jahren wird es sein, Polen in eine starke Position in einer politisch-institutionell und wirtschaftlich stabilen EU zu bringen. Polen möchte weder eine verflachende Integration, in der der Gedanke der Solidarität geschwächt würde, noch ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten, in welchem es Gefahr liefe, an einer innereuropäischen Peripherie zu landen. Die Ende 2007 erlangte Mitgliedschaft in der

picture-alliance / dpa / Peer Grimm

Ein veraltetes Hinweisschild beim Dreiländereck Zittau – mit dem polnischen und tschechischen Beitritt zur Schengenzone am 21. Dezember 2007 entfielen Grenzkontrollen zu den EU-Nachbarn.

Schengenzone hatte daher neben den praktischen Vorteilen, etwa dem Wegfall der Personenkontrollen beim Grenzübertritt, auch eine politische Bedeutung.

Einen noch höheren integrationspolitischen Stellenwert wird der Beitritt zur Eurogruppe haben, da in Polen befürchtet wird, diese könne sich zu einem neuen Kern der größeren EU entwickeln. Allerdings sind nach globaler Finanzkrise und immer neuen Erschütterungen der Eurozone Polens diesbezügliche Pläne vorsichtiger geworden. Die Regierung Tusk hatte noch im Herbst 2008 das ambitionierte Ziel verkündet, die Gemeinschaftswährung Anfang 2011 einzuführen. Es zeigte sich jedoch bald, dass dieses Datum aufgrund der währungspolitischen Turbulenzen nicht einzuhalten sein würde. Auf der Grundlage eines soliden wirtschaftlichen Wachstums verkündeten Regierungsvertreter mit beachtlichem Selbstbewusstsein, Polen habe es gegenwärtig nicht eilig, den Euro einzuführen. Allerdings betonte man, dass die Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft in der Währungsunion – einschließlich des Erreichens der Stabilitätsziele – weiterhin ein Regierungsziel sei. Überdies schloss sich Polen dem von Deutschland mitinitiierten „Euro-Plus-Pakt" an, einem im Frühjahr 2011 beschlossenen Programm zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, das sich prinzipiell an die Euro-Länder richtete, dem aber auch andere EU-Mitgliedstaaten beitreten können.

Polens östliche Nachbarn und Russland

Einen Schwerpunkt der Außenpolitik Polens bildet das Beziehungsgefüge zu Russland und den anderen Staaten auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion. In diesem Zusammenhang kommt den Beziehungen zur Ukraine besondere Relevanz zu. Sie wird als Eckstein der strategischen und geopolitischen Ordnung in Osteuropa und im gesamten ex-sowjetischen Bereich gesehen.

Insbesondere nach dem Beitritt zu EU und NATO profilierte sich Polen als Fürsprecher der Ukraine. Polen trat und tritt dafür ein, der Ukraine – wie auch anderen Staaten aus Osteuropa oder dem Südkaukasus – die Türen zum europäischen Integrationsverbund und zum Nordatlantikpakt offen zu halten. Polen gehört zu den erweiterungsfreundlichsten Ländern in der EU; dies wurde auch gegenüber dem Beitrittskandidaten Türkei signalisiert. Polens Engagement in Sachen Ukraine erlebte einen Kulminationspunkt während der „Orangen Revolution" Ende 2004 in der Ukraine. Der polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski spielte damals als Vermittler zwischen dem prowestlichen, „orangefarbenen" Lager und den eher russlandfreundlichen „blauen" Kräften eine zentrale Rolle und trug wohl entscheidend dazu bei, dass in Kiew ein friedlicher Machtwechsel vollzogen werden konnte.

Polen ließ in seinem Einsatz für die Ukraine und andere Staaten in der Region auch in der Folgezeit nicht nach. In der Europäischen Union und deren Außenpolitik sieht Polen ein effizientes Instrumentarium, um seine ostpolitischen Interessen umzusetzen. Als Unionsmitglied begrüßte Polen den Start der 2004 angeschobenen „Europäischen Nachbarschaftspolitik" (ENP), also eines neuen Kooperationsrahmens zur Verbesserung des wirtschaftlichen und politischen Austauschs zwischen der EU und ihren direkten Nachbarn. Allerdings wollte Warschau von Anfang an mehr: Ländern wie der Ukraine sollte auch eine Beitrittsanwartschaft gegeben werden. Nachdem Frankreich 2007/08 die Gründung der Mittelmeerunion, also eines spezifischen regionalen Kooperationsforums für die mediterranen Nachbarn der EU, durchgesetzt hatte, lancierte Polen – zusammen mit Schweden – in Gestalt der „Östlichen Partnerschaft" ein Pendant für die östliche Dimension der EU. Das im Frühjahr 2009 offiziell eröffnete Programm sieht eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn unter dem Dach der ENP vor: Drei osteuropäische und drei Südkaukasusländer erhalten die Möglichkeit, sich multilateral mit der EU zu Themen wie Demokratie, Wirtschaft, Energie und Zivilgesellschaft zu vernetzen. Gleichzeitig sollen die bilateralen Beziehungen dieser Länder zur EU durch neue Assoziierungsabkommen ausgebaut werden.

Warschau nährte durch Initiativen wie die Östliche Partnerschaft die Skepsis vieler russischer Beobachter, die in Polen einen Rivalen um Einfluss im postsowjetischen Raum sehen. Doch es sind noch weitere Faktoren, die immer wieder für Verwerfungen zwischen Polen und Russland sorgen: Polen sieht sich in einer Situation energiepolitischer Abhängigkeit von Russland und ist daher bemüht, vor allem bei der Gasversorgung eine Diversifizierungspolitik weg von russischen Einfuhren zu betreiben. Im Fall der „Nord-Stream-Pipeline" durch die Ostsee, die russische Gasvorkommen direkt mit Deutschland verbinden soll, besteht die Befürchtung, dass Polens Bedeutung als Transitraum für russisches Erdgas sinkt und somit die energiepolitische Asymmetrie zunimmt. Polnisch-russische Verstimmungen gab es regelmäßig auch wegen sicherheitspolitischer Probleme. Moskau stand dem polnischen NATO-Beitritt immer ablehnend gegenüber. Nach der Erweiterung der Allianz haben polnische Rufe nach der Stationierung von Bündnistruppen auf eigenem Territorium für Unmut in Russland gesorgt. Negativ steht Moskau auch zum sicherheitspolitischen Sonderverhältnis Polens zu den USA, wie es sich etwa in Plänen zur Installation von Elementen der US-Raketenabwehr niederschlug. Russlands teils scharfe Reaktionen gegen die mögliche Anwesenheit westlicher Militär-Hardware und Soldaten haben Polens Sorgen und den Wunsch nach militärischer Kooperation mit den USA immer wieder verstärkt.

Verkompliziert wurden und werden die polnisch-russischen Beziehungen überdies durch historische Fragen. Polen verlangte klare Worte Moskaus zum Ribbentrop-Molotow-Pakt (der deutsch-sowjetische Nicht-Angriffspakt von 1939, auch als „Hit-

ler-Stalin-Pakt" bezeichnet), zum Einmarsch der Roten Armee in den Gebieten Ostpolens am 17. September 1939, zur Erschießung von tausenden polnischen Offizieren in Katyń und an anderen Orten im Frühjahr 1940 oder zur Rolle sowjetischer Truppen während der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im August 1944. Dieser Aufstand der polnischen „Heimatarmee" wurde von den deutschen Besatzungstruppen durch Massaker an der Zivilbevölkerung und die fast vollständige Zerstörung der Stadt niedergeschlagen – der Roten Armee machten die polnischen Widerstandskämpfer den Vorwurf, den Aufstand nicht unterstützt zu haben, obwohl sie dazu in der Lage gewesen wäre. Russland sah Polen eher als undankbaren Partner, der unter großen Opfern durch die Sowjetunion befreit wurde, und nicht als Geschädigten Moskauer Politik. Gleichzeitig verwies Moskau auf seiner Auffassung nach vorgefallene polnische Verbrechen wie etwa das Schicksal mehrerer Tausend Rotarmisten, die während des polnisch-sowjetischen Krieges zwischen 1919 und 1921 in polnischer Gefangenschaft ums Leben gekommen waren.

Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft

Polens Mitgliedschaft in der Europäischen Union erwies sich zunächst als zusätzliches Problem in den polnisch-russischen Beziehungen, denn Polen drängte auf eine gemeinsame und konsequente Russlandpolitik. Überdies „europäisierte" Polen teils auch seine bilateralen Probleme mit Russland. Nachdem Moskau ein Embargo gegen Fleischimporte aus Polen verhängt hatte, blockierte Polen im November 2006 die Aufnahme von Verhandlungen der EU über ein neues Grundlagenabkommen mit Russland – die EU und ganz explizit die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 mussten somit Polens Konflikt mit Russland als eigene Angelegenheit betrachten. Russland war angesichts dessen lange daran interessiert, Polen in der EU zu isolieren.

Diese spannungsgeladene Situation hat sich seit 2007 geändert. Polens damals ins Amt gekommene Regierung schrieb sich eine pragmatische Linie in der Russlandpolitik auf ihre Fahnen. Eine bilaterale „Arbeitsgruppe für schwierige Fragen" wurde reaktiviert; sie arbeitet daran, insbesondere bei sensiblen Vergangenheitsthemen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Auch scheint Moskau angesichts des wachsenden Gewichts Polens in der EU nun an einem konstruktiven Dialog gelegen. Anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs am 1. September 2009 verurteilte Russlands Premierminister Wladimir Putin in einem offenen „Brief an die Polen" den Ribbentrop-Molotow-Pakt. Polens Premier Tusk und Putin trafen sich am 7. April 2010 in Katyń, um gemeinsam des Massakers von 1940 zu gedenken. Als drei Tage danach das Flugzeug mit dem polnischen Staatspräsident Kaczyński und zahlreichen hochrangigen Vertretern des öffentlichen Lebens auf dem Weg nach Katyń am Flughafen von Smolensk verunglückte, verlieh dies den polnisch-russischen Beziehungen zunächst einen positiven emotionalen Impuls, da die russische Führung, aber auch die russische Öffentlichkeit intensiv am polnischen Leid Anteil nahmen. Auch wenn in zahlreichen Politikfeldern zwischen Polen und Russland nach wie vor erhebliches Konfliktpotenzial besteht, so sind beide Länder offensichtlich bereit, sich auf eine Versachlichung ihrer Beziehungen einzulassen.

Zeichen einer vorsichtigen Annäherung: Russlands Premierminister Wladimir Putin gedenkt am 7. April 2010 der Ermordeten von Katyń.

picture-alliance/dpa/Radek Pietruszka

NATO und EU: sicherheitspolitische Pfeiler

Polens Außenhandeln ist in vielerlei Hinsicht „versicherheitlicht" – und die Ursachen hierfür sind tief im kollektiven Gedächtnis des Landes verankert. Eingekeilt zwischen Großmächten in Ost und West ergaben sich aus Polens geopolitischer Lage über Jahrhunderte existenzielle Bedrohungen.

Mit der Aufnahme in die NATO und in eine EU, die sich zunehmend auch als Sicherheitsverbund versteht, schien Polens großes Sicherheitsbedürfnis weitgehend befriedigt. Doch der Wandel des globalen Sicherheitsumfelds, die Neuausrichtung des Nordatlantikpakts und die sicherheitspolitische Verortung wichtiger europäischer Partner, die sich phasenweise von den USA zu emanzipieren und an Russland zu orientieren begannen, ließen in Polen Zweifel an der Effizienz der bestehenden Beistandsmechanismen aufkommen. Nach dem Ende des Kalten Krieges und insbesondere im Gefolge des 11. September 2001 entwickelte sich die NATO weg von einem vorrangig auf Territorialverteidigung angelegten Pakt und hin zu einer Organisation mit globalem Aktionsradius, die ihre Aufgabe nicht zuletzt in Friedenseinsätzen unterschiedlicher Couleur sieht. Polens Dilemma besteht darin, dass es eigentlich die „alte NATO" wollte, aber gezwungen ist, die Transformation hin zur „neuen NATO" zu unterstützen – gerade auch deswegen, weil dieser Umbau den Zielen der USA entspricht.

Polen verfolgt daher einen zweigleisigen Kurs – einerseits engagiert es sich als loyaler Partner in den großen Missionen der NATO. So ist das Land mit einem Kontingent von rund 2600 Soldaten in Afghanistan präsent (diese sollen laut Staatspräsident Komorowski bis Ende 2012 abgezogen werden). Andererseits erwartet Polen hierfür die Wahrung und Stärkung des klassischen Profils der NATO, also ein klares Bekenntnis zu Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, der gegenseitigen Beistandspflicht im Verteidigungsfall.

Es bleibt in Polen ein Unbehagen über den Zustand des Bündnisses, da sich keine nennenswerten NATO-Truppen auf polnischem Boden befinden. Mit Blick auf die Evolution der NATO formulierte ein polnischer Außenstaatssekretär, die NATO sei „nicht mehr die Allianz unserer Träume". Polen ist daher auf der Suche nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien. Zuvorderst rangiert hierbei das bilaterale Bündnis mit den USA. Schon

der Schulterschluss mit Washington während des Golfkrieges 2003 oder die Anschaffung amerikanischer Kampfjets für die polnische Luftwaffe zeigten, dass Polen an einer starken sicherheitspolitischen Verkettung mit den Vereinigten Staaten interessiert ist. Eine neue Qualität sollte Polens Involvierung in das Projekt der US-Raketenabwehr schaffen. Zwar richten sich die amerikanischen Pläne gegen potenzielle Bedrohungen aus dem Nahen Osten, aus polnischer Sicht wäre jedoch die Stationierung von Teilen des Abwehrsystems und somit amerikanischem Militär eine Rückversicherung gegen Risiken auch aus dem Osten. Nachdem die Obama-Administration im September 2009 von der Konzeption der Regierung Bush abgerückt war, pochte Polen weiter auf die Umsetzung der im Sommer 2008 vereinbarten Maßnahmen. Im Frühjahr 2010 wurde in das nordpolnische Morąg (Mohrungen) eine Batterie amerikanischer Boden-Luft-Abwehrraketen vom Typ *Patriot* verlegt, die dort zu Übungszwecken im Rotationssystem zunächst viermal pro Jahr für einen Monat präsent ist (und ab 2012 dauerhaft stationiert sein soll).

Doch der „instinktive Atlantizismus" in Polens strategischer Kultur wird zunehmend durch die sicherheitspolitische Dimension der EU ergänzt. Polen stand der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) erst reserviert gegenüber, denn man vermutete, mit der Stärkung der ESVP würde das transatlantische Bündnis unterminiert. Diese Zurückhaltung wich jedoch rasch einer aktiven Beteiligung – denn nur auf diesem Weg glaubt man, die Richtung der ESVP mitbestimmen zu können. So brachte sich Polen aktiv in konkrete EU-Missionen (etwa im früheren Jugoslawien, aber auch im Kongo oder im Tschad) ein und ist Führungsnation eines EU-Kampfverbandes (einer *Battlegroup*, also einer der Formationen, die die Krisenreaktionskräfte der Europäischen Union bilden). Die Evolution des polnischen Standpunkts führte dazu, dass Polen die EU und speziell die ESVP bzw. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP, Bezeichnung seit dem Lissabon-Vertrag) mittlerweile neben der NATO als zweiten Pfeiler seiner Sicherheit ansieht. Warschau wird bei seinem Plädoyer für eine Festigung der GSVP jedoch immer darauf bedacht sein, dass diese nicht mit der NATO konkurriert.

Deutsch-polnische Beziehungen

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs bedurfte es eines langen Prozesses, bis Deutsche und Polen zu einer brüchigen Normalität fanden. Der NS-Terror in Polen, aber auch Flucht und Vertreibung sowie ein neuer Grenzverlauf waren unter den Bedingungen des Kalten Krieges Hypotheken einer schlimmen Vergangenheit, die nur mühselig abgetragen werden konnten. Wichtige Wegmarken bei der schwierigen Ingangsetzung eines Dialogs waren der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe Polens an ihre deutschen Amtsbrüder aus dem Jahr 1965 und die Unterzeichnung des bilateralen Grundlagenvertrags im Dezember 1970, die von dem legendären Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal des Warschauer Ghettoaufstands begleitet wurde.

Doch erst die Wende des Jahres 1989 brachte eine neue Qualität in die deutsch-polnischen Beziehungen. Wie eng Deutschland und Polen auf einmal aneinander gekettet waren, manifestierte sich in den Herbsttagen 1989. Als sich im November dieses Jahres Bundeskanzler Helmut Kohl für eine mehrtägige Reise in Polen aufhielt, fiel die Berliner Mauer. Der Kanzler unterbrach seinen Besuch kurzfristig, kehrte aber umgehend nach Polen zurück und nahm mit seinem Gegenüber Tadeusz Mazowiecki an einer im Zeichen der Aussöhnung stehenden Messe im niederschlesischen Kreisau teil. Das sich zur Vereinigung aufmachende Deutschland stand plötzlich im Verbund mit dem freien und demokratischen Polen, dem Wegbereiter des Systemwechsels in Ostmitteleuropa.

Natürlich musste in der Situation dynamischen Wandels, in Anbetracht fortbestehender Meinungsverschiedenheiten und aufgrund historisch begründeter Ängste vieler Polen vor Deutschland, das deutsch-polnische Verhältnis rasch auf ein neues Fundament gestellt werden. Zwei Dokumente waren von besonderer Bedeutung: der Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990, der Oder und Neiße auch als Grenze zwischen dem vereinigten Deutschland und Polen bestätigte, und der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991, der zur Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in einem breiten Themenspektrum aufrief, die Rechte der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Gruppe in Deutschland absicherte, aber vor allem Deutschlands Engagement für Polens europäische Bestrebungen fixierte.

In den 1990er Jahren folgte eine historisch wohl einzigartige Belebung der deutsch-polnischen Kooperation. Der wirtschaftliche Austausch nahm stetig zu, politische Kontakte auf allen Ebenen wurden geknüpft, die Verflechtung entlang der Grenze und generell zwischen den Gesellschaften intensivierte sich. Zentraler Baustein des vom damaligen Außenminister Krzysztof Skubiszewski als „Interessengemeinschaft" bezeichneten deutsch-polnischen Miteinanders war sicherlich Deutschlands – aus wohlverstandenem Eigeninteresse folgende – Unterstützung für Polens Wunsch, den Europäischen Gemeinschaften bzw. der NATO beizutreten. Beide Seiten drückten immer wieder den Willen zur Versöhnung als Basis für eine nach vorne gerichtete Partnerschaft aus. Charakteristisch sind die Worte, die der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski am 28. April 1995 anlässlich einer Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Kriegsendes im deutschen Bundestag vortrug: „Das Gedenken und die historische Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten dafür jedoch nicht Hauptmotivation sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen."

Teils unabhängig, teils unterstützt durch die politische Zusammenarbeit erfolgte in dieser Phase auch eine bis heute fortlaufende Vertiefung der gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen

Ein Kniefall vor den Opfern der deutschen Geschichte: Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 am Denkmal für die Helden des Ghettos in Warschau

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Engelbert Reineke

Interaktionen. Das auf der Grundlage des Nachbarschaftsvertrags 1991 gegründete Deutsch-Polnische Jugendwerk hat in den zwei Jahrzehnten seines Bestehens dafür gesorgt, dass mehr als zwei Millionen junge Menschen aus beiden Ländern zusammenkamen. Mehr als 600 deutsch-polnische Städtepartnerschaften, die rege Kooperation zwischen deutschen Bundesländern und polnischen Woiwodschaften sowie eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen haben ebenso wie die große Gruppe von Menschen mit polnischem Migrationshintergrund in Deutschland (das polnische Außenministerium ging für das Jahr 2009 von rund zwei Millionen Personen aus, die deutsche Statistik kam für 2008 auf rund 1,4 Millionen Menschen; innerhalb dieser Gruppe liegen allerdings beachtliche Statusunterschiede vor) die beiden Gesellschaften auch auf einer persönlichen Ebene immer enger verflochten.

Nach wie vor bestehen aber Unterschiede in der gegenseitigen Wahrnehmung. Das Deutschlandbild in Polen hat sich seit Beginn der 1990er Jahre nachhaltig verbessert. Umfrageergebnisse zeigen beispielsweise, dass Deutschland in Polen als wichtigster politischer und wirtschaftlicher Kooperationspartner betrachtet wird und sich die Sympathiewerte gegenüber dem Nachbarn im Westen (verglichen mit anderen Nationen) einigermaßen stabil im Mittelfeld bewegen. Demgegenüber scheinen Stereotype in Deutschland langlebiger zu sein. Nachdem viele Deutsche lange Zeit skeptisch oder gar ablehnend auf Polen geblickt hatten, scheint sich erst allmählich ein günstigerer Trend durchzusetzen. Bei einer im Juni 2011 veröffentlichten Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach ergaben sich in Deutschland (erstmals seit Beginn der Erhebungen zu Beginn der 1990er Jahre) positive Sympathiewerte für den Nachbarn im Osten – ein Hinweis darauf, dass trotz politischer Verwicklungen und immer noch bestehender Unkenntnis ein Wandel des Polenbildes zum Guten stattfindet.

Schwierigkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis

Dieses Erfolgsmodell der deutsch-polnischen Beziehungen kam nach gut einem Jahrzehnt an seine Grenzen. Gerade mit der nahenden polnischen EU-Mitgliedschaft zeigte sich, dass die wachsende „Europäisierung" des gegenseitigen Verhältnisses nicht nur stabilisiert, sondern auch Quelle für Spannungen sein kann. So standen Deutschland und Polen bei der Diskussion um die doppelte Mehrheit für Beschlüsse im Rat der EU auf unterschiedlichen Seiten. Der Irak-Krieg 2003 hatte in Deutschland Kommentare über Polen als „trojanisches Pferd" der USA in Europa hervorgerufen, während man in Polen das Zusammenwirken von Bundeskanzler Gerhard Schröder, dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und dem russischen Präsidenten Putin als neue „Achse Paris-Berlin-Moskau" bezeichnete und im tradierten historischen Koordinatensystem als Bedrohung empfand. Verunsicherung löste auch die deutsche Russland-Politik aus, insbesondere der Bau der Ostseepipeline Nord Stream, die in Polen als illoyales Unterfangen eines Bündnispartners verstanden wird.

Überdies sorgten historische Themen wieder für Verstimmungen. In Polen kritisierte man insbesondere Pläne, in Deutschland ein „Zentrum gegen Vertreibungen" zu erstellen. Darin sah man einen breiteren Geschichtsrevisionismus aufziehen, in dem sich Deutsche angeblich von Tätern zu Opfern umdeuten und die einzigartigen eigenen Verbrechen durch die Aufrechnung mit dem Leid, das Deutschen widerfahren ist, relativieren. Auch der im Anschluss gefundene innerdeutsche Kompromiss, ein öffentlich finanziertes „sichtbares Zeichen", das in Form der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" Gestalt annahm, wurde in Polen skeptisch aufgenommen. Unterfüttert wurde die polnische Zurückhaltung durch Äußerungen von deutschen Vertriebenenfunktionären, die polnische und tschechische Historiker dazu veranlassten, sich aus dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung zurückzuziehen.

Es zeigte sich, dass die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem EU-Beitritt Polens keineswegs automatisch einfacher wurden. Dennoch fingen beide Länder an, sich wieder auf ihre Verantwortung für Europa zu besinnen. In der größeren Europäischen Union hat der deutsch-französische Motor seine Prägekraft verloren, zumindest fehlt ihm die kritische Masse, um – ähnlich wie in der Vergangenheit – gesamteuropäische Steuerungsfunktionen zu erbringen. Die Zusammenarbeit zwischen dem bevölkerungsreichsten Mitgliedsland und dem größten der ostmitteleuropäischen EU-Länder kann daher wichtige Impulse für die europäische Integration beisteuern.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle erklärte, dass Deutschland das „Niveau an Nähe" in der deutsch-französischen Freundschaft auch im Verhältnis zu Polen anstrebe. Dieses Ziel soll durch eine weitere Verdichtung der politischen Kontakte (Polen ist z.B. eines der wenigen Länder, mit denen Deutschland gemeinsame Regierungskonsultationen abhält), der europapolitischen Zusammenarbeit (etwa in der Russland- und Ostpolitik oder in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) sowie des kulturellen und gesellschaftlichen Austauschs erreicht werden. Und in Polen hat nach der Etappe der PiS-Regierungen, die auf Distanz zu Deutschland gingen, ein Bewusstsein Oberhand gewonnen, das in Deutschland keinen Rivalen, sondern einen primären Kooperationspartner sieht. In den kommenden Jahren werden Themen wie die europäische Russland- und Nachbarschaftspolitik, die Energiepolitik, die GSVP oder die Ausformung des Binnenmarktes Gegenstand deutsch-polnischer Europapolitik sein. Im Rahmen einer gemeinsamen deutsch-polnischen Kabinettssitzung anlässlich des 20. Jahrestags des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags bekräftigten die Regierungen beider Länder den Willen, eine „Partnerschaft für Europa" zu etablieren und für eine „Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Einheit" des Kontinents zu arbeiten.

Polen als Gestaltungsfaktor in der internationalen und europäischen Politik

Mit der Mitgliedschaft in EU und NATO, mit einem – allen Reibungen zum Trotz – konstruktiven Verhältnis zu Deutschland und mit einer *special relationship* zu den USA konnte Polen nicht nur die Nachkriegsära abschließen, sondern eine lange Phase seiner Geschichte überwinden, in der das Land Spielball europäischer Mächte war. Viele der historischen Hinterlassenschaften und Traumata wirken nach und werden Polens außenpolitisches Gebaren auf lange Zeit prägen. Doch

die neuen internationalen Kooperationskontexte, durch die das Land vom passiven *policy taker* zum aktiven *policy maker* avancierte, können langfristig einige der historisch begründeten Verhaltensmuster ändern helfen. Polens intensive wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Verflechtungen mit Deutschland machen die deutsch-polnischen Beziehungen robuster und können bei Wahrung gegenseitiger Loyalität eine Vertrauensdividende schaffen. Polens Interesse an einer solidarischen EU prädestiniert das Land dazu, als Wächter eines handlungsfähigen und ungeteilten europäischen Integrationsverbunds aufzutreten. Unter der Voraussetzung, dass die Sicherheitsgemeinschaften NATO und EU nichts an ihrer Effizienz verlieren und die Sonderbeziehung zu den USA gewahrt bleibt, kann Polen seine Beziehungen zu Russland nicht nur im Licht existenzieller Bedrohungen, sondern auch unter dem Blickwinkel der Zusammenarbeit wahrnehmen. Dieses wird es Polen wiederum erleichtern, seinen Belangen hinsichtlich der Ukraine und anderer östlicher Nachbarn der EU Geltung zu verschaffen.

Effizienter als in der Vergangenheit werden bilaterale Beziehungen unter der Regierung Tusk gepflegt. Die Festigung der deutsch-polnischen Beziehungen und die schrittweise Annäherung an Frankreich eröffnen neue Perspektiven für das Weimarer Dreieck – also die trilaterale Kooperation zwischen Frankreich, Deutschland und Polen, die bei einem Treffen der Außenminister aus den drei Ländern im August 1991 etabliert worden war. Durch den verbesserten Austausch mit den mitteleuropäischen Partnern, den Ländern des Baltikums und Nordeuropas sowie den Nachbarn jenseits der polnischen Ostgrenze steigen auch die Aussichten, zu einer regionalen Führungsmacht aufzusteigen. Wie weit dieser Prozess tragen wird, wird sich erst in einigen Jahren zeigen. Vieles wird davon abhängen, ob Polen

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Steffen Kugler

Polen will Europa aktiv mitgestalten. Die Repräsentanten des Weimarer Dreiecks am 7. Februar 2011 in Warschau: Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, Gastgeber Bronisław Komorowski und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

die inneren Voraussetzungen seiner Außen- und Europapolitik optimiert, ob es zum Beispiel die Modernisierung von Staat und Verwaltung bewerkstelligt, ob sich die solide wirtschaftliche Entwicklung durch entschlossene Reformen verstetigen lässt, ob ein lagerübergreifender außenpolitischer Konsens zwischen den großen politischen Kräften entsteht und ob Polens Demokratie nicht zuletzt durch die Festigung zivilgesellschaftlicher Strukturen vertieft und abgestützt wird. Polen hat die Markenzeichen seiner Außenpolitik bereits geprägt: Es wird auf lange Zeit eine in ihren Werten solidarische, in ihrer Sicherheitsorientierung euro-atlantische und ihrem geographischen Fokus ostorientierte Außenpolitik betreiben.

Polen am Scheideweg

Schockstarre lähmt Polen am Tage nach der Katastrophe von Smolensk, der nationalen Tragödie. Der Verlust ist ungeheuer, bis zum Unbegreiflichen. Mit Präsident Lech Kaczyński kamen die Spitze der Armee, führende Politiker und Wirtschaftler ums Leben, ferner Vertreter der Volksbewegung wie Anna Walentynowicz, die große Symbolfigur der Volksbewegung Solidarność. Im Wald vorm Smolensker Flughafen ist auch ein Stück polnischer Geschichte zugrunde gegangen.

Ein älteres tragisches Kapitel der polnischen Geschichte kehrt gleichzeitig überwältigend in die Erinnerung zurück. In Katyń, dem Reiseziel des Präsidenten, hat Stalins Geheimdienst vor genau siebzig Jahren die bürgerliche und militärische Elite des von Hitlers Wehrmacht überfallenen polnischen Staates niedermachen lassen, und jahrzehntelang hat die Sowjetunion sich der Verantwortung dafür zu entziehen gesucht. [...]

Es mag milder stimmen, dass Russlands Premierminister Putin Gesten des Mitleids gefunden und Staatstrauer angeordnet hat. Versöhnen tut es noch nicht. Das Verhältnis Polens zu seinem großen östlichen Nachbarn ist historisch belastet, zu seinem westlichen Nachbarn Deutschland übrigens nicht minder. Seine Staatlichkeit hat Polen gegen beide erkämpfen müssen, und beide haben sich dem zu stellen, was sie durch Jahrhunderte angerichtet haben. [...]

In jüngster Zeit hat es wieder Gründe für diese Haltung gegeben: der feierliche Akt zum Baubeginn der Ostsee-Pipeline, durch die Warschau sich umgangen und abgeklemmt sieht; der jüngste Abrüstungsvertrag, der die USA näher an Russland führen und damit das Gewicht Polens als eines strategischen Partners Washingtons schmälern könnte; der US-Verzicht auf Raketenbasen an der pommerschen Ostseeküste. Die Weltpolitik nimmt nicht so sehr auf Polen Rücksicht, wie es die Nationalbewussten dort wünschen mögen.

Doch dieser große mitteleuropäische Staat ist Teil der Europäischen Union. In dieser ist der Spielraum für Nationalismus enger geworden. Das ist unumkehrbar, selbst wenn an der Weichsel (und an der Donau und an der Moldau) Bewegungen nicht zu knapp gedeihen, die den traditionellen einzelstaatlichen Bezugsrahmen gar nicht zu verlassen gedenken. Es ist ein spezifisch polnischer Widerspruch: Die spontan entstandene Arbeiterbewegung, die sich in der Gewerkschaft Solidarność sammelte, hat ganz entscheidend geholfen, die stalinistische Ordnung und damit die Erstarrung Europas in Blöcken aufzubrechen. Sie hat ihre Nation nach Europa geführt, obwohl sie ein geeintes Europa wohl nicht erahnt hat. Es ist das unausweichliche Schicksal vieler Revolutionen – und die Aktion der Solidarność war eine –, andere Ziele zu erreichen als die, die auf den Transparenten standen.

Mit anderen Worten: Die polnische Gesellschaft steht in einer Entscheidungssituation – zwischen sich selbst und Europa, zu dem sie aber gehört und in das sie sich ganz einfinden muss.

Karl Grobe, „Ein historischer Verlust", in: Frankfurter Rundschau vom 12. April 2010

Literaturhinweise

Alexander, Manfred: Kleine Geschichte Polens (bpb-Schriftenreihe Bd. 537), Bonn 2006, 422 S.

Bachmann, Klaus: Repression Protest Toleranz. Wertewandel und Vergangenheitsbewältigung in Polen nach 1956, Dresden 2010, 364 S.

Behrens, Alexander (Hg.): „Durfte Brandt knien?" – Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag, Bonn 2010, 150 S.

Bereś, Witold / Burnetko, Krysztof: Marek Edelman erzählt, Berlin 2009, 687 S.

Bingen, Dieter / Loew, Peter Oliver / Ruchniewicz, Krzysztof / Zybura, Marek (Hg.): Erwachsene Nachbarschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1991 bis 2011, Wiesbaden 2011, 459 S.

Bingen, Dieter / Ruchniewicz, Krysztof (Hg.): Länderbericht Polen (bpb-Schriftenreihe Bd. 735), Bonn 2009, 688 S.

Böhler, Jochen: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939 (bpb-Schriftenreihe Bd. 550), Frankfurt/Main, Bonn 2006, 288 S.

Boll, Friedhelm (Hg.): „Nie mehr eine Politik über Polen hinweg": Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, 336 S.

Borodziej, Wlodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, 489 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939-1959 (bpb-Schriftenreihe Bd. 1015), Bonn 2009, 256 S.

Dies. (Hg.): Deutsche und Polen. Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2005, Bonn 2005, 48 S. (online: www.bpb.de/apuz -> Jahrgang 2005)

Chwalba, Andrzej: Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1985 bis 2005, Wiesbaden 2010, 220 S.

Deutsches Polen-Institut (Hg.): Jahrbuch Polen mit jährlich wechselnden Themenschwerpunkten, Wiesbaden. (Näheres www.deutsches-polen-institut.de -> Publikationen -> Jahrbuch Polen)

Diedrich, Torsten / Heinemann, Winfried / Ostermann, Christian (Hg.): Der Warschauer Pakt (bpb-Schriftenreihe Bd. 782), Bonn 2009, 368 S.

Gross, Jan Tomasz: Nachbarn: der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001, 195 S.

Grossmann, Chaika: Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Białystok, Frankfurt/Main 1993, 554 S.

György, Dalos: Der Vorhang geht auf (bpb-Schriftenreihe Bd. 769), Bonn 2009, 272 S.

Hahn, Hans Henning / Hahn, Eva: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010, 839 S.

Hengstenberg, Peter / Niewiem, Sylvia A. / Rode, Clemens: Länderanalyse Polen: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel – Polen auf dem Weg in seine europäische Zukunft. Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008.

Als PDF verfügbar unter http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05580.pdf

Hofmann, Gunter: Polen und Deutsche. Der Weg zur europäischen Revolution 1989/1990, Berlin 2011, 460 S.

Holzer, Jerzy: Polen und Europa (bpb-Schriftenreihe Bd. 670), Bonn 2008, 163 S.

Jäger-Dabek, Brigitte: Polen. Eine Nachbarschaftskunde (bpb-Schriftenreihe Bd. 431), Bonn 2003, 256 S.

Karski, Jan: Mein Bericht an die Welt. Geschichte eines Staates im Untergrund, hg. von Céline Gervais-Francelle, München 2011, 619 S.

Kassow, Samuel D.: Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos, Reinbek bei Hamburg 2010, 750 S.

Kerski, Basil: Die Dynamik der Annäherung in den deutsch-polnischen Beziehungen. Gegenwart und Geschichte einer Nachbarschaft, Düsseldorf 2011, 491 S.

Kneip, Matthias / Mack, Manfred (Hg.): Polen: Darstellungen und Materialien: Polnische Gesellschaft, Schülerbuch, Berlin November 2011, 192 S.

Dies. (Hg.): Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Darstellungen und Materialien für den Geschichtsunterricht (mit CD-ROM), Berlin 2007, 192 S.

Kochanowski, Jerzy: Der Kriegsbeginn in der polnischen Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 36-37/2009 „Zweiter Weltkrieg", Bonn 2009 (online: www.bpb.de/apuz -> Jahrgang 2009)

Kühn, Hartmut: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999, 618 S.

Lawaty, Andreas / Orłowski, Hubert (Hg.): Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik, 2., Aufl., München 2006, 632 S.

Mechtenberg, Theo: Polens katholische Kirche zwischen Tradition und Moderne, Dresden 2010, 260 S.

Michael, Holger: Der schwarze Mythos. Die katholische Kirche in Polen im 20. Jahrhundert. Ein politischer Überblick, Berlin 2009, 319 S.

Młynarczyk, Jacek Andrzej (Hg.): Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009, 539 S.

Omilanowska, Małgorzata: Tür an Tür. Polen-Deutschland. 1000 Jahre Kunst und Geschichte (Ausstellungskatalog), Berlin September 2011, 700 S.

Riechers, Albrecht / Schröter, Christian / Kerski, Basil (Hg.): Dialog der Bürger. Die gesellschaftliche Ebene der deutsch-polnischen Nachbarschaft, Osnabrück 2005, 478 S.

Sachs, Jeffrey: Der Aufbau einer Marktwirtschaft in Polen, in: Spektrum der Wissenschaft, Nr.5, 1992.

Szarota, Tomasz: Stereotype und Konflikte. Historische Studien zu den deutsch-polnischen Beziehungen, Osnabrück 2010, 395 S.

Vetter, Reinhold: Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis, Berlin 2008, 207 S.

Zaslavsky, Victor: Klassensäuberung. Das Massaker von Katyń (bpb-Schriftenreihe Bd. 726), Bonn 2008, 141 S.

Internetadressen

http://de.poland.gov.pl -> Website der polnischen Regierung

www.bpb.de -> Themen -> Europa -> Polen (online-Dossier)

www.bpb.de -> Publikationen -> Fluter -> Nr. 4: Mehr Europa – Polen (pdf-Version)

www.deutsches-polen-institut.de/

www.dialogonline.org -> Deutsch-Polnisches Magazin

www.dpjw.org -> Deutsch-polnisches Jugendwerk

www.laender-analysen.de -> Polen-Analysen

www.portalpoint.info -> Deutsch-polnisches Portal

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Dieter Bingen ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt und Honorarprofessor für das Gebiet „Kultureller Wandel und gesellschaftliche Transformationsprozesse in Europa" am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Zittau/Görlitz (FH). Seine Forschungsschwerpunkte: Polnische Zeitgeschichte und Politik, Politisches System Polens, Religion und Kirche in Polen nach 1945, Polnische Außen- und Sicherheitspolitik, Politische Systeme und Systemtransformation in Ostmittel- und Südosteuropa, Deutsch-polnische Beziehungen, Integrationspolitik in Europa.
Kontakt: bingen@dpi-da.de

Prof. Dr. Dariusz Kiełczewski ist Leiter des Instituts für nachhaltige Entwicklung an der Universität Bialystok (Polen) und Chefredakteur der Quartalsschrift Optimum. Studia Ekonomiczne.

Dr. sc. pol. Kai-Olaf Lang ist Stellvertretender Forschungsgruppenleiter der Forschungsgruppe EU-Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Außen- und Sicherheitspolitik Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns, EU-Beitritt dieser Länder, Transformations- und Konsolidierungsprozess in den Visegrad-Ländern.
Kontakt: kai-olaf.lang@swp-berlin.org

Dr. Peter Oliver Loew ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt.

Dr. habil. Piotr Pysz ist Professor für Volkswirtschaftslehre und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Hochschule für Finanzen und Management in Bialystok (Polen). Seine Forschungsthemen sind Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa, Theorie der Wirtschaftsordnung und Soziale Marktwirtschaft.
Kontakt: pyszpiotr@gmail.com

Clemens Rode, M. A. (Oxon) ist Regionalkoordinator für Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in Mittel- und Osteuropa bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (Regionalbüro Bratislava).

Prof. Dr. Wolfgang Schlott ist außerordentlicher Professor em. für neuere slawische Kultur- und Literaturgeschichte an der Universität Bremen und Präsident des Exil-P.E.N. Deutschsprachiger Länder. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Polonistik, Russistik, Kulturgeschichte Osteuropas, Jugendsoziologie, Filmästhetik.
Kontakt:schlott@osteuropa.uni-bremen.de

Andrzej Stach Publizist, Journalist und Essayist, freier Mitarbeiter diverser Radiosender, u.a. Deutsche Welle, Bayerischer Rundfunk und WDR.

PD Dr. Sonja Steier ist im Arbeitsbereich Vergleichende Erziehungswissenschaft am Institut für Erziehungswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum und als Leiterin der Fachgruppe Pädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte: bildungspolitische und pädagogische Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa im 20.Jh. bis zur Gegenwart mit den Schwerpunkten Polen und Russland, polnische Wissenschafts- und Bildungsgeschichte, Ost-West-Vergleich und Internationalisierungsprozesse in Bildungssystemen.
Kontakt: sonja.steier@rub.de

Prof. Dr. Klaus Ziemer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier und an der Kardinal Stefan Wyszynski-Universität Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte: Politische und sozioökonomische Transformation der Gesellschaften Ostmittel- und Osteuropas, insbesondere Polens, deutsch-polnische Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, Geschichtspolitik.
Kontakt: ziemer@uni-trier.de

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Jürgen Faulenbach, Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Patrick Pilarek , Cornelius Strobel (Volontär)

Redaktionelle Mitarbeit:
Alexandra Engelsdorfer, Würzburg; Christine Hesse, Bonn; Jutta Klaeren, Bonn; Patrick Pilarek, Karlsruhe; Cornelius Strobel, Bonn; Bernadett Walker, Paderborn; Marieke Wolf, Essen.

Titelbild:
© REUTERS / Kacper Pempel

Umschlag-Rückseite:
Philipp Becher / wbpr, Berlin

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Druck:
SKN Druck und Verlag GmbH & Co. KG, 26506 Norden

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich.
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 700 000.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
Juni 2011

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-**Anmeldungen oder Änderungen** der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.30 bis 15.30 Uhr zur Verfügung.